

Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz O.S.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Dyrtosch, Gleiwitz
Anzeigen-Annahme und -Verwaltung: Verlagsanstalt Rirsch & Müller, E. m. b. H., Deuthen O.S., Industriest. * Telefon Sammel-Nr. 2851
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“ Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

10. Jahrgang

Mai 1935

Heft 5

Inhaltsverzeichnis:

1. Dr. Oskar Aust: Die Neugestaltung des Handels zwischen Polen und England unter besonderer Berücksichtigung des Kohlenabkommens vom 6. Dezember 1934 192
2. Dr. P. Damm: Die Verflüssigung und Vergasung der Steinkohlen 198
3. Wirtschaftsberichte: 204
Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im März-April 1935. — Der westoberschlesische Steinkohlenbergbau im April 1935. — Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im April 1935. — Vom Zinkblechmarkt im April. — Die obererschlesische Zementindustrie im April. — Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat März 1935. — Der polnische Steinkohlenbergbau im März 1935. — Die polnische Eisenhüttenindustrie im März 1935. — Die polnische Zink- und Bleihüttenindustrie im 1. Vierteljahr 1935. — Die Montanindustrie des Ostrau-Karwiner Reviers im 1. Vierteljahr 1935.
4. Mitteilungen: 210
Ernennung der stellvertretenden Präsidenten der Industrie- und Handelskammer. — Das kaufmännische Bildungswesen Oberschlesiens im Schuljahr 1934/35. — Einzelhandelstagung in der Industrie- und Handelskammer. — Die Gliederung der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel. — Klarheit und Einheitlichkeit in den Papierbezeichnungen.
5. Steuerwesen: 212
Die wirtschaftliche, handelsrechtliche und steuerrechtliche Bedeutung des Anleihestocks. Von Dr. Brönnner, Berlin. — Verzeichnis der Roh- und Reingewinnsteuern vom Umsatz für das Kalenderjahr 1934. — Neue Steuergesetze und Verordnungen.
6. Verkehrswesen: 215
Eisenbahn: Der neue Sommerfahrplan 1935 im Bezirk der Reichsbahndirektion Oppeln. — Deutsch-österreichischer Gütertarif. — Neuauflage des Deutsch-österreichischen Kohlentarifs. — Deutsch-ungarischer Gütertarif. — Aufbrauchsfrist für Frachtbrieife alten Vordrucks. — Beschwerden über Gewichtsbezeichnung an schweren Frachttüden. — Post: Neuauflage des Reichstursbuches und des Kraftposttursbuches. — Neues Postgebührenheft. — Drucksachen. — Postwurfsendungen. — Erleichterte Bestimmungen für Postperrgut. — Aufdrucken von Postwertstempeln auf Postkarten, Briefumschläge usw. durch die Reichsdruckerei. — Bestimmungen über den Fernspreverkehr mit dem Auslande. — Luftpost im Sommer 1935. — Schifffahrt: Stand der Oberbauten und Oderschiffahrt im Monat März 1935. — Die Stuttgarter Ausstellung „Wasserstraßen und Wassersport“.
7. Devisenbewirtschaftung und Außenhandel: 222
Devisenvorschriften: Neuordnung der Rohstoffkreditgeschäfte. — Exportvalutaerklärung. — Verwendung ausländischer Forderungen bei Einkäufen auf Messen und Ausstellungen des Auslandes. — Einzahlung von Clearing-Spesen auf Zahlungs- und Verrechnungskonten. — Erleichterungen im Verrechnungsverkehr mit der Tschechoslowakei. — Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Einfuhr bestimmter Auslandswaren.
8. Gesetzgebung und Verwaltung: 224
Neue Gesetze und Verordnungen.
9. Rechtssprechung: 225
a) Arbeitsrechtliche Entscheidungen. — b) Sonstige Entscheidungen: Findexlohn und Findexrechte.
10. Soziales: 226
Der Arbeitseinsatz der Kaufmannsgehilfen im März.
11. Messen und Ausstellungen: 227
Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt. — Südoستاustellung Breslau. — Die Zementindustrie auf der Breslauer internationalen Südoستاustellung. — Die Posener Messe 1935 als Mittel zur Förderung des deutsch-polnischen Warenaustausches.
12. Firmeneintragungen: 229
13. Bücher und Zeitschriften: 230
14. Statistisches: 232

Die Neugestaltung des Handels zwischen Polen und England unter besonderer Berücksichtigung des Kohlenabkommens v. 6. Dezbr. 1934.

Von Dr. Oskar Luft.

Einleitung.

Ueber zwei in enger Verbindung miteinander stehende Abkommen soll hier berichtet werden, über Abkommen, die nicht nur für die beiden unmittelbar beteiligten Länder: für Polen und England, von größter Bedeutung sind, sondern für den Europa- und Welthandel überhaupt. Von ganz besonderer Wichtigkeit sind diese Vereinbarungen aber für die Nachbargebiete Polens.

Der Erste Teil wird den am 27. Februar 1935 in London unterzeichneten polnisch-englischen Handelsvertrag in großen Zügen behandeln, zu dem am 21. März 1935 in London zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und dem polnischen Botschafter Raczynski die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden. Formell hatte dieser Vertrag 21 Tage nach der Ratifizierung in Kraft zu treten; jedoch sind seine Bestimmungen einstweilen bereits vom 14. März 1935 ab zur Anwendung gelangt.

Der Zweite Teil wird das polnisch-englische Kohlenabkommen vom 6. Dezember 1934 eingehender behandeln. Am Schluß dieses Teils — in den Abschnitten VI und VII — sollen bereits erkennbare Auswirkungen dieses Abkommens, und zwar bezüglich der Deutschland in besonderer Weise interessierenden polnischen Kohlenausfuhr, aufgezeigt werden nebst einigen wichtigen neueren Einzelheiten der Kohlenverständigung zwischen diesen beiden Ländern.

1. Teil: Der englisch-polnische Handelsvertrag vom 27. Februar 1935.

I.

Bevor wir uns diesem Handelsvertrag näher zuwenden, seien, als besonders wichtig vom Gesichtspunkt deutscher Belange, die Verlagerungen im Außenhandel Polens an der Hand neuester Jahresziffern aufgezeigt:

Polens Einfuhr aus Europa	fant von 570 Mill. Zl. (1933) auf 511 Mill. Zl. (1934)
„ Ausfuhr nach „	885 „ „ „ 849 „ „ „
„ Einfuhr a. Außer-Europastieg v.	257 „ „ „ 288 „ „ „
„ Ausfuhr n. „	75 „ „ „ 126 „ „ „
„ Einfuhr insgesamt	fant von 827 „ „ „ 799 „ „ „
„ Ausfuhr „	stieg „ 960 „ „ „ 976 „ „ „

Europa trat somit im Außenhandel Polens erheblich zurück, und zwar in der Einfuhr im letzten Jahr um 10% und in der Ausfuhr um 4%. Sinegegen beträgt die Steigerung im außereuropäischen Handel Polens bei der Einfuhr ein Zehntel und bei der Ausfuhr sogar sieben Zehntel. Eine erhebliche Verringerung des Einfuhrüberschusses Polens gegenüber Außer-Europa ist die Folge hiervon. Der hier noch verbleibende Einfuhrüberschuß wird durch den Ausfuhrüberschuß im polnischen Europahandel mit gedeckt. Dieser Ausfuhrüberschuß erfuhr im letzten Jahr eine weitere Erhöhung, und zwar um 23 Mill. auf 338 Millionen Zloty.

Diese Verlagerung ist zum großen Teil mit das Ergebnis des Bestrebens Polens, einen unmittelbaren Austausch von Fertigerzeugnissen gegen, zum erheblichen

Teil, überseeische Rohstoffe ohne Vermittlung Dritter herbeizuführen. Die Gdingener Hafenpolitik, die im Zweiten Teil noch näher berührt werden soll, steht mit diesen Bestrebungen in enger Verbindung. Auch die Begünstigung von Kompensationsgeschäften ist hierbei zu nennen. Die Einschränkung der Fertigwareneinfuhr Polens als Folge des neuen polnischen Zolstarifs vom Spätherbst 1933 hat die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten stärker hervortreten lassen. Das Fehlen von Beschränkungen des Devisenhandels in Polen trug gleichfalls dazu bei, diese Außenhandelspolitik zu fördern.

Im Jahre 1934 blieben England und Deutschland, und zwar mit je etwas über 15%, die wichtigsten Teilhaber am polnischen Gesamtaußenhandel. Einzelheiten über die Stellung dieser beiden Länder folgen weiter unten. Der Ausfuhrüberschuß Polens im Handel mit England, größer als gegenüber Deutschland, war im Jahre 1934 fast ständig im Rückgang begriffen, England versuchte nämlich, seine Bezüge aus Polen in immer wachsendem Umfang seinen Lieferungen dorthin anzupassen, was Polens Wunsch verstärkte, zu einer grundsätzlichen Handelsvereinbarung mit England zu kommen.

2. Teil. Das englisch-polnische Kohlenabkommen vom 6. Dezember 1934.

Entstehung und Bedeutung.

I.

Verhandlungen zwischen den englischen Bergwerksbesitzern und den polnischen Kohlenindustriellen hatten sich schon seit dem April 1934 im Schwebestand befunden.

Von Londoner Besprechungen, die am 18. und 19. April 1934 stattgefunden hatten, war die polnische Abordnung unverrichteter Sache nach Warschau zurückgekehrt. Zur Vorbereitung weiterer Verhandlungen, für die Warschau in Aussicht genommen war, war von dem Central Council of Colliery Owners eine Denkschrift ausgearbeitet und an die polnischen Bergwerksbesitzer gesandt worden. Der Inhalt dieser Denkschrift, insbesondere die darin zum Ausdruck gebrachte Ablehnung bestimmter polnischer Vorschläge, verringerte die Aussichten auf eine Verständigung in sehr erheblichem Grade.

Die Polen hatten nämlich in London einen *starren* Koeffizienten der englischen und polnischen Kohlenausfuhren auf dem Seewege in Vorschlag gebracht. Der Anteil Englands an der Kohlenausfuhr nach den umstrittenen Absatzmärkten sollte 82,4% und der Anteil Polens 17,6% betragen, und zwar unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Jahresausfuhren der Jahre 1931/33. Diesen polnischen Vorschlag wiesen die Engländer in erwähnter Denkschrift strikte und unwiderruflich zurück, und sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß gerade die Jahre 1931 und 1933 für das englische Kohlenausfuhrgeschäft sehr ungünstig waren. Nicht allein die Weltkrise machte sich in dieser Zeit erstmalig fühlbar, sondern auch die Ausfuhrfähigkeit der englischen

Revier war damals durch das Bergbaugesetz von 1930 infolge der ziemlich starr angesetzten Förder- und Ausfuhrkontingente stark beeinträchtigt gewesen.

II.

Das im Zweiten Teil behandelte englisch-polnische Kohlenabkommen hatte dem am 27. Februar 1935*) in London abgeschlossenen Handelsvertrag zwischen Polen und England den Weg gebahnt. Dieser Vertrag gilt zum Teil auch für den Handel Polens mit Gebieten, die der Souveränität oder Suzeränität der englischen Krone unterstehen, was insbesondere auch wichtig ist für die Bestimmung des Begriffs „fremde Länder“ im Text dieses Vertrages. Da Danzig einen Teil des polnischen Zollgebietes bildet, gilt dieser Vertrag auch für die Freie Stadt Danzig.

Der neue englisch-polnische Handelsvertrag umfaßt 15 Artikel. Als Anhang sind ihm drei Listen von Zollermäßigungen und ein Durchführungsprotokoll beigegeben. Polen ist nach Artikel 1 verpflichtet, auf die in der Anhang-Zollliste I aufgeführten Waren die vereinbarten Zollermäßigungen zu gewähren. Um etwa 200 Zollermäßigungen handelt es sich. Polen hat sich hier zu erheblichen Zollermäßigungen auf Waren britischer Herkunft bereit erklären müssen. Zum Teil erwirkte sich auch England — wie bei Kraftfahrzeugen — Einfuhrkontingente in noch unbekannter Höhe.

Der Artikel 2 setzt den Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung fest. Daneben wird aber noch vorgeesehen, daß Polen gegenüber seiner Einfuhr aus Großbritannien nicht den Kompensationsgrundsatz anwenden werde.

Der Artikel 3 enthält die Rahmenbestimmungen über die Zollermäßigungen, die England gegenüber Waren polnischer Herkunft gewährt (Anhangs-Zollliste II). Hervorhebung verdient der Artikel 6, der die polnische Regierung verpflichtet, angemessene Einfuhrkontingente für die in Polen einem Einfuhrverbot unterliegenden britischen Waren zu gewähren. Aber auch England verpflichtet sich in Artikel 7 und 8 für alle Fälle — auch für den Fall einer Einfuhrreglementierung der betreffenden Waren — dem polnischen Zollgebiet einen „gerechten Anteil“ an der entsprechenden Einfuhrmenge zuzugestehen. Es soll dabei der Platz berücksichtigt werden, welchen das polnische Zollgebiet in der Einfuhr dieser Waren nach England in der Vergangenheit eingenommen hat.

Das Durchführungsprotokoll nimmt noch die unmittelbaren Verkauf-Vereinbarungen zwischen gewissen Exportorganisationen auf beiden Seiten zur Kenntnis.

Wir kommen nunmehr zum englisch-polnischen Kohlenabkommen.

Die erheblichen Verpflichtungen Polens aus seiner Auslandsverschuldung — nach dem Stand vom 1. Januar 1934: 3 544 371 539 Zloty (innere Schuld daneben: 759 297 859 Zloty) — zwingen dieses, einen möglichst hohen Uberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zu erstreben. Für das Jahr 1933 stellte sich dieser Ausfuhrüberschuß auf 132 649 000 Zloty; England und Rußland haben am meisten dazu beigetragen, daß sich

diese Höhe ergab (ersteres, wie schon erwähnt, mit rund 101 und Rußland mit rund 42 Millionen Zloty).

Aus diesen internationalen Bindungen finanzwirtschaftlicher und handelspolitischer Art erklärt sich auch Polens Stellung zum Goldblock, die zwar ein Kapitel für sich bildet, jedoch bei allen Handelsvereinbarungen gerade mit England, dessen Zahlungseinheit ja nur gegen 60% der Goldparität rechnete, eine erhebliche Bedeutung beansprucht. Polen befand sich unter den sechs „Goldblock“-Ländern, die am 3. Juli 1933 in London und am 8. Juli 1933 Erklärungen über ihre Absicht unterzeichneten, unbedingt an der gesetzlichen Goldparität ihrer Währungen festzuhalten. Der Ausweis der Bank Polski zum Jahresende 1934 zeigt von neuem den Erfolg der vorsichtigen Deflationspolitik, aber auch ein weiteres Hinausschieben der längst fälligen Sanierung des Wechselportefeuilles der Notenbank, von dessen Bestand ein großer Teil als „notleidend“ bezeichnet wird. Die Notwendigkeit erwählter, nun wieder aufgeschobener Sanierung wird auch in konservativen Regierungskreisen Polens immer wieder betont.

Die Wirtschaftspolitik Polens, wie sie vor allem im und insbesondere am Schluß des Jahres 1934 erkennbar ist, findet somit ihr Hauptstreben: in der Stabilisierung der Währung mit allen Mitteln, insbesondere denen des Außenhandels und größtmöglicher Förderung desselben; in Preis- und Kostenlenkung und in Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Kaufkraft; in Kompensations- und anderen Handelsabkommen mit einer Reihe von Ländern, bei denen England im Vordergrund steht.

Gleichzeitig war aber auch englischerseits über die polnischen Sondermaßnahmen zur Steigerung der Kohlenausfuhr, wie durch Vorzugsfrachten, Beschwerde geführt worden.

Der Handelssekretär der englischen Botschaft in Warschau, C. B. Ferram, berichtete im März 1934 — „Economic Conditions in Poland“, London 1934 (H. M. Stationery Office) — auch über die polnische Kohlenlage, und er teilte, neben anderen wichtigen Ziffern, dabei auch Zahlen mit über die Sonderförderung der polnischen Kohlenausfuhr, insbesondere auf dem Gebiete der Frachten.²⁾

Hiernach waren zur Erleichterung solcher Ausfuhren die Frachten zwischen Kattowitz und der polnischen Küste von 7,20 Zloty auf 4,20 Zloty herabgesetzt worden. Zu gleichem Zweck waren aber auch während des Jahres 1933 die Arbeitslöhne in Polnisch-Oberschlesien um 6–9% und in den Bezirken von Dombrowa und Krakau um 10–12% gesenkt worden. Auch die Schließung weniger wirtschaftlicher Gruben gehört hierher, wie auch bestimmte Lieferungsregelungen — an die polnischen Staatseisenbahnen und das Heer — mit erwähnter Frachtermäßigung von 3 Zloty im Zusammenhange stehen.

Insgesamt sind derartige Maßnahmen auf das Ziel gerichtet, die Kohlenausfuhr Polens zu stützen und sie mindestens auf dem bisherigen Stand zu halten. In oben erwähntem Bericht (von Ferram) findet sich auch die bedeutsame Feststellung, daß, obzwar die Stabilität der polnischen Staatsfinanzen bis zur Mitte des Jahres 1935 gesichert erscheint, deren Zukunft doch von der Stetigkeit des polnischen Außenhandels abhängt, und

¹⁾ Bal. Londoner „Board of Trade Journal“, Nr. 1996, vom 7. März 1935, S. 381 bis 421.

²⁾ C. B. Ferram, Economic Conditions in Poland (March, 1934), London (H. M. Stationery Office) 1934, p. 42, 15/16.

weiterhin davon, für innere Aufbauzwecke auf die finanzielle Hilfe des Auslandes zurückgreifen zu können.

Angeichts der Tatsache, daß die Kohlenausfuhr in Polen mengen- und wertmäßig an der Spitze steht und daß England im polnischen Außenhandel — nach Deutschland — den zweiten Platz einnimmt (1933: ein Zehntel der polnischen Einfuhr, von dort, jedoch fast ein Fünftel der polnischen Gesamtausfuhr nach England), kennzeichnen diese wenigen Sätze bereits die Grundlage des englisch-polnischen Kohlenabkommens. Es will hierbei noch beachtet sein, daß bei der Betrachtung der polnischen Ausfuhr allein, im Jahre 1933 England als Abnehmer polnischer Waren mit 19,2% der polnischen Gesamtausfuhr an der Spitze steht, während nur 17,5% derselben nach Deutschland gingen, dem zweitwichtigsten Ausfuhrland (worauf Rußland, mit 6,2%, folgte). Somit stellte sich in diesem Jahre die Aktivität der polnischen Handelsbilanz gegenüber England auf nicht weniger als 101 631.000 Zloty, gegenüber Deutschland aber nur auf rund ein Fünftel davon (22 097 000 Zloty).

Als wirtschaftspolitischen Ektatismus kennzeichnete, angesichts des polnischen Wirtschaftsprogramms, „Der Deutsche Volkswirt“ (Nr. 35) am 1. Juni 1934 das wirtschaftspolitische Streben Polens.³⁾

Es darf nicht verkannt werden, daß es Polen mit den angebotenen Mitteln bisher gelang, die laufenden Kosten seiner Zahlungsbilanz auszugleichen. Na auf dem Gebiete des Außenhandels kann die Regierung Polens, bei Betrachtung des zum Ausaleich fremder Zahlungsverpflichtungen dienenden Ausfuhrüberschusses, hinsichtlich der Entwicklung im Jahre 1934 sogar mit einem ansehnlichen Erfolg aufwarten: der Ausfuhrüberschuß hat sich im Jahre 1934 gegenüber dem Vorjahre von rund 133 Millionen Zloty auf rund 177 Millionen Zloty erhöht.

II.

Daß die Verständigungsversuche zwischen beiden Ländern trotz der oben gekennzeichneten ablehnenden Haltung Englands gegenüber wesentlichen Vorschlägen Polens nicht scheiterten, erklärt sich offensichtlich aus der soeben geschilderten Lage Polens, die einer Zwangslage ähnelt. Der *Zwangs zur Ausfuhr*, vor allem auch auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft, bedingt diese Lage in erheblichem Grade, wie sich aber wiederum solcher Zwang auch aus ihr ergibt.

Die englischen Rechenbesitzer führten für sich vornehmlich noch ins Feld, daß ein starrer Koeffizient bei rückläufigem Ausfuhrerlös die britischen Reviere in einschneidender Weise schädigen müsse, und daß überdies die skandinavischen Märkte, auf die Polen besonders hingewiesen hatte, überhaupt nicht zur Erörterung ständen (Ziffern hierzu siehe weiter unten). England besitze von seiten dieser Verbraucherländer bereits Aufsaen hinsichtlich bestimmter britischer Kohleneinfuhren.

Es haben nämlich auf Grund bestehender Handelsverträge die in Betracht kommenden Länder große Teile ihres Kohlenbedarfs in England zu decken: und zwar Norwegen 70%, Finnland 75% und Dänemark 80%.

Der entsprechende Anteil Schwedens stellt sich auf 47%, die im Jahre 1933 fast erreicht wurden (tatsächliche Einfuhr 42,7% des Gesamtbedarfs). Die Tatsache, daß der entsprechende schwedische Anteil im Jahre 1931 nur etwa 23,5% ausmachte und im Jahre 1932 gegen 30,4%, veranschaulicht die feste Stellung, die sich England nach seinem großen Kohlenstreik dort wieder erobert hat.⁴⁾

Die englischen Rechenbesitzer betonten gegenüber Polen, daß sie lediglich eine Verständigung über die Kohlenlieferungen in die Länder des Mittelmeeres erstreben. Hierfür sei England bereit, Preisbindungen einzugehen unter der Bedingung, daß Polen vertraglich festzusetzende Ausfuhrmengen nicht überschreiten werde. Ein derartiges Abkommen stelle auch die Voraussetzung dar für die spätere Aufteilung anderer Absatzgebiete zwischen England und Polen. Ein dahingehender Vorschlag war polnischerseits bereits im April 1934 gemacht worden, neben Vorschlägen anderer Art (wie Sortennormung).

Immer beunruhigender hatte in England das Vordringen polnischer Kohle im Süden Europas, ja darüber hinaus, gewirkt. Vermittels seiner Dumpingpolitik gelang es Polen, seiner Kohle den Weg nach Griechenland, Ungar, Italien, Port Said, Ägypten, Malta, Australien, nach dem Fernen Osten, nach Argentinien, kurz in Absatzgebiete zu öffnen, die England bisher zum großen Teil als die seinigen betrachtet hatte; auch Irland ist dabei zu nennen. In England setzte im Mai 1934 ein weiteres Sinken des Sterling-Kurses ein (von 62,8% auf 59,9% der Parität innerhalb von vier bis fünf Monaten); die englischen Vergarbeiterlöhne mußten erhöht werden; die Gestehungskosten stiegen damit in England, und diese Umstände wirkten in nicht unähnlicher Weise auf England, wie es Verluste aus der Dumpingausfuhr nach der anderen Seite hin taten. Obwohl sich beispielsweise die polnische Kohlenausfuhr der ersten zehn Monate des Jahres 1934 mengenmäßig um über ein Zehntel (11%) über die gleiche Zeitspanne des Vorjahres erhoben hatte, war doch der im Jahre 1934 dafür erzielte Erlös um 2½% geringer als im Jahre 1933.

Auf dem Gebiete der Kohle allein hatte sich somit bei beiden Ländern kurz vor Abschluß des englisch-polnischen Kohlenabkommens, also im Herbst 1934, eine Zuspitzung der Lage ergeben, die den Verständigungswillen beider Teile stärken mußte. Für Polen insbesondere kamen noch einige schwerwiegende Momente hinzu. So die mit der Kohlenfrage sachlich in Verbindung stehende polnisch-englische Handelsvertragsfrage überhaupt, worin England seine starke Stellung ähnlich in die Waagschale zu werfen vermochte, wie es dies gegenüber den skandinavischen Ländern mit Erfolg getan hat.

Auf die Stellung, in der Polen all diesen Verhandlungen gegenüberzutreten hatte, wies der Londoner „Economist“ vom 24. November 1934, also unmittelbar vor der erfolgten Einigung vom 6. Dezember 1934, insbesondere dadurch zusammenfassend hin, daß er den Stand der polnischen Staatsfinanzen beleuchtete. Welcher Druck von hier aus auf die polnische Regierung in der Richtung handelspolitischer Einigungen ausgeht, ergibt sich aus der engen Verbindung zwischen Staatshaushaltspolitik, Währungspolitik und Außenhandelspolitik.

Die polnischen Staatshaushalts-Voranschläge der Jahre 1934/35 und 1935/36 zeigen folgendes Bild:

³⁾ „Der deutsche Volkswirt“, Berlin, Jahrg. 1934, Nr. 35 vom 1. Juni 1934, S. 1552.

⁴⁾ „Ruhr und Rhein Wirtschaftszeitung“, Essen, Nr. 46 vom 16. November 1934, S. 766.

	1934/35 Zloty	1935/36 Zloty
Ausgaben	2 184 552 000	2 132 861 600
Ordentliche Einnahmen	1 961 254 000	1 983 743 700
Fehlbeträge im Staatshaushalt	223 298 000	149 117 900
	1932/33	1933/34
" " "	242 000 000	337 000 000

Ungeachtet erheblicher Ausgabenbesparungen im Bereiche der Staatsverwaltung erwächst aus diesen Fehlbeträgen allein eine weitere Erhöhung der polnischen Schuldenlast um fast eine Milliarde Zloty und damit ein Steigen der Aufwendungen für den Dienst der öffentlichen Schuld (z. B. gegen 200 Millionen Zloty jährlich.⁵⁾)

Die polnische Kohlenindustrie ist im Einklange mit den Bestrebungen der polnischen Regierung gezwungen worden, mit dem 1. November 1934 ihre Preise um 12 % zu senken. Neben anderen Maßnahmen ähnlicher Art soll dies vor allem auf den Großhandelsindex einwirken, der im Oktober 1934 bereits den Stand von 54,9 erreicht hatte, gegenüber 58,1 im Oktober 1933 und 100 im Oktober 1928. In England hingegen stehen wir insbesondere hinsichtlich der Bergwerkserzeugnisse einer steigenden Preistendenz gegenüber. Und insbesondere bezüglich Polens erwartet auch England eine Ausweitung des Außenhandels durch zusätzliche Verkaufsmöglichkeiten auf dem polnischen Markt.

Die Notwendigkeit der Wahrung der englischen Kohlenausfuhr bei alledem hängt mit deren Bedeutung auch für England zusammen: im Oktober 1934 beispielsweise Erlös daraus 2 998 986 Pfd. St. (1933: 2 888 787 Pfd. St.), bei einer Gesamtausfuhr von 36 748 545 Pfd. St. (Oktober 1933: 34 130 986 Pfd. St.). Um wertmäßig den viertwichtigsten Ausfuhrposten handelt es sich hier.⁶⁾

Der Wahrung solcher Belange der englischen Kohlenausfuhr war ja die erwähnte Denkschrift der englischen Kohlenindustrie gewidmet gewesen, die in Polen solchen Unwillen hervorgerufen hatte. Jedoch führten Zwangsläufigkeiten, wie wir sie andeuteten, doch dazu, daß es im November 1934 zu weiteren Verhandlungen in Warschau kam, die dann schließlich die Einigungsgrundlage schufen. In Warschau bereits dürfte man sich grundsätzlich über drei Punkte verständigt haben: über Aufteilung von Auslandsmärkten nach Quoten auf Grund eines bestimmten Koeffizienten, über die gemeinsame Festsetzung von Ausfuhrpreisen und darüber, daß mit dritten Ländern nur nach vorheriger gegenseitiger Kühlanahme Vereinbarungen auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft getroffen werden sollen.

III.

Auf Grund der dann folgenden Verhandlungen in London, die nur noch drei Tage beanspruchten, konnte der englische Bergbauminister Brown dem Unterhause bereits am 6. Dezember 1934 mitteilen, daß die wieder

aufgenommenen Verhandlungen zwischen der englischen und der polnischen Kohlenwirtschaft zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben. Zwar wurde noch nicht angegeben, welche Anteilskoeffizienten an den auf dem Seewege belieferten Auslandsmärkten man vereinbart habe, doch gingen die Vermutungen auf 85 (oder 80) % für England und 15 (oder 20) % für Polen oder auf ein ähnliches Verhältnis. Von den Vereinbarungen wurden die Vereinigten Staaten von Amerika und Irland ausdrücklich ausgenommen. Vermutungen über die praktische Ausführung und über die Wirkungen dieses, ein Kompromiß darstellenden Abkommens, mußten naturgemäß noch weiter ins Ungewisse gehen. Seine Folgen lassen sich sicherlich jetzt schon treffend an Hand von Statistiken, die noch folgen, ermessen. Jedenfalls hat die englische Fachpresse sich sogleich zuversichtlich über dieses Abkommen geäußert und es vor allem als den Vorläufer einer Welt-Kohlenverständigung begrüßt.

Mit Nachdruck war dabei betont worden, daß nun Schritte erforderlich seien vor allem hinsichtlich einer Beteiligung Deutschlands, Frankreichs und Belgiens. Ein so angesehenes Organ wie die „Financial News“ erwartet bereits für die nächste Zukunft Schritte in der Richtung der Bildung eines internationalen Kohlenkartells. Auch der Londoner „Economist“ — der sich am 15. Dezember 1934 gleichfalls außerstande erklärt, über die Art der Durchführung (Preis- und Tonnagefestsetzung) nähere Angaben zu machen — erblickt in einer Einigung der europäischen Kohlenausfuhrländer eine Besserung der heutigen unbefriedigenden Lage auf dem internationalen Kohlenmarkt.⁷⁾

Als einen der wesentlichen Punkte des Abkommens hebt es der „Economist“ hervor, daß die polnischen Kohlenausfuhr auf dem Seewege künftig in einem festen Verhältnis zu den veränderlichen englischen Kohlenausfuhrn dürften zu stehen haben, Polen sich also hier mehr oder weniger automatisch England anzupassen haben würde — jedoch ist Polen, so bemerkt der „Economist“ unter Hinweis auf die nachstehende Uebersicht dabei, ja nicht das einzige Kohlenausfuhrland:

Uebersicht der wichtigsten Kohlenausfuhrländer
Ausfuhr in 1000 t ⁸⁾

Jahre	Belgien und Luxemburg	Frankreich	Deutschland	Polen	Ver. Staaten von Amerika	England (auschl. Bunter- lohe)
1925	2 508	5 040	13 440	7 920	18 180	50 817
1927	2 916	4 848	26 520	10 920	18 780	51 149
1929	3 732	5 784	26 400	13 800	18 360	60 267
1930	3 900	4 570	24 000	12 360	16 200	54 874
1931	5 376	4 092	22 764	13 596	12 420	42 750
1932	3 440	3 440	18 000	10 060	9 033	38 899
1933	3 530	3 257	18 200	8 951	8 992	39 068

Diese Uebersicht läßt gleichzeitig das Übergewicht Englands auf dem internationalen Kohlenmarkt erkennen, aber auch die Rückentwicklung des englischen Kohlenausfuhrgeschäfts in den letzten Jahren. Ueber die neueste Zeit sollen noch weitere Zahlen unterrichten. Der „Economist“ bemerkt hierzu, daß die Gesamtausfuhr dieser fünf neben England wichtigsten Kohlenausfuhrländer sich nur wenig über die Ausfuhr Englands allein erhebt. Englands Anteil an den in dieser Ueber-

⁵⁾ „The Economist“, London, Nr. 4761 vom 24. November 1934, p. 982.

⁶⁾ „Board of Trade Journal“, London, Vol. CXXXII (New Series), Nr. 1980, November 15, 1934, p. 708.

⁷⁾ „Berliner Tageblatt“, Berlin, Nr. 1 v. 2. Januar 1935.

⁸⁾ „The Economist“, London, November 15, 1934, p. 1142.

sicht aufgeführten Mengen stellt sich auf 47 % im Jahre 1929 und auf 47,7 % im Jahre 1933, in welchen Ziffern auch die rückläufige Tendenz der Ausfuhrbewegung insgesamt auf der Welt ihren Ausdruck findet, die erst unlängst ihr Ende erreichte.

Von dem englisch-polnischen Kohlenabkommen, das mindestens drei Jahre in Kraft bleiben soll, erhofft man in englischen Kohlenausfuhrkreisen eine beträchtliche Belebung des eigenen Ausfuhrgeschäfts. Die durch England jeweils pro Vierteljahr tatsächlich ausgeführten Kohlenmengen sollen die Grundlage für die Berechnung der Kohlenmengen bilden, die Polen nach dem Abkommen ausführen darf. In dieser Weise würde dann ein veränderlicher Koeffizient an die Stelle eines starren treten, den Polen anfänglich vorgeschlagen hatte. Man sprach von einem um etwa eine Million Tonnen höheren Ausfuhranteil Englands infolge des neuen Abkommens mit Polen.⁹⁾

Im folgenden sei zunächst die Entwicklung der Kohlenausfuhr Englands und Polens in der Zeit unmittelbar vor dem Abschluß des polnisch-englischen Kohlenabkommens kurz geschildert:

IV.

Die englische Kohlenindustrie

zeigte im Jahre 1934 einen beträchtlichen Aufschwung. Aus den Förderziffern beispielsweise des zweiten Vierteljahres dieses Jahres (April bis Juni 1934) ergibt sich dies. Die Förderung dieses Zeitraumes stellte sich auf 52 $\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, während es in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres nur 48 Millionen Tonnen waren.

Dieser Aufschwung tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn wir die ersten Halbjahre der Jahre 1933 und 1934 miteinander vergleichen. Mit einer Förderung von 112 Millionen Tonnen im I. Halbjahr des Jahres 1934 — gegenüber 104 $\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen im I. Halbjahr 1933 — ist der höchste Stand der englischen Kohlenförderung seit dem I. Halbjahr des Jahres 1930 (126 Millionen Tonnen) erreicht worden.

Zunahmen gegenüber dem Vorjahre zeigen auch die englischen Kohlenausfuhrziffern:

insgesamt (auch einschl. Bunterkohle)			
im I. Halbjahr 1934	27 $\frac{3}{4}$ Mill. Tonnen		
dagegen „ 1. „ 1933	27 $\frac{1}{4}$ „ „		
und „ 1. „ 1932	28 $\frac{2}{3}$ „ „		

Im zweiten Vierteljahr 1934 waren entsprechende Handelsvereinbarungen Englands mit Estland, Lettland und Litauen abgeschlossen, sowie solche mit Uruguay, Holland und Italien eingeleitet worden. Mit Frankreich bleibt die Quote um 50,5 % — die Durchschnittseinfuhr der Jahre 1928—1930 — weiter in Kraft, wie dies durch ein Abkommen vom 27. Juni 1934 bestätigt wird.

Die Verschiffungen an Kohle und ähnlichem von England beliefen sich im II. Vierteljahr 1934 (April—Juni 1934) auf 14 170 000 Tonnen, welche Menge 27 % der englischen Gesamtförderung bzw. -erzeugung entspricht. Die Zunahme gegenüber dem II. Vierteljahr 1933 beläuft sich auf 734 000 t, und gegenüber dem I. Vierteljahr 1934 (Januar—März 1934) auf 462 000 t.

Besondere Beachtung verdient es, daß die englischen Ausfuhren nach Ländern Europas und des Mittelmeeres gegenüber dem I. Vierteljahr 1934 um 152 000 Tonnen zugenommen haben, und gegenüber dem II. Vierteljahr 1933 um 586 000 Tonnen. Auch die Ausfuhren nach Skandinavien sind beträchtlich gestiegen (um 457 000 t bzw. 483 000 t), wie auch nach den Baltischen Staaten (um 231 000 t bzw. 134 000 t), während hinsichtlich der Ausfuhren nach Frankreich, Belgien und Italien erhebliche Rückgänge eintraten. Mit Italien und den anschließenden Mittelmeerländern, hinsichtlich deren gleichfalls für England Verluste auftraten, haben wir wieder wichtige Absatzgebiete Polens vor uns.

Wie sich im Oktober und November 1934 die Kohlenausfuhr Englands weiter entwickelte, ergibt sich aus folgender

**Uebersicht der Kohlenausfuhr Englands
nach den einzelnen Bestimmungsländern (in 1000 t)**

Bestimmungsländer	Kohlenausfuhr Englands			
	Monats- durch- schnitt des Jahres 1929	No- vember 1934	Okt- ober 1934	No- vember 1933
Finnland	39	67	112	56
Schweden	195	243	230	236
Norwegen	120	107	110	101
Dänemark	183	253	263	318
Deutschland	460	209	111	236
Niederlande	260	124	153	147
Belgien	345	73	101	131
Frankreich	1 087	607	677	735
Spanien und Kanarische Inseln	187	216	133	116
Portugal	93	87	71	100
Italien	591	389	434	374
Griechenland	49	19	11	21
Ägypten	189	80	151	78
Franz. Nordafrika	151	92	115	93
Irischer Freistaat	205	85	96	116
Kanada	62	171	255	176
Vereinigte Staaten	28	25	9	23
Argentinien	250	162	228	184
Brasilien	151	30	62	69
Uruguay	33	16	26	18
Nicht besonders gen. Ländern .	346	263	279	280
Gesamtausfuhr:	5 024	3 318	3 632	3 608

V.

Die Kohlenausfuhr Polens

ist im Gegensatz zu dem aus der obigen Uebersicht hervorgehenden Rückgang der Kohlenausfuhr Englands im November 1934 in diesem Monat gestiegen, und zwar um 12 000 t auf 1 036 000 t. Im Dezember 1934 stellte sich die polnische Kohlenausfuhr auf insgesamt 995 000 t gegenüber 1 036 000 t im Vormonat November; doch ist die arbeitstägliche Ausfuhr noch um 3 500 auf 45 000 t gestiegen.

Der Erwähnung bedarf es auch, daß die neuerliche Umschlagssteigerung des Hafens von Gdingen — für 1934 16 % im Vergleiche zum Vorjahre — in erster Linie auf die Kohlenausfuhr zurückzuführen ist. Stieg doch die jeewärtige Kohlenausfuhr Polens im Jahre

⁹⁾ „Gildienst“, Nr. 286 vom 8. Dezember 1934.

1934 um 760 000 t auf 5 366 000 t. Nicht weniger als drei Viertel des Gesamtumschlags von Gütern sind hierauf zurückzuführen.

Im Jahre 1933 schlug die Kohlenausfuhr Polens in Höhe von insgesamt 9 703 000 t folgende Wege ein:

über den Hafen von Gdingen . . .	4 670 000 t
über den Hafen von Danzig . . .	3 268 000 t
über Land	1 765 000 t

Zu obigen Ziffern über Polens Kohlenausfuhr, die dem amtlichen englischen Bericht aus dem Board of Trade „Economic Conditions in Poland“ entstammen, folgt nun zu weiterer Erläuterung die nachstehende Übersicht über die Verbreitung der polnischen Kohle auf den europäischen Märkten.¹⁰⁾

Polens Kohlenausfuhr

nach	im 1. Halbjahr		
	1932	1933	1934
	in 1000 Tonnen		
Westeuropa:			
Frankreich einschl. Saargebiet . . .	297	357	394
Belgien einschl. Luxemburg	40	60	265
Holland	63	53	165
Schweiz	147	152	133
Skandinavien:			
Schweden	1 067	1 001	1 216
Norwegen	419	437	144
Dänemark	727	386	190
Deutschland	18	17	22
Südeuropäische Länder:			
Tschechoslowakei	335	62	166
Österreich	734	459	423
Ungarn	10	5	12
Italien	261	323	547

Wie die bisherige Entwicklung beweist, ist für Polen die Frage der künftigen Gestaltung der Ausfuhrpreise entscheidend, was auch Polens Urteile über das neue Abkommen zeigen. Die Zustimmung, die das Abkommen vom 6. Dezember 1934 auch in Polen, und zwar sowohl von Seiten der Kohlenindustrie als auch in Kreisen der Regierung fand, dürfte als Zeichen dafür gewertet werden können, daß man auch in Polen hinsichtlich dieses entscheidenden Punktes und dessen Regelung durch das neue Abkommen der künftigen Entwicklung mit Hoffnung entgegenieht. Erinnert sei hierbei daran, daß das Quotenverhältnis, zu dem Polen schließlich seine Zustimmung gab, erheblich niedriger festgesetzt wurde, als es dem heutigen Verhältnis der englischen zur polnischen Kohlenausfuhr entsprechen würde. Polen hat sich also mit einer Einschränkung seiner gegenwärtigen Kohlenausfuhr zugunsten einer Steigerung der englischen Exporte einverstanden erklärt. Man denke an die Erwartungen Englands in dieser Hinsicht.

Bei einer Steigerung der gegenwärtigen Gesamtkohlenausfuhr würde jedoch Polen einen steigenden Anteil an der Ausfuhrzunahme erhalten. Nach einem entsprechenden Schlüssel würde nach Maßgabe dieser Ausfuhrzunahme der Prozentsatz der polnischen Kohlenausfuhr, gemessen an der englischen, erhöht werden.

Polens Hoffnungen, das mit anderen Ländern — wie mit Italien insbesondere — entsprechende Vereinbarungen über die Abnahme polnischer Kohle traf, richten sich offensichtlich auf die skandinavischen Märkte. Man rechnet hier für später irgendwie mit Rückgängen der englischen Kohlenausfuhr, vor allem im Zusammenhange mit einer Möglichkeit künftiger Aenderung der englischen Handelsverträge mit diesen Ländern, was die Kohlenklauseln anlangt. Dann entstände für Polen wieder Raum zur Rückgewinnung seiner früheren Position in diesen Ländern, wenn auch nur zu einem Teil.

Zu einer großen Begeisterung besteht so auf polnischer Seite angesichts des neuen Paktes mit England, was die Kohlenfrage für sich betrifft, kein Anlaß. In den Erklärungen der Befriedigung über dessen Zustandekommen überwog die Hoffnung, daß nunmehr auch die seit langem schwebenden Verhandlungen über einen neuen englisch-polnischen Handelsvertrag rascheren Fortgang nehmen würden (vergl. Ersten Teil). Die Sicherung der polnischen Einfuhr nach England, die heute mehr als ein Fünftel der polnischen Gesamtausfuhr darstellt, gehört für Polen zu den Aufgaben allerwichtigster Art.

VI.

Die jetzt schon erkennbaren

Auswirkungen des englisch-polnischen Kohlenabkommens vom 6. Dezember 1934

stehen mit dem zuletzt Angedeuteten durchaus im Einklange:

Gegenüber einer Kohlenausfuhr im Werte von 17 001 000 Zloty im Monat Januar 1934 führte Polen im Monat Januar des Jahres 1935 nur für 13 083 000 Zloty Kohlen aus. Mengenmäßig beträgt der Rückgang 18 Prozent.

Der Eindruck, der durch diesen Vergleich schon hervorgerufen wird, findet durch die folgenden Tatsachen seine Bestätigung:

Nachrichten aus Warschau zufolge zeigten sich im Zusammenhange mit dem ungewöhnlich großen Rückgang der polnischen Kohlenausfuhr in der ersten Januarhälfte 1935 bei nahezu allen Konzernen der polnischen Kohlenindustrie Bestrebungen, die Einwilligung der Arbeitsbehörden zu größeren Betriebseinschränkungen zu erlangen. Im Vergleich mit den Ausfuhrziffern der ersten Dezemberhälfte 1934 war in der ersten Januarhälfte 1935 die polnische Kohlenausfuhr um 145 000 t auf nur noch 350 000 t zurückgegangen. Besonders stark waren hierbei die Rückgänge nach Skandinavien (um 65 000 auf 102 000 t) und nach Westeuropa (um 58 000 auf 74 000 t). Die erwähnten Bestrebungen führten im Dombrowarevier bereits in der zweiten Januar-Woche 1935 zu einem eintägigen Proteststreik der Bergarbeiter.

Der mengenmäßige Rückgang der polnischen Kohlenausfuhr in der ersten Februarhälfte 1935 gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres stellte sich auf etwa 10%. Diese Folge des englisch-polnischen Kohlenabkommens bezieht sich im einzelnen auf Rückgänge der Ausfuhr nach Skandinavien (um 28 000 auf 97 000 t), nach Westeuropa (um 20 000 auf 62 000 t), nach Mitteleuropa (um 11 000 auf 45 000 t), nach Südeuropa (um 6 000 auf 70 000 t) und nach Außereuropa (um 12 000

¹⁰⁾ Nach „Ruhr und Rhein“, Heft 45 vom 9. November 1934, „Der Kohlenmarkt Europas“.

auf 9 000 t). Von zwei Märkten, Malta und Irland, zog sich Polen infolge erwähnten Abkommens ganz zurück. Den schärfsten Rückgang weisen die Kohlenverschiffungen über Danzig auf (um 60 000 auf nur noch 80 000 t), während bei Gdingen die Einschränkung geringer ist (um 28 000 auf 202 000 t).

Die letzten beiden Februarwochen 1935 bieten in mancher Hinsicht ein günstigeres Bild. So sind die Kohlenausfuhren nach Belgien, Holland, Italien, Rumänien und Spanien gestiegen. Die Rückgänge nach Skandinavien usw. sind aber auch im Februar 1935 erheblich gewesen. Die Danziger Verschiffungen weisen eine Einschränkung um 122 000 auf 154 000 t auf.

Den Verhältnissen nach ergaben auch die beiden ersten Märzwochen 1935 im großen und ganzen ein ziemlich günstiges Bild. Gegenüber der ersten Februarhälfte 1935 hat sich, bei einundeinhalb Arbeitstagen mehr, die polnische Kohlenausfuhr wieder um 49 000 auf 371 000 t erhöht. Hieran sind insbesondere Dänemark, Schweden, Italien und Mitteleuropa beteiligt. Hingegen zeigte die Ausfuhr nach anderen Märkten Rückgänge; nach dem Baltikum unterblieb sie völlig. Die Verschiffungen über Gdingen steigerten sich in der ersten Märzhälfte 1935 um 54 000 auf 241 000 t. Danzig zeigte einen weiteren Rückgang der Verschiffungen um 13 000 auf nur noch 64 000 t. Der Danziger Anteil an der polnischen Ausfuhrkohlenverschiffung ist damit auf wenig mehr als 20 % zurückgegangen.

Allein im Dombrowarevier wurden zum 1. April 1935 2 000 Bergarbeitern rechtskräftig gekündigt. Weitere Betriebseinschränkungen werden erwartet.

VII.

Schluß.

Weitere Einzelheiten zur polnisch-englischen Kohlenverständigung werden all-

mählich erst jetzt (in der zweiten Hälfte des Monats März 1935) laut. Für die von dem Abkommen vom 6. Dezember 1934 betroffenen Auslandsmärkte soll nach Meldungen der polnischen Presse zwischen England und Polen für das erste Vierteljahr 1935 ein polnisches Kohlenausfuhrkontingent in Höhe von 1 800 000 t vereinbart worden sein, Polens Ausfuhr soll jedoch hierauf nur 1 700 000 t betragen, und die restlichen 100 000 t sollen eine Kohlenausfuhrreserve für die nächsten Monate darstellen. In der polnischen Presse wird darüber Klage geführt, daß die Kohlenverständigung mit England sich noch immer nicht in einer Steigerung der Ausfuhrkohlenpreise ausgewirkt habe. Es wird bedauert, daß die Ansätze nach dieser Richtung hin, die sich anfänglich bemerkbar machten, durch einen späteren Preisrückgang wieder verschwanden, woran zum Teil Preisunterbietungen einzelner Kohlenausfuhrfirmen gegenüber Wettbewerbern die Schuld tragen sollen.

England sieht den Dingen, insbesondere nach Abschluß des im Ersten Teil kurz behandelten polnisch-englischen Handelsvertrages, hoffnungsvoll entgegen. So erwartet die neuerdings in Warschau erscheinende englische Wochenschrift „The Warsaw Weekly“ nunmehr eine baldige Steigerung der polnischen Einfuhr aus England, vor allem in Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Garnen und Geweben, Maschinen und Geräten und in Lederwaren und Chemikalien.

Die „Gazeta Polska“ bezeichnet die Handelsverständigung mit England als ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Beziehungen des jungen polnischen Wirtschaftsorganismus zum Auslande. Für England besitze der polnische Markt deshalb besondere Bedeutung, weil britische Erzeugnisse ihn bisher erst verhältnismäßig wenig erfaßten. Für Polen sei der britische Markt vor allem wegen der landwirtschaftlichen Ausfuhr von außerordentlicher Wichtigkeit, so daß hier eine Interessensharmonie vorliege.

Die Verflüssigung und Vergasung der Steinkohlen.

Von Dr. P. Damm.

I. Die Verflüssigung.

Die ungeahnt schnelle Entwicklung des Verbrauches an flüssigen Brennstoffen zwingt Deutschland dazu, entweder in Abhängigkeit vom Auslande Erdöl, Erdöldestillate und Veredelungszeugnisse des Erdöles einzuführen oder nach Mitteln und Wegen zu suchen, um aus einheimischen Rohstoffen flüssige Brennstoffe aller Art herzustellen. Noch vor wenigen Jahren war Deutschland auf dem besten Wege, seinen eigenen Steinkohlenbergbau zugunsten der Einfuhr ausländischer Treibstoffe abzubauen. Der technische Fortschritt, der in der zunehmenden Verwendung flüssiger an Stelle von festen Brennstoffen liegt, läßt sich nicht hemmen. Aber es ist ein Unterschied, ob man diese Fortentwicklung tatenlos über sich ergehen läßt und das Sterben der Kohle als etwas Gottgewolltes hinnimmt oder ob man alle seine Kräfte daraufsetzt, durch Veredelung heimischer Rohstoffe das zu erzeugen, was die Natur unserem Boden vorenthalten hat.

Der Gesamtbedarf Deutschlands an Treibstoffen beträgt gegenwärtig 1 900 000 t, davon entfallen

1 500 000 t auf Kraftstoffe für Vergasermotoren und 400 000 t auf Dieselmotorenöle. 70 % dieses Bedarfes, nämlich 1 000 000 t Benzin und 340 000 t Dieselloil müssen aus dem Ausland eingeführt werden. Dabei steht Deutschland als Delverbraucher heute noch an letzter Stelle, wie die nachstehende Zahlentafel zeigt:

Vänder	Erdölverbrauch je Kopf der Bevölkerung
Amerika	960 kg
England	180 kg
Frankreich	100 kg
Rußland	70 kg
Deutschland	50 kg

Wenn trotzdem heute schon große Mengen Des eingeführt werden müssen, dann kann man sich unschwer ein Bild davon machen, wie ungünstig erst unsere Lage werden muß, wenn die Motorisierung weiter schnelle Fortschritte macht. Im gleichen Zeitmaß aber wie die Motorisierung fortschreitet, wird die Kohle aus der Verkehrswirtschaft, die sie vor zwei Jahrzehnten noch fast restlos beherrschte, verdrängt.

Diese Erkenntnis ist an sich nicht neu. Im Wettstreit zwischen Kohle und Öl konnte sich die Steinkohle viele Jahre hindurch behaupten. Kritisch begann die Lage kurz vor dem Kriege und in den Nachkriegsjahren zu werden. Die Kohle mußte das Rennen aufgeben, als der Markt für feste Brennstoffe gesättigt und damit an eine Ausdehnung der Kokereiindustrie nicht mehr zu denken war. Auf diesem Wege ist der Vorrprung der flüssigen Brennstoffe nicht mehr einzuholen, und es müssen neue Verfahren zur Umwandlung der Steinkohle in flüssige Brennstoffe mit wesentlich höheren Ausbeuten als bisher gefunden werden, wenn die Steinkohle nicht weiter zurückgedrängt werden soll.

Versuche zur Verflüssigung der Steinkohlen sind wiederholt angestellt worden. Schon im Jahre 1870 versuchte der französische Chemiker Berthelot die feste Steinkohle durch Behandlung mit Jodwasserstoffsäure in flüssige Kohlenwasserstoffe überzuführen. Das gelang auch bis zu einem gewissen Grade. Eine technische Bedeutung hatten diese Versuche selbstverständlich nicht. Später haben Franz Fischer und seine Mitarbeiter vom Mühlheimer Kohlenforschungsinstitut sich mit der Hydrierung der Steinkohlen befaßt, ohne zunächst eine brauchbare Lösung zu finden.

Bergin-Verfahren.

Im Jahre 1915 wurde ein Patent zur Hydrierung von Steinkohlen bekannt, das bald überall in der Welt Aufsehen erregte. Der Erfinder war Bergius. Das Verfahren wurde in den Jahren 1921—1924 in einer Versuchsanlage in Mannheim-Rheinau durchgearbeitet und bis zur großtechnischen Ausführung entwickelt. Die Schwierigkeiten, die bei der Ausbildung der Apparate überwunden werden mußten, waren groß, da unter hohem Druck gearbeitet wurde und alle Einrichtungen neu geschaffen und betriebstechnisch erforscht werden mußten.

Nach dem Verfahren von Bergius werden vorwiegend schwere, hochmolekulare Kohlenwasserstoffe erhalten, deren Handelswert nicht sehr hoch ist. Durch Erhöhung der Arbeitstemperaturen und des Wasserstoffdruckes gelang es zwar, den Anteil an leichten Motortreibstoffen zu erhöhen, doch tritt gleichzeitig eine starke Zersetzung unter Bildung gasförmiger Kohlenwasserstoffe ein. Die Herstellung großer Mengen leichter Treibstoffe war nur dann möglich, wenn es gelang, die Geschwindigkeit der Anlagerung von Wasserstoff so weit zu erhöhen, daß sie auch bei weitestgehender Spaltung der hochmolekularen Verbindungen sofort einsetzte, ehe es zu Kondensationsreaktionen und damit zur Rückbildung hochmolekularer Verbindungen kam. Das war aber nur mit Hilfe von Reaktionsbeschleunigern, sogenannten Katalysatoren, möglich. Bergius konnte dieses Ziel nicht erreichen, weil er ohne Katalysatoren arbeitete. Auch das hatte seinen Grund. Katalysatoren sind außerordentlich empfindlich gegen gewisse Stoffe, die als Gifte bezeichnet werden, weil sie die Wirksamkeit der Katalysatoren stark vermindern oder vernichten. Lange Jahre hindurch verfügte man nur über Katalysatoren, die sehr wirksam waren, wenn reine Stoffe und Gase miteinander zur Reaktion gebracht wurden, die jedoch versagten, sobald Katalysatorgifte zugegeben waren. Kohlen, rohe Öle sind reich an solchen Giften, so daß die Verwendung der bisher bekannten Katalysatoren von vornherein aussichtslos war. Es kommt ferner hinzu, daß die Reaktionsbeschleuniger in

ganz verschiedener Richtung wirken. Man muß also, wenn man einem bestimmten Ziel zustrebt, einen Beschleuniger verwenden, der den Ablauf der Reaktion in die gewünschte Richtung lenkt. Geschieht das nicht, so laufen alle möglichen Reaktionen durcheinander und man erlebt die unangenehmsten Überraschungen.

Verfahren der F. G. Farbenindustrie.

Gestützt auf ihre großen Erfahrungen auf dem Gebiete der Hochdrucksynthese und der Katalyse, gelang es der F. G. Farbenindustrie in langjähriger Arbeit Katalysatoren herzustellen, die gegen Gifte unempfindlich waren und die Hydrierung von Kohlen und rohen Ölen aller Art in die gewünschten Bahnen leiteten. Es soll hier nicht näher auf die Anforderungen eingegangen werden, die an solche Katalysatoren für die Hydrierung der Steinkohlen gestellt werden. Sie sind nicht das Ergebnis einer Zufallsentdeckung, sondern in ihrer Durchbildung steckt die wissenschaftliche Arbeit vieler Jahre und die unermüdliche Forschartätigkeit einer großen Zahl von Chemikern.

Die Hydrierung der Steinkohlen nach dem Verfahren der F. G. verläuft in zwei Stufen: in der Sumpfpfase und in der Gasphase.

Die feingemahlene Kohle wird, wie bei dem Verfahren von Bergius, mit einem hochsiedenden Öl zu einer Paste verarbeitet und dem Hochdruckofen zugeführt. Im Gegensatz zu Bergius verwendet die F. G. Farbenindustrie schon in der ersten Stufe des Verfahrens Katalysatoren, um die Anlagerung des Wasserstoffes zu beschleunigen und in bestimmte Richtungen zu drängen. Der Katalysator wird der Kohlenpaste in geringen Mengen und sehr fein verteilt zugefugt. Temperaturen und Wasserstoffdruck im Hochdruckofen müssen für jede Kohle besonders festgelegt und sehr genau eingehalten werden. Bei höheren Temperaturen wird zwar die Reaktion stark beschleunigt, doch bilden sich festsähnliche Stoffe, die nicht mehr umwandelbar sind und deshalb als Verlust abgebucht werden müssen. In der Sumpfpfase entstehen aus der Kohle zunächst schwere hochsiedende Öle. Erhöht man die Temperatur nach und nach auf etwa 450°, so werden die schweren Öle zum Teil in Mittelöl und Benzin aufgespalten. Daneben entsteht Gas. Durch Einstellung der Temperaturen und Regelung der Umkehrungsdauer hat man es demnach in der Hand, die Reaktion so zu leiten, daß entweder vorwiegend schwere Öle entstehen oder vorwiegend Mittelöl und Benzin. Benzin, Mittelöl und auch ein Teil des Schweröls werden zusammen mit dem Wasserstoff und anderen Spaltgasen dampfförmig aus dem Hochdruckofen abgezogen, durch Kühlung verdichtet und durch Destillation von einander getrennt. Die nicht verdampften hochsiedenden Öleanteile werden gemeinsam mit der Asche und einem geringen Rest nicht abgebauter Kohle in Form eines Schlammes abgezogen. In einer besonderen Aufbereitungsanlage wird das schwere Öl von den festen Bestandteilen getrennt. Es wird zusammen mit dem bei Destillation der dampfförmig aus dem Hochdruckofen entwichenen Erzeugnisse gewonnenen Schweröl zum Anteiligen neuer Kohle verwendet, kehrt also in den Arbeitsgang des Verfahrens zurück.

Aus 1000 kg Reinkohle werden in der ersten Stufe des Verfahrens, in der Sumpfpfase, unter Aufgabe von 80 kg Wasserstoff, folgende Ausbeuten erhalten:

Benzin	160 kg
Mittelöl	485 kg
Rückstände	40 kg
Gas	145 kg
Verlust	250 kg

insgesamt 1 080 kg

Das Benzin aus der Sumpfpfphase bedarf noch einer Reinigung, ehe es in den Handel gebracht wird. An gereinigtem Benzin werden 157 kg erhalten, 3 kg sind Verlust.

Das in der Destillation gewonnene Mittelöl (485 kg) wird nun in einem zweiten Arbeitsgang, in der Gasphase, unterworfen. Es gelangt dampfförmig mit Wasserstoff in den Benzinofen und wird dort über fest angeordneten Reaktionsbeschleunigern in Benzin übergeführt. Die Reaktion muß so eingestellt sein, daß die Hydrierung mit der Spaltung Schritt hält, auf der anderen Seite aber viel schneller verläuft als Kondensation und Polymerisation der zunächst gebildeten Spaltstücke.

Die aus dem Benzinofen austretenden Erzeugnisse werden durch Destillation in Benzin und nicht umgesetztes Mittelöl zerlegt. Das Mittelöl kehrt in den Benzinofen zurück, das Benzin ist sofort verkaufsfertig. Im Gegensatz zum Benzin aus der Sumpfpfphase bedarf es keiner Reinigung mehr.

Die Ausbeute in der Gasphase sind folgende:

Einsatz:	Mittelöl	485 kg
Ausbeute:	Benzin	433 kg
	Gas	52 kg

Insgesamt werden mithin bei der Hydrierung der Steinkohlen nach dem Verfahren der F. G. Farbenindustrie folgende Ausbeuten aus 1000 kg Steinkohle erhalten:

Benzin	590 kg
Rückstände	40 kg
Gas	197 kg
Verluste	253 kg

insgesamt 1 080 kg (80 kg Wasserstoff).

Die Ausbeuten hängen naturgemäß stark von den Eigenschaften der verwendeten Kohlen ab. Für die Kohleverflüssigung eignen sich die meisten Steinkohlen, soweit ihre Inkohlung nicht zu weit vorgeschritten ist, besonders aber die jüngeren Steinkohlen.

Eine große Verbreitung hat das Druckhydrierungsverfahren der F. G. bereits im In- und Auslande für die Verarbeitung von schweren Erdöldestillaten und Erdölrückständen auf Benzin gefunden. Im Leuna-Werk selbst werden Braunkohlenöle aller Art, Teerrückstände, Steinkohlenteeröle und Braunkohlen auf Benzin verarbeitet. Vor kurzem betrug die Erzeugung 125 000 t. Inzwischen dürfte sie stark angestiegen sein.

Das Verfahren der F. G. Farbenindustrie ist nicht auf die Herstellung von Benzin beschränkt. Es können auch Treiböle, Leuchtöle und hochwertige Schmieröle aller Art hergestellt werden. Allen Erzeugnissen ist gemeinsam, daß sie in ihrer Beschaffenheit höchsten Anforderungen des Marktes entsprechen. Die Ausbeute an veredelten Erzeugnissen wird heute von keinem anderen Verfahren übertroffen.

Eines der größten Probleme der Gegenwart, die Verflüssigung einheimischer fester Brennstoffe, ist gelöst. Auf der von Bergius geleisteten Pionierarbeit hat die F. G. Farbenindustrie weitergebaut und in zäher, mühevoller

Arbeit die großtechnische Durchführung des Verfahrens sichergestellt. Damit sind wir dem gesteckten Ziele, uns von der Einfuhr ausländischer Erdölzeugnisse frei zu machen, wenn es im Interesse unserer einheimischen Wirtschaft erwünscht oder aus anderen Gründen notwendig sein sollte, nahe gekommen. Erörterungen über die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens sollen hier unterbleiben, zumal es an sicheren Unterlagen fehlt. Für weite Anwendungsgebiete und manche Rohstoffe ist die Wirtschaftlichkeit fraglos sichergestellt, und soweit sie es noch nicht sein sollte, werden Verbesserungen der Verfahren, an denen rastlos gearbeitet wird, sie bringen.

Eine Warnung ist hier jedoch am Platze. Man darf nicht glauben, daß sich jede Grube oder jeder Konzern eine Verflüssigungsanlage angliedern kann. Die Lage auf dem Stickstoffmarkt zeigt, wohin die Verhältnisse führen, wenn unter falscher Beurteilung der Absatzmöglichkeiten Riesenanlagen gebaut werden. Der heutige Staat wird dafür sorgen, daß der Ausbau von Hydrieranlagen nur in dem Umfange erfolgt, wie es im Staatsinteresse und gleichzeitig auch im ureigensten Interesse unseres Steinkohlenbergbaues und unserer Industrie liegt.

II. Die Vergasung der Steinkohlen.

Im Gegensatz zur Entgasung, die sich auf die Gewinnung jener Gasmengen beschränkt, die bei der Wärmebehandlung von Steinkohlen aus diesen abgespalten werden, hat die Vergasung eine restlose Umwandlung der Steinkohlensubstanz in Gas zum Ziel. Als Vergasung bezeichnet man alle Vorgänge, bei denen aus festen, hocherhitzten Brennstoffen durch Hindurchleiten von Luft oder Dampf oder Luft und Dampf Gas erzeugt wird. Man unterscheidet grundsätzlich zwei Gasarten:

- a) Generatorgas
- b) Wassergas.

Zwischen beiden gibt es mancherlei Ubergangsstufen, die als Halbwassergas, Kraftgas und Mischgas bezeichnet werden.

Generatorgas.

Generatorgas wird durch Verbrennen von Kohlenstoff mit Luft hergestellt. Die Luftmenge wird dabei so bemessen, daß der Verbrennungsvorgang nicht bis zur Bildung nichtbrennbarer Kohlen Säure verläuft, sondern das brennbare Gas Kohlenoxyd entsteht. Die Bildung von Kohlenoxyd wird dadurch erreicht, daß Kohlen Säure bei Sauerstoffmangel und Gegenwart von glühendem Kohlenstoff zu Kohlenoxyd reduziert wird. Das Generatorgas enthält neben dem brennbaren Bestandteil Kohlenoxyd stets etwas Kohlen Säure und den aus der Verbrennungsluft stammenden Stickstoff. Je höher die Brennstofftemperatur ist, um so höher ist der Kohlenoxydgehalt und um so geringer der Gehalt an Kohlen Säure. Die Vergasung erfolgt in Schachtöfen aller Art, die als Drehrost-, Planrost-, Abstich- und Treppenrostgeneratoren bezeichnet werden. Daneben gibt es Doppel- feuergeneratoren und Generatoren mit Urteergewinnung. Der Gaserzeugerbetrieb erfordert stets einen gewissen Wasserdampfzufluß zur Verbrennungsluft. Durch die Zersetzung des Wasserdampfes am glühenden Kohlenstoff wird Wärme gebunden, die Temperaturen in der Vergasungszone werden herabgesetzt, und damit wird die Verschlackungsgefahr geringer, zumal auch etwa entstehende Schlacke durch den Dampf aufgelockert wird. Durch die Bildung von Wassergas aus dem zugeführten

Wasserdampf wird gleichzeitig der Heizwert des Generatorgases erhöht.

Für den Betrieb von Generatoren eignen sich am besten gasarme Brennstoffe, wie Koks und Anthrazit. Bei Verwendung von Steinkohlen mit höherem Gehalt an flüchtigen Bestandteilen tritt bereits vor der Vergasung des Kohlenstoffes eine gewisse Entgasung ein, wobei unter anderem auch Schmelzteer oder Urteer entsteht. Die Schmelzgase werden entweder sofort nach ihrem Entstehen durch Erhitzen auf hohe Temperaturen in Gas übergeführt oder ohne Ueberhitzung aus dem Schmelzraum abgeführt. In diesem Falle wird das Generatorgas durch die heizkräftigen Schmelzgase angereichert und nebenbei Urteer gewonnen. Dieser Urteer hat jedoch im allgemeinen keinen hohen Handelswert.

Generatorenanlagen werden mit Leistungen bis zu 30 t Brennstoff in 24 Stunden gebaut.

Koks liefert ein teerfreies Gas mit folgender Zusammensetzung:

etwa	5 %	Kohlensäure
"	30 %	Kohlenoxyd
"	12 %	Wasserstoff
und	53 %	Stickstoff.

Der Heizwert beträgt 1100—1250 kcal, die Gasausbeute 4000—4500 m³ aus einer Tonne Koks bei einem Vergasungswirkungsgrad von rund 80 %.

Bei Verwendung oberschlesischer nichtbackender Steinkohlen entsteht ein Gas von folgender Zusammensetzung:

etwa	4 %	Kohlensäure
"	30 %	Kohlenoxyd
"	12 %	Wasserstoff
"	3 %	Methan
und	51 %	Stickstoff.

Der Heizwert liegt zwischen 1200 und 1500 kcal, die Gasausbeute beträgt 3000—3200 m³ je t Rohkohle.

Oberschlesische Kohlen und oberschlesischer Koks sind für den Betrieb von Gaserzeugern gut geeignet. Selbst bei Verwendung feinkörniger Sorten, wie Gries und Erbs (10—25 mm), werden sowohl hinsichtlich der Leistung als auch der Güte des erzeugten Gases ausgezeichnete Betriebsergebnisse erzielt.

Wassergas.

Verwendet man an Stelle von Luft Wasserdampf, so entsteht ein Gas, das zu fast gleichen Teilen aus Kohlenoxyd und Wasserstoff besteht. Zur Zerlegung des Wasserdampfes in Wasserstoff und Sauerstoff ist ein sehr hoher Wärmehaufwand erforderlich. Der Brennstoff muß deshalb von Zeit zu Zeit durch Hindurchleiten von Luft wieder auf hohe Temperaturen gebracht werden. Heißblasen mit Luft und Vergasen durch Wasserdampf wechseln während des Betriebes in regelmäßigen Perioden.

Bei der Verwendung von Koks entsteht ein Wassergas, welches aus

etwa	5 %	Kohlensäure
"	40 %	Kohlenoxyd
"	50 %	Wasserstoff
und	5 %	Stickstoff

besteht. Der Heizwert beträgt 2450—2550 kcal, die Gasausbeute 1700—1900 m³ je t Koks, der Vergasungswirkungsgrad rund 70 %.

Werden Kohlen durchgeseigt, so hat das Wassergas etwa folgende Zusammensetzung:

5 %	Kohlensäure
34 %	Kohlenoxyd
48 %	Wasserstoff
7 %	Methan
6 %	Stickstoff.

Der Heizwert liegt zwischen 2800—3000 kcal, die Gasausbeute beträgt rund 1350 m³ je t Kohle, der Vergasungswirkungsgrad rund 60 %.

Neuerungen.

Daß sich die Technik mit dem bisher Erreichten auch auf diesem Gebiete nicht zufrieden gibt, zeigen Versuche zur Starkgasherstellung durch Vergasung von Brennstoffen mit Sauerstoff unter Druck, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Eine in betriebstechnischen Ausmaßen errichtete Versuchsanlage hat alle auf sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Mit Hilfe der Vergasung mit Sauerstoff unter einem Druck von 20 Atmosphären soll es möglich sein, Braunkohlen und Steinkohlen bei größtem Durchsatz und geringstem Sauerstoffverbrauch in einem Arbeitszuge auf ein normgerechtes Stadtgas zu verarbeiten. Das Verfahren hat weiterhin den Vorteil, daß man durch Aenderung des Druckes und des Wasserdampfzusatzes die Zusammensetzung des Gases in weiten Grenzen verändern kann. Der Vergasungswirkungsgrad soll über 90 % betragen. Wenn dieses Verfahren auch bis heute noch keinen Eingang in die Betriebe gefunden hat, so ergänzt es doch in glücklicher Weise die bisher bestehenden Verfahren zur restlosen Vergasung, und es steht zur Verfügung, wenn die rastlos fortschreitende Technik neue Forderungen an die Gaserzeugung stellt.

Verwendungsgebiete.

Generatorgase dienen zur Beheizung von Kokereien und Gaswerksöfen, von Glas-, Glüh-, Schmiede-, Emaillier-, Dreh-, Verzinkungs- und keramischen Öfen und finden zum Gasmaschinenantrieb Verwendung.

Wassergas wird in Gaswerken als Zusatzgas zum Steinkohlendestillationsgas zur Regelung des Heizwertes benutzt, ferner in der Industrie zum Schweißen, Hart- und Weichlöten, Glühen, Abschmelzen von Gläsern und zur Herstellung von elektrischen Lampen.

In den letzten Jahren hat das Wassergas eine ausgedehnte Verwendung für die Herstellung von Wasserstoff zu Synthesezwecken gefunden. Aber auch das Kohlenoxyd ist ein wichtiger Ausgangsstoff für organische Synthesen geworden.

Methanol-Synthesen.

Der Methylalkohol, das Methanol, ist das niedere Homologe des Äthylalkohols. Er wurde früher fast ausschließlich bei der Holzverkohlung gewonnen und ist ein wichtiger Rohstoff für die Teerfarben-, Lack-, Firnis- und Extraktionsindustrie. Auch als Zusatz zu Treibstoffen findet er Verwendung. Die Synthese ist seit langem bekannt, doch ist sie in großtechnischem Maßstabe erst nach dem Kriege ausgeführt worden. Solche Syntheseanlagen für Methanol gibt es in allen großen Staaten. Die deutsche Großanlage der F. G. Farbenindustrie befindet sich im Leuna-werk bei Halle und kam 1923 in Betrieb.

1 Molekül Kohlenoxyd vereinigt sich mit 2 Molekülen Wasserstoff zu einem Molekül Methanol. Die Umsetzung geht bei Temperaturen von etwa 400° und einem Druck von etwa 200 Atmosphären bei Gegenwart von

Katalysatoren vor sich. Die Gase müssen restlos von Katalysatorgiften befreit sein. Die Synthese bereitet auch insofern Schwierigkeiten, als das Kohlenoxyd manche Metalle unter Bildung von Metallkarbonylen, flüssigen Verbindungen von Metallen mit Kohlenoxyd, angreift, sodaß besondere Schutzvorkehrungen getroffen werden müssen.

Im Jahre 1930 wurden bereits über 50 000 t Methanol auf synthetischem Wege hergestellt.

Benzinsynthese. (Kogasin).

Zahlreiche Forscher haben sich mit der Herstellung von Kohlenwasserstoffen aus Kohlenoxyd und Wasserstoff befaßt. Dabei wurde stets Methan erhalten, ein Gas, das in ausreichenden Mengen in Naturgasen und den Steinkohlendestillationsgasen zur Verfügung steht und an dessen synthetischer Herstellung kaum ein Interesse besteht. Erst verhältnismäßig spät, kurz vor dem Kriege, wurde die Beobachtung gemacht, daß auch andere Kohlenwasserstoffe entstehen, wenn sorgfältig auf Einhaltung bestimmter Temperaturen geachtet wird. Sobald höhere Temperaturen erreicht werden, tritt wiederum Methanbildung ein, ein Vorgang, der ganz besonders dadurch begünstigt wird, daß bei der Reaktion zwischen Kohlenoxyd und Wasserstoff Wärme entsteht, die das System aufheizt.

Franz Fischer und seine Mitarbeiter vom Wülheimer Kohlenforschungsinstitut haben die Benzinsynthese bei Atmosphärendruck systematisch bearbeitet und sind auf Grund dieser Untersuchung zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich die Benzinsynthese verwirklichen läßt, wenn

1. ein geeignetes, billiges Gasgemisch aus Kohlenoxyd und Wasserstoff vorhanden ist oder hergestellt werden kann;
2. ein hochaktiver, giftfester Katalysator gefunden wird, der bei hoher Lebensdauer die Bildung flüssiger Kohlenwasserstoffe in guten Ausbeuten begünstigt, und
3. eine brauchbare technische Apparatur entwickelt wird, die das Abführen der bei der Umsetzung freierwerdenden, beträchtlichen Wärmemengen gestattet.

Durch eingehende Versuche, die jahrelang unermüdlich fortgesetzt wurden, gelang es, diese Vorbedingungen zu erfüllen und damit die Benzinsynthese zunächst im Laboratoriumsmaßstab zu verwirklichen. Die Reaktion verläuft wahrscheinlich in der Weise, daß durch Reduktion des Kohlenoxyds die CH_2 -Gruppe entsteht, daß sich dann mehrere oder viele dieser ungesättigten Gruppen zu höheren Molekülen vereinigen und daß darauf erst die Hydrierung der ungesättigten zu gesättigten Kohlenwasserstoffen erfolgt. Im Gegensatz zum Kohlenverflüssigungsverfahren der F. G., bei dem die Hydrierung der Spaltstücke so schnell erfolgen muß, daß Kondensations- und Polymerisationsreaktionen nicht eintreten können, muß beim Fischer-Verfahren die Hydrierung sozusagen mit Verzögerung arbeiten, damit zunächst durch Polymerisation größere Komplexe gebildet werden. Aus diesem Beispiel ersieht man, welche verschiedenartige Anforderungen an die Katalysatoren gestellt werden.

Nach Feststellungen von Fischer beträgt die Ausbeute, die theoretisch im günstigsten Falle aus dem Mischgas, das aus einem Teil Kohlenoxyd und zwei Teilen Wasserstoff besteht, erreicht werden kann, 180 g Benzin je m^3 Mischgas. Diesem Ziele ist man im Laufe der Jahre erheblich näher gekommen.

Das synthetische Benzin wird mittels aktiver Kohle aus den Reaktionsgasen ausgewaschen. Es besteht zu erheblichen Teilen aus ungesättigten Kohlenwasserstoffen, doch ist es licht- und luftbeständig und frei von verharzenden Stoffen. Einer besonderen Reinigung bedarf es vor der Verwendung nicht.

Als geeignetste Gase für die Benzinsynthese haben sich folgende erwiesen:

Art des Gases	Bol. % CO	Theoretische Ausbeute an Benzin g/ m^3	Bisher erreichte Ausbeute g/ m^3
Wassergas	24	150	—
50 % Kofereigas + 50 % Wassergas	25	160	70
50 % Spaltgas + 50 % Wassergas	28	180	100—120

Das Spaltgas wird aus dem Kofereigas durch Umsetzung mit Wasserdampf erzeugt. Aus 1 m^3 Kofereigas werden 1,5 m^3 Spaltgas erhalten.

Im folgenden sei ein Ueberblick über die Benzinsynthesen gegeben, die nach dem Verfahren von Fischer aus 1 t Kokssteine gewonnen werden können:

1 t D. S. = Kokssteine gibt bei der Verkokung:

720 kg Koks
40 kg Teer
13 kg Benzol
330 m^3 Gas.

Das gesamte Kofereigas soll für die Benzinsynthese frei gemacht werden. Es müssen deshalb 150 m^3 Gas, die zur Unterfeuerung benötigt werden, durch Generatorgas aus Koks ersetzt werden. 1 m^3 Kofereigas entspricht 4 m^3 Generatorgas, diese erfordern zur Herstellung 1 kg Koks. Insgesamt sind 150 kg Koks aufzuwenden, um das Kofereigas für die Benzinsynthese verwerten zu können.

Aus 330 m^3 Kofereigas werden 495 m^3 Spaltgas erhalten. Diese sind mit der gleichen Menge Wassergas zu mischen. 1 kg Koks gibt 1,8 m^3 Wassergas, zur Herstellung von 495 m^3 Wassergas sind demnach weitere 275 kg Koks erforderlich.

990 m^3 Synthesegas geben theoretisch 180 g Benzin je m^3 , d. i. 178 kg Benzin insgesamt. Praktisch werden bisher etwa 110 kg ausgebracht.

Bei Ausführung der Benzinsynthese erhält die Bilanz einer Koferei demnach folgende Gestalt:

1 t D. S. = K o h l e gibt:

295 kg Koks
40 kg Teer
120 kg Benzin + Benzol. (Theoretisch 190 kg)

Der Koksabsatz hat mit der Benzinsynthese nichts zu tun und der Koksmarkt bleibt davon unberührt. Die Koferei wird demnach auch nach Einführung der Benzinsynthese die gleichen Koks mengen für den Verkauf herstellen wie vorher. Vor Einführung der Benzinsynthese wurden für die Herstellung von 720 kg Koks 1000 kg Kohle benötigt. Nach Einführung der Benzinsynthese sind zur Herstellung der gleichen Koks menge bei einem Entfall von 295 kg Koks je t Kohle 2450 kg Kohle erforderlich. Der Kohlendurchsatz steigt also bei gleichbleibender Koks erzeugung um mehr als das doppelte an,

die Ausbeute an Teer und flüssigen Brennstoffen verdoppelt sich dementsprechend ebenfalls.

Die Bedeutung, die das Synthese-Verfahren von Fischer für unsere Kokereiindustrie und damit auch für den Steinkohlenbergbau gewinnen kann, wird durch diese wenige Zahlen besser erläutert als durch Worte.

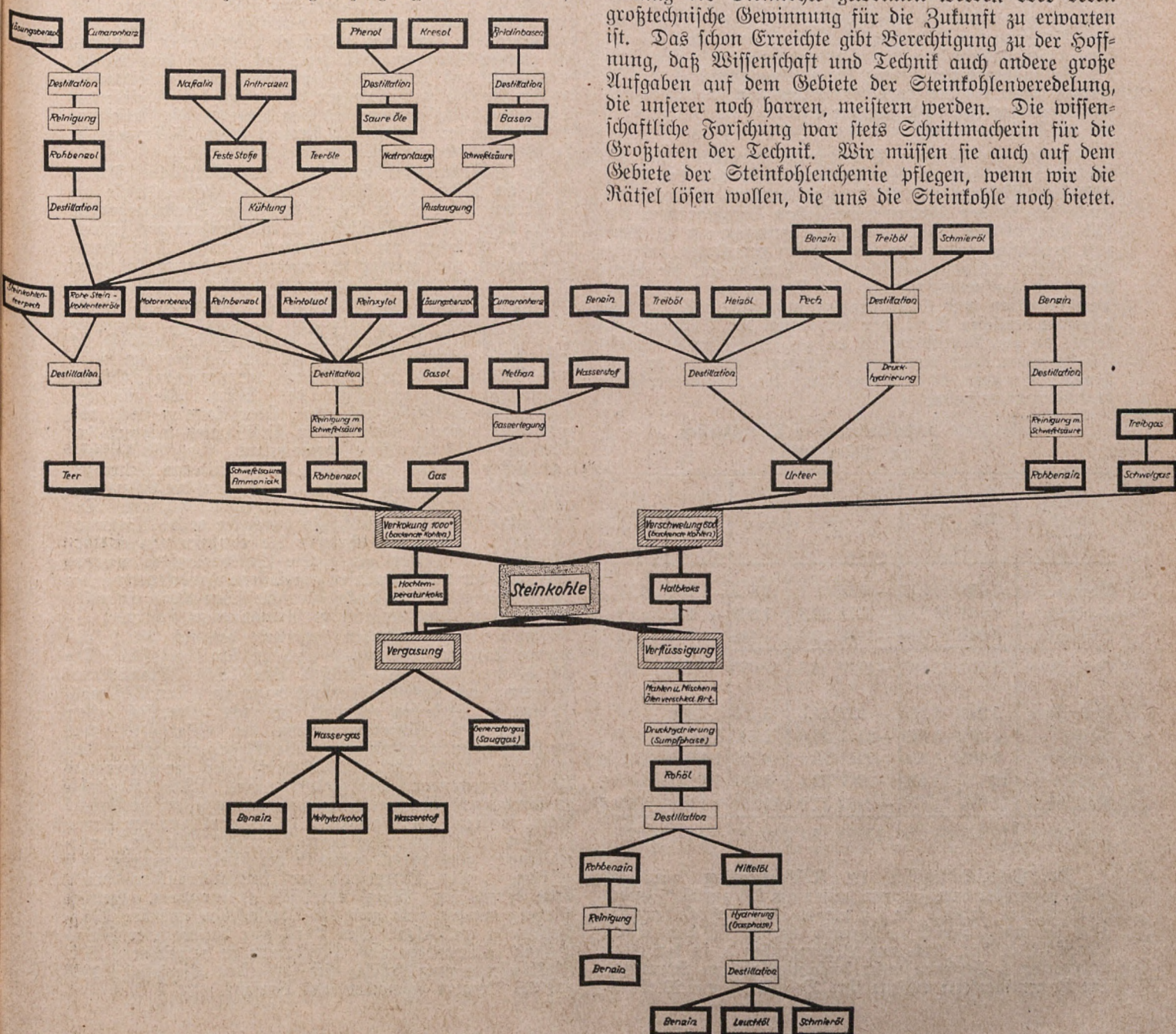
Das Verfahren befindet sich noch im Versuchsstadium. Es ist deshalb müßig, die Frage der Wirtschaftlichkeit heute schon zu erörtern. Mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen läßt sich jedes Verfahren abwägen. Bei der Uebertragung neuer Verfahren in den Großbetrieb ergeben sich immer Ueberraschungen, sowohl nach der guten wie nach der schlechten Seite hin. Franz Fischer und seine Mitarbeiter werden in engster Verbindung mit der Großindustrie das Problem meistern, wenn es überhaupt zu meistern ist.

Schlußbetrachtungen.

Bei unseren Betrachtungen sind wir davon ausgegangen, daß sich in der ganzen Welt eine Umschichtung in der Art der zur Energieerzeugung dienenden Roh-

stoffe vollzieht. Die Steinkohle hat ihre Vormachtstellung verloren, und sie wird langsam aber sicher durch andere Brennstoffe weiter zurückgedrängt. Der Steinkohlenbergbau befindet sich in einer Krise, deren Erscheinungen sich nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt bemerkbar machen und in einer schweren Beunruhigung des Wirtschaftslebens auswirken. Diese Krise wird sich nur dann zum Guten wenden lassen, wenn es gelingt, aus der Steinkohle selbst alle jene Brennstoffe zu erzeugen, die ihr heute im Wettbewerb den notwendigen Lebensraum nehmen. Der Kampf geht vorwiegend zwischen festen und flüssigen Brennstoffen und dehnt sich zum Teil auch auf die gasförmigen Brennstoffe aus. Die Steinkohle hat den Kampf aufgenommen und sucht durch chemische Veredelung einen Teil des Bodens zurückzugewinnen, den sie bereits verloren hat, oder wenigstens die Stellung zu behaupten, die sie heute einnimmt.

Die untenstehende Darstellung gibt einen Überblick über die Erzeugnisse, die heute bereits durch Veredelung der Steinkohle gewonnen werden oder deren großtechnische Gewinnung für die Zukunft zu erwarten ist. Das schon Erreichte gibt Berechtigung zu der Hoffnung, daß Wissenschaft und Technik auch andere große Aufgaben auf dem Gebiete der Steinkohlenveredelung, die unserer noch harren, meistern werden. Die wissenschaftliche Forschung war stets Schrittmacherin für die Großtaten der Technik. Wir müssen sie auch auf dem Gebiete der Steinkohlenchemie pflegen, wenn wir die Rätsel lösen wollen, die uns die Steinkohle noch bietet.



Wirtschaftsberichte

Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im März-April 1935.

Im März 1935 nahm der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien im Vergleich zum Vormonat ein bedeutend schnelleres Tempo an. Der Rückgang betrug 15 653 Köpfe, d. i. 18,1 Prozent. Der Rückgang im Industriebezirk betrug 4 749 Köpfe, d. i. 14,3 Prozent. Prozentmäßig am stärksten verminderte sich die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Reife, nämlich um 26,6 Prozent (1 557 Köpfe). Ein starker Rückgang erfolgte weiterhin im Bezirk Neustadt, Gleiwitz und Oppeln. In diesen drei Bezirken lag der Umfang der Entlastung über 22 Prozent. Ein Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahrsmonat ergibt aber, daß die Arbeitslosigkeit in Gesamt-Oberschlesien am Stichtag, dem 31. März, um 8 143 Köpfe, d. i. um 13 Prozent höher war. Da im Industriegebiet die Arbeitslosigkeit auch gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Prozent niedriger war, so ergibt sich beim Vergleich mit dem Vorjahr ein ungünstiges Bild für die mehr landwirtschaftlichen Bezirke. So war im Bezirk Reife die Arbeitslosenzahl um 84,5 Prozent, in Kreuzburg um 51,9 Prozent größer als Ende März 1934. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beruht zum Teil auf der starken Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten. Die Zahl der Notstandsarbeiter betrug Ende März 8 859, d. i. 78,2 Prozent mehr als am Ende des Vormonats. Davon waren im Industriegebiet 1 192 Notstandsarbeiter beschäftigt, d. i. um 248,5 Prozent mehr als Ende Februar d. J.

Auf die verschiedenen Berufsgruppen verteilte sich die Entlastung so, daß in den Saisonaußenberufen im März 1935 ein Rückgang um 24 Prozent stattfand, während die Entlastung in den übrigen gewerblichen Berufsgruppen um 12,1 Prozent und in den Angestelltengruppen um 4,1 Prozent zurückging. Von den Ende März gemeldeten arbeitslosen Arbeitssuchenden entfielen 52,6 Prozent auf die überwiegenden Saisonaußenberufe, 37,2 Prozent auf die übrigen Berufsgruppen und 10,2 Prozent auf Angestellte. Im gesamten deutschen Reich war der Anteil der Saisonaußenberufe an der Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitpunkt erheblich niedriger. Er betrug 41,6 Prozent, während auf die übrigen Gruppen 46,7 Prozent, auf die Angestelltenschaft 11,7 Prozent entfielen.

Arbeitslose Arbeitssuchende in Oberschlesien. Monat März 1935.

Arbeits- amts- bezirk	Monatsende		Zu- bzw. Ab- nahme gegen Vormonat		Ende März 1934	Abnahme gegen den gleichen Monat des Vorjahres	
	März 1935	Febr. 1935	absolut	%		absolut	%
Beuthen .	9 436	10 273	— 837	8,1	10 632	— 1 196	11,2
Gleiwitz .	9 502	12 274	— 2 772	22,6	9 603	— 101	1,1
Hindenburg .	9 608	10 748	— 1 140	10,6	11 448	— 1 840	16,1
Industriegeb.	28 546	33 295	— 4 749	14,3	31 683	— 3 137	9,9
Kreuzburg .	5 292	6 219	— 927	14,9	3 483	+ 1 809	51,9
Reife .	4 298	5 855	— 1 557	26,6	2 330	+ 1 968	84,5
Neustadt .	7 705	9 976	— 2 271	22,8	6 130	+ 1 575	25,7
Oppeln .	12 771	16 458	— 3 687	22,4	8 499	+ 4 272	50,3
Ratibor .	12 014	14 476	— 2 462	17,0	10 358	+ 1 656	16,0
Oberschles.	70 626	86 279	— 15 653	18,1	62 483	+ 8 143	13,0

Die Belegschaftsziffer im Kohlenbergbau ging im März gegenüber dem Februar weiter um 288 zurück. In den Koksanlagen erhöhte sie sich um 1, in den Bricketfabriken ging sie um 1 zurück. Hingegen waren in den Eisenhütten 78, in den Zink- und Bleierzgruben 5, in den Zink- und Bleierzwerken 4 Personen mehr beschäftigt als im Vormonat. Die Zementindustrie erhöhte ihre Belegschaft um 29 Köpfe.

Demnach trat in der gesamten Großindustrie Oberschlesiens ein Rückgang der Belegschaftstärke um 172 Köpfe ein. Jedoch war gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat die Arbeiterzahl in den Steinkohlengruben um 4,5 Prozent, in den Koksanlagen um 8,2 Prozent höher, in den Bricketfabriken jedoch um 1,9 Prozent niedriger. In der Eisenindustrie wurde eine um 18,4 Prozent, in den Zink- und Bleierzgruben um 13,6 Prozent, in den Zink- und Bleierzwerken um 3,5 Prozent, in der Zementindustrie um 32,8 Prozent höhere Belegschaft beschäftigt als Ende März 1934.

Die im März einsetzende Auflockerung der Arbeitslosigkeit hielt auch im April, begünstigt durch das trockene Wetter, an. Im Hoch- und Tiefbau wurden eine Reihe von zurückgestellten Bauvorhaben mit verstärkten Kräften in Angriff genommen. Am Staubecken Turawa waren im April rd. 1100 Kräfte beschäftigt, ebenso wurde am Adolf-Hitler-Kanal verstärkt gearbeitet. Auch die private Bautätigkeit begann sich zu entwickeln.

Die Entlastung von der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Einstellung von Arbeitskräften, die in der Zeit des Niederganges der deutschen Wirtschaft von 1928 bis Anfang 1933 erwerbslos geworden waren, verbesserte sich zwar stark gegenüber dem Vormonat, doch blieb Oberschlesien, wie schon seit einigen Monaten auch jetzt noch hinter dem Reichsdurchschnitt und hinter fast sämtlichen Landesarbeitsamtsbezirken zurück, mit alleiniger Ausnahme des Rheinlandes (Einfluß der Angliederung des Saarlandes). Die Entlastung für Oberschlesien betrug 56,2 Prozent gegen 75 Prozent im Reichsdurchschnitt und 63,3 in Gesamt-Oberschlesien.

Im Kohlenbergbau war der durchschnittliche Tagesabsatz im März um 3,9, im April schätzungsweise um 5,8 Prozent höher als in den entsprechenden Vorjahrsmonaten. Hinter dem März 1935 blieb der Aprilverlauf aus jahreszeitlichen Gründen um 4,3 Prozent zurück. Das Hausbrandgeschäft fiel infolge der milden Witterung fast ganz weg, die entsprechenden Sortimente mußten größtenteils in den Bestand genommen werden. Die Halbenbestände an Steinkohle haben nicht unerheblich zugenommen. Die Zahl der Feierschichten auf den Kopf der Belegschaft erhöhte sich von 1,44 Schichten im Februar auf 1,83 Schichten im März und hielt sich auch im April trotz der geringen Zahl der Arbeitstage auf der Höhe des März. Die günstigen Schiffsverkehrsverhältnisse auf der Oder konnten nicht voll ausgenutzt werden, sodaß sich in Cosel-Hafen während des April 400—450 Leerfähne ansammelten. Das Koksgehalt hielt sich gleichfalls infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit in engen Grenzen. Die Sommerabschlüsse auf die Lisenpreise werden in diesem Jahr erst ab 1. Mai wirksam. Der Auslandsabsatz wurde gleichfalls durch die milde Witterung beeinflusst. Oesterreich schränkte die Einfuhr von ausländischem Koks weiter ein. Die Koksverkaufsvereinigung hofft, daß der mit Rumänien geschlossene Handelsvertrag die Möglichkeit gibt, dem deutsch-oberschlesischen Koks ein möglichst großes Absatzkontingent in Rumänien zu sichern.

In der eisenverarbeitenden Industrie hat sich die befriedigende Lage der Vormonate auch im April gehalten. Die Stahl- und Walzwerke wiesen eine leichte Produktionssteigerung auf, auch der Versand nahm zu. Der Auftrags-eingang in Stabeisen gestaltete sich nicht unwesentlich besser. Die Erz- und Schrottversorgung der Eisenhütten war regelmäßig und ausreichend. Die Roheisenproduktion lag im ersten Vierteljahr 1935 erheblich über der Erzeugung des entsprechenden Vorjahrsabschnittes. Die Rohestahlgewinnung und Walzwerkserzeugung waren je um ein Drittel höher, während an Gußwaren 16 Prozent weniger hergestellt wurden als im ersten Vierteljahr 1934. Die Zinkbleibengewinnung ging zurück, während die Bleierzgewinnung sich erhöhte. Der Erzversand der Deutsch-Bleicherhütte hatte bereits im März erheblich zugenommen. Gewisse Mengen wurden auch nach Ost-Oberschlesien und der Tschechoslowakei verschifft. Im April war ein weiterer Mehrversand insbesondere nach Magdeburg zu verzeichnen. Die Zinkblecherzeugung erhöhte sich im ersten Vierteljahr 1935 um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Sägewerke klagten weiter, wie schon in den Vormonaten, über unzureichende Rundholzversorgung. Der gegenwärtige Vorrat an Rundholz reicht im allgemeinen bis Ende Juli. Bei verschiedenen Sägewerken kam es zu Entlassungen und sogar zur Stilllegung. Die Fabrik für chemische Holzverarbeitung in Borsowka mußte Ende April ihre 65 Mann starke Belegschaft entlassen, da infolge der Devisenschwierigkeiten die Beschaffung von Birkenholz aus Polen nicht mehr möglich war. Eine Wiederaufnahme des Betriebes dürfte kaum vor Mitte Juni erfolgen. Die Papier- und Zellstofffabriken sind weiter gut beschäftigt.

Die Industrie der Steine und Erden konnte im April infolge des Auflebens der Bautätigkeit eine günstige Entwicklung verzeichnen. Der Versand der Zementwerke hielt sich im April ungefähr im Rahmen des gleichen Vorjahresmonats. Gegenüber dem März 1935 erfolgte eine Absatzzunahme um etwa 27 Prozent. Zur Zeit sind in Oberschlesien vier Zementfabriken in Betrieb. In der Kalkindustrie hat die Düngemittelherstellung für landwirtschaftliche Zwecke aus jahreszeitlichen Gründen aufgehört. Dadurch ist die Gesamtproduktion im April um etwa 50 Prozent zurückgegangen. Die Ziegeleien sind zur Zeit noch nicht voll beschäftigt.

Die Belegung der Bautätigkeit wurde bereits erwähnt. Im Hochbau setzte die Tätigkeit in den Stadtgebieten bereits ein, während auf dem Lande erst nach der Beendigung der Frühjahrseinstellung gebaut wird. Im Tiefbau handelt es sich um die öffentlichen Arbeiten verschiedener Art, die in Oberschlesien auf Grund der zur Zeit durchgeführten Großarbeiten, wie Adolf-Hitler-Kanal, Staubecken Turawa, Eisenbahnbau Groß Strehliß-Heydebreck, Oppelner Kanal usw., einen besonders großen Umfang haben.

Der Einzelhandel ist in Oberschlesien zur Zeit mit seinem organisatorischen Aufbau als Wirtschaftsgruppe Einzelhandel beschäftigt, wobei festzustellen ist, daß Oberschlesien auf diesem Gebiete bereits den meisten anderen Wirtschaftsgemeinschaften des Reiches voran ist. Die Geschäftstätigkeit des Einzelhandels für Monat April stand unter dem Zeichen des Ostergeschäftes. Die hierbei erzielten Umsätze liegen aber unter den Umsätzen im Vorjahr. Auch hat die lebhafteste Geschäftstätigkeit in den letzten Tagen vor Ostern keinen ausreichenden Ausgleich für die vorangegangene Geschäftsstille gebracht. Der Einzelhandel in den Landstädten klagt sehr darüber, daß er durch die Maßnahmen zur Milch- und Butterbewirtschaftung, die sich auf den Besuch der Wochenmärkte durch die Bauern ungünstig auswirken, in so erheblichem Umfang sein Käufer verliert, daß ernsteste Existenzsorgen für den Einzelhandel in den Landstädten bestehen. Ueber die einzelnen Handelszweige ist folgendes zu berichten: Im Textilhandel lagen die Umsätze um 30 bis 35 Prozent über den Umsätzen im April des Vorjahres. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahre die Osterkäufe im April getätigt wurden, während sie im Vorjahr größtenteils in den Monaten März fielen. Unter Berücksichtigung der Aprilumsätze liegen die Gesamtumsätze im Textilhandel in den vier ersten Monaten des Jahres 1935 noch etwa 8–10% unter den Umsätzen des Vorjahres. Auf die Kaufkraft wirkten sich im ober-schlesischen Industriebezirk die Feierschichten im Bergbau hemmend aus. Der Schuhhandel konnte im April einen erheblich besseren Umsatz verzeichnen als im Vorjahr, wodurch der Umsatzausfall in den Monaten Januar und Februar zum Teil eingeholt wurde. Im Handel mit Haus- und Küchengeräten wurde gegenüber dem außerordentlich ungünstigen März eine geringfügige Umsatzsteigerung verzeichnet. Es wurden aber nur die allernotwendigsten Sachen gekauft. Im Handel mit Schokoladenwaren war durch die Osterkäufe eine Umsatzvermehrung gegenüber den Vormonaten zu beachten. Gegenüber dem Vorjahr beträgt jedoch das Ostergeschäft nur 70 bis 90 Prozent. Die Verbraucher gehen schon wieder dazu über, bessere Ware zu kaufen. Im Handel mit Tabakwaren brachte das Ostergeschäft keine besondere Geschäftsbelebung. Vorratskäufe werden in Tabakwaren so gut wie gar nicht getätigt, die Verbraucher kaufen vielmehr nur ihren unmittelbaren Bedarf.

Die arbeitstägliche Wagengestellung der Reichsbahn war in Oberschlesien im März 1935 um 2,1 Prozent kleiner als im gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 1,7 Prozent höher als im Februar 1935. Im Reich betrugen die entsprechenden Ziffern + 1,8 Prozent (Zunahme gegenüber Vorjahresmonat) und + 8,4 Prozent (Zunahme gegenüber Vormonat). Die Güterwagengestellung für Kohle, Koks und Briffetts

ging arbeitstäglich gegenüber dem Vormonat zurück, während sie für andere Güter stieg. Recht erheblich vergrößerte sich die Wagengestellung für Zement und Kalk. Der Wassermischschlag in den Oberhäfen erfuhr infolge der günstigen Wasserhältnisse auf der Oder eine außerordentlich starke Belebung, namentlich im Talverkehr von Bahn zu Schiff. An Kohle und Koks wurden in Cosel-Hafen 198 000 To. umgeschlagen gegen 31 600 To. im Vormonat. Der Gesamtumschlag auf der Oder von Bahn zu Schiff erreichte 203 000 Tonnen. Der Bergverkehr hatte mit 14 700 To. nahezu den doppelten Umfang wie im Vormonat. Die Ziffern des Wassermischschlages für das ganze erste Vierteljahr 1935 waren für den Bergverkehr um 5,2 Prozent, für den Talverkehr um 5,1 Prozent niedriger als im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Erheblich geringer waren im Bergverkehr die Ladungen von Schwefelkies, Alteisens und in der Gruppe „übrige Güter“. Im Talverkehr war die Beförderung von Kohle und Koks, wie auch der „übrigen Güter“ geringer als im Vorjahr, während die verladenen Getreidemengen größer waren.

Dr. M.

Der westoberschlesische Steinkohlenbergbau im April 1935.

Die Steinkohlenförderung betrug im April bei 24 Arbeitstagen nach vorläufigen Angaben 1 395 799 To. oder arbeitstäglich 58 158 To. gegenüber 1 547 199 To. oder 59 737 To. im März bei 25,9 Arbeitstagen und 1 421 467 To. oder 60 746 To. im Februar bei 23,4 Arbeitstagen. Im April 1934 sind bei 24 Arbeitstagen insgesamt 1 316 937 To. oder im Tagesdurchschnitt 54 872 To. gefördert worden.

Der Gesamtabsatz an Steinkohlen betrug:

	Februar 1935	März 1935	April 1935 (vorl. Zahlen)
	t	t	t
nach dem Inland	1 204 563	1 332 627	1 186 786
nach dem Ausland	82 371	93 168	81 521
Insgesamt	1 286 934	1 425 795	1 268 307
Arbeitstäglich	54 997	55 050	52 846
D a v o n :			
Hauptbahnversand	1 145 288	1 288 518	1 142 502
Wassermischschlag	46 630	181 949	202 260

Am Kohlenmarkt trat im Berichtsmonat die saisonübliche Abschwächung in stärkerem Ausmaß in Erscheinung. Im arbeitstäglichen Durchschnitt blieb der Gesamtversand um 4 Prozent hinter dem Vormonat zurück, war aber noch um 6,1 Prozent höher als im April 1934, der mit arbeitstäglich 49 804 To. abschloß. Besonders groß war der Rückgang beim Hausbrandgeschäft, wo sich die Abrufe infolge der milden Witterung auf ein Minimum verringerten. Das hatte naturgemäß zur Folge, daß die Hausbrandsortimente in erheblichem Umfang in den Bestand genommen werden mußten. Die Bezüge der Reichsbahn waren im April etwas höher als im Vormonat und werden sich im Mai, wie aus den bereits vorliegenden Bestellungen hervorgeht, etwa auf dieser Höhe halten. Am Industriefohlenmarkt hat sich die Nachfrage weiter verstärkt. Mit dem Beginn der Bauzeit erhöhte sich vor allem der Kohlenbedarf der Zementindustrie und der Kalkwerke. Ebenso waren die Ziegeleien, die im Berichtsmonat durchweg den Betrieb wieder aufgenommen haben, mit größeren Bestellungen am Markt. Der Brennstoffverbrauch der Elektrizitäts- und Gaswerke ist der Jahreszeit entsprechend etwas geringer geworden. Bei der Befriedigung des Bedarfs der Baustoffindustrie, die in der Hauptsache Staubkohlen verwenden, ergaben sich für die Grubenverwaltungen bedauerlicherweise dadurch erhebliche Schwierigkeiten, daß die Abrufe die bei der Förderung anfallende Staubkohlenmenge übersteigen. Es wäre erwünscht, wenn die Abnehmer wenigstens teilweise an Stelle von Staubkohle andere gefiebte Sortimente beziehen würden.

Die Halbenbestände an Steinkohle haben, wie bereits erwähnt, nicht unerheblich zugenommen. Ende April lagen rund 1 503 700 To. auf Halbe gegenüber 1 451 661 To. Ende März und 1 415 820 To. Ende Februar. Der Gesamthalbenbestand (Koks und Briffetts in Kohle umgerechnet) ist von 1,80 Millionen To. auf 1,88 Millionen To. gestiegen.

Die Schiffsverkehrsverhältnisse der Oder waren sehr günstig, da die Oder den ganzen Monat hindurch vollschiffig war.

Leider konnte der gute Wasserstand und der vorhandene Kahnraum mangels Aufträgen nicht voll ausgenutzt werden, so daß sich in Cosel-Hafen ein größerer Kahnbestand sammelte. Während des Berichtsmonats waren in Cosel-Hafen 400 bis 450 Leerfähne vorhanden.

Die Steinfohlenausfuhr war im Berichtsmonat ebenfalls rückläufig. Insgesamt wurden verladen:

	Februar 1935 t	März 1935 t	April 1935 (vorl. Zahlen) t
nach der Tschechoslowakei . .	47 788	54 601	40 025
„ Oesterreich	4 190	4 055	3 766
„ Ungarn	455	240	815
„ dem übrigen Ausland .	29 938	34 272	36 915
Insgesamt	82 371	93 168	81 521

Die Belegschaft der Steinfohlengruben betrug Ende April 38 705 Arbeiter gegenüber 38 591 Mann am Ende des Vormonats. Wegen Absatzmangel sind im März 70 573 (je Kopf 1,38) Schichten ausgefallen gegenüber 56 285 (1,44) Schichten im Februar. Der Beschäftigungsstand der Gruben ist im April noch etwas schlechter geworden, so daß trotz der geringeren Zahl von Arbeitstagen mit etwa der gleichen Anzahl von Feierschichten zu rechnen ist wie im März.

Am Roßmarkt war die Absatzmöglichkeit der Jahreszeit entsprechend ebenfalls weiter rückläufig. Erzeugung und Absatz betrugen:

	Februar 1935 t	März 1935 t	April 1935 (vorl. Zahlen) t
Erzeugung:			
insgesamt	94 882	94 376	85 668
kalendertäglich	3 389	3 044	2 856
Absatz:			
nach dem Inland	75 084	65 567	54 494
nach dem Ausland	21 799	4 953	3 925
Insgesamt	96 883	70 520	58 419

Der starke Rückgang des Versandes ist in erster Linie auf die Beendigung der Heizperiode zurückzuführen. Infolge der milden Witterung hielten sich die Abrufe von Heizloß in sehr engen Grenzen. Die Bezüge der Industrie, die teilweise etwas zunahmen, konnten diesen Ausfall nicht ausgleichen. Infolgebessenen haben die Halbenbestände trotz weiterer Einschränkung der Erzeugung eine stärkere Zunahme erfahren. Bei Abschluß dieses Berichts lagen rund 291 000

Tonnen auf Halbe gegenüber 266 670 To. Ende März und 245 682 To. Ende Februar.

Auch am Bricketmarkt hat sich die Lage weiter verschlechtert. Die Bricketterzeugung betrug im Februar 19 258 Tonnen oder arbeitstäglich 837 To., im März 19 167 To. oder 737 To. und im April 18 391 To. oder 766 To. Abgesetzt wurden im Februar 17 955 To., im März 17 956 To. und im April 17 860 To. Der Halbenbestand nahm im Berichtsmonat von 1890 To. auf 2154 To. zu.

Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im April 1935.

Das Hochofenwerk Julenhütte war auch im Berichtsmonat mit zwei Defen in Betrieb. Der Roheisenabsatz hielt sich auf der Höhe des Vormonats, obwohl der Wettbewerb in Roheisen auf den ausländischen Märkten schärfer geworden ist. Die Stahl- und Walzwerke wiesen eine leichte Produktionssteigerung auf. Ebenso hat der Versand zugenommen. Der Auftragseingang in Stabeisen gestaltete sich nicht unwesentlich besser. Der Absatz von Bandstahl hielt sich etwa in der Höhe des Vormonats. In kaltgewalztem Material hat sich der Beschäftigungsstand noch etwas gebessert. In gezogenem Stangenmaterial ist eine leichte Abschwächung des Auftragseingangs zu verzeichnen, während in Edelstahl und fertigem Konstruktionsstahl eine Besserung im Absatz eingetreten ist. Das Drahtgeschäft verlief im Berichtsmonat weiterhin durchaus befriedigend auch Auslandsaufträge konnten in größerem Umfange hereingenommen werden. In guß- und schmiedeeisernen Röhren war das In- und Auslandsgeschäft durchaus befriedigend. In Grubenbaumaterial und Schüttelrutschen ist nach Eintreten der wärmeren Witterung ein Nachlassen im Auftragseingang eingetreten, während die Bestellungen in Feldbahnmaterial einen gesteigerten Umfang annahmen. Im Breßwerk macht sich Arbeitsmangel insbesondere an schweren Schmiedestücken fühlbar, während die Drehereien verhältnismäßig gut beschäftigt sind. Laufende Aufträge gingen von der Automobilindustrie ein; ebenso hielt sich der Eingang auf Stahlflaschen-Aufträge in befriedigendem Rahmen. Radreifen wurden von der Reichsbahn in üblichem Umfange bestellt, während Anschlußbestellungen auf Weichen-, Rippen- und Rusplassen noch nicht eingegangen sind. Grubenfahrmaterial und Klein-Stahlguß für die Ziegeleimaschinenfabriken erfuhr im Absatz einen durch die Jahreszeit bedingten Nachlaß. Auch die übrigen Stahlgußbezüge erreichten nicht den Umfang der Vormonats. Es wird aber in Kürze ein stärkerer Arbeitszugang in diesem Material erwartet. Die Eisengießereibetriebe sind nach wie vor gut beschäftigt. In Königsfelder Artikeln für die Landwirtschaft befriedigte der Absatz auch in diesem Monat sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgebiet. Die Erzbearbeitung ging regelmäßig vorstatten. Das Hochofenwerk verfügt über ausreichende Bestände. Der Wasserbezug war nicht behindert. In Schrott war die Versorgung bei unveränderten Preisen ausreichend.

Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat März 1935.

An Güterwagen wurden gestellt:

Im März 1935 (23 Arbeitstage)	O-Wagen				G-Wagen		Sonstige Wagen	
	für Kohle, Roß und Briketts	für andere Güter	davon für		insge- samt	davon für Zement	insge- samt	davon für Kalk
			Rüben	Schnitzel				
zu je 10 t				wirkliche Wagen				
a) insgesamt:								
angefordert	137 052	15 719	—	—	13 553	2 991	7 798	4 182
rechtzeitig gestellt . .	137 052	15 719	—	—	13 553	2 991	7 798	4 182
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
b. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
b) arbeitstäglich:								
angefordert	5 271	605	—	—	521	115	300	161
rechtzeitig gestellt . .	5 271	605	—	—	521	115	300	161
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall)	—	—	—	—	—	—	—	—
b. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—

Vom Zinkblechmarkt im April.

Die Zinkblechverkäufe im Inland blieben um etwa 30 Prozent hinter denen der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Das Auslandsgeschäft war etwas lebhafter. Die Inlandspreise wurden ab 1. April um 1 RM. pro 100 Kilogramm gegenüber dem Stande vom 8. 11. 1934 erhöht.

Die obererschlesische Zementindustrie im April.

Der Zementabsatz hat sich mit dem Einsetzen der Bauarbeiten belebt und ist im April gegenüber dem Vormonat um etwa 27 Prozent gestiegen. Er hielt sich damit ungefähr im Rahmen des April 1934. Von den vorhandenen Zementfabriken wurden wie im Vormonat drei in Betrieb gehalten.

Der polnische Steinkohlenbergbau im März 1935.

Die Steinkohlenförderung in Polen ist, auf den Arbeitstag berechnet, im März weiter zurückgegangen, und zwar in den einzelnen Revieren in außerordentlich verschiedenem Maße. In der Wojewodschaft Schlesien machte nämlich der Rückgang 8,36 Prozent, in den anderen Revieren aber 25,27 Prozent aus, so daß sich für Gesamtpolen ein Rückgang der arbeitstäglichen Förderung um 12,91 Prozent ergab. Die Gesamtförderung des Monats war in der Wojewodschaft Schlesien infolge der größeren Zahl von 26 Arbeitstagen gegen nur 23 im Vormonat etwas höher als die Februarförderung, auch der Absatz gestaltete sich hier verhältnismäßig günstig, da der Rückgang des Inlandsabfahes durch eine Erhöhung der Ausfuhr ausgeglichen wurde. In den anderen Revieren dagegen blieben auch die absoluten Zahlen von Förderung und Absatz gegen den Vormonat zurück. Die Hauptzahlen waren folgende:

	März 1935	Februar 1935
Gesamtpolen	t	t
Gesamtförderung	2 216 450	2 251 265
Arbeitstäglich	85 248	97 881
Eigenverbrauch	243 471	234 914
Inlandsabsatz	1 217 739	1 330 274
Ausfuhr	802 582	643 335
Bestände am Monatsende . .	1 656 194	1 716 485

	März 1935	Februar 1935
Wojewodschaft Schlesien	t	t
Gesamtförderung	1 704 897	1 645 727
Arbeitstäglich	65 573	71 553
Eigenverbrauch	158 571	151 103
Inlandsabsatz	869 493	933 164
Ausfuhr	703 458	549 752
Bestände am Monatsende . .	1 102 302	1 137 023

Der Inlandsabsatz ist im März im ganzen gegen den Vormonat um 8,46 Prozent zurückgegangen. Im einzelnen war der Rückgang am stärksten beim Absatz für Hausbrandzwecke. Eine Zunahme zeigte sich lediglich bei dem Absatz an Industriefohlen (um 4,58 Prozent), der sich jedoch wenn man die Zahl der Arbeitstage berücksichtigt, in einen Minderabsatz verwandelt. Der Absatz an die Industrie betrug 700 762 To. (670 052), an die Eisenbahnen 210 247 To. (254 109), an die sonstigen Abnehmer einschließlich Hausbrand 306 730 To. (406 113). Der Rückgang in der zweiten und dritten Gruppe machte 17,27 und 24,48 Prozent aus.

Im Gegensatz zu dem Inlandsabsatz war die Ausfuhr im März nicht nur im ganzen, sondern auch im arbeitstäglichen Durchschnitt beträchtlich erhöht. Die durchschnittliche tägliche Ausfuhrmenge betrug 31 000 To. gegen 26 500 To. im Vormonat. Es wurde sogar die Ausfuhrmenge des März 1934 (799 000 To.) etwas überschritten. Während jedoch die Ausfuhr nach fast allen anderen Marktgebieten höher waren, trat ein ziemlich starker Rückgang des Abfahes nach den mitteleuropäischen Märkten ein, da die österreichischen Bundesbahnen ihre Bestellungen verringerten und das für

die Tschechoslowakei vorgesehene Kontingent nicht voll abgesetzt werden konnte. Es ergab sich infolgedessen eine stark veränderte Verteilung auf die verschiedenen Marktgruppen, die für die vier wichtigsten Gruppen folgendermaßen ausfiel: Skandinavien 33,38 Prozent (30,43), Südeuropa 28,00 Prozent (24,38), Westeuropa 16,75 Prozent (20,50), Mitteleuropa 9,50 Prozent (13,82). Die Ausfuhrstatistik der polnischen Kohlenkonvention gibt folgende Zahlen an: alte Lizenzmärkte (Mitteleuropa, Danzig und Deutschland) 100 687 To. (113 748), Skandinavien 266 094 To. (195 756), Baltikum 200 To. (3650), Westeuropa 127 578 To. (126 213), Italien 210 940 To. (134 084), nicht reglementierte europäische Märkte 15 107 To. (21 410), außereuropäische Märkte 35 920 To. (13 271), Buntferkohl 46 056 To. (35 703). Die Ausfuhrzahlen für die einzelnen Länder waren, soweit sie aus der vorstehenden Zusammenstellung noch nicht ersichtlich sind, folgende (in 1000 Tonnen): Österreich 53 (62), Ungarn 1 (0), Tschechoslowakei 21 (27), Deutschland 1 (0), Schweden 162 (132), Norwegen 40 (37), Dänemark 65 (25), Frankreich 85 (80), Belgien 25 (34), Holland 18 (13), Schweiz 6 (5), Jugoslawien 9 (0), Malta 4 (0), Ägypten 10 (4), Ägypten 5 (5), sonstiges Afrika 2 (0), Argentinien 15 (0), Danzig 22 (25). Die Zunahme der Verladungen in den Ostseehäfen kam vorwiegend dem Gdingener Hafen zugute, dessen Kohlenumschlag sich von 375 000 auf 515 000 To. erhöhte, während der Umschlag in Danzig nur von 154 000 auf 180 000 To. stieg.

Im April hat sich das Bild der Kohlenausfuhr jedoch bereits wieder geändert. In der ersten Monatshälfte ergab sich gegenüber der ersten Märzhälfte ein Rückgang um 88 000 To. auf 313 000 To., wobei die durchschnittliche Tagesausfuhr um 7 000 To. auf 24 000 To. sank. Sie betrug für das ostoberschlesische Revier 20 500 To., für die Dombrowaer Gruben 3 500 To. Der Rückgang der Ausfuhr war die Folge von Schwierigkeiten, die sich in den verschiedenen Absatzländern zeigten. So hat Dänemark neuerdings die Devisenzuteilungen an die Kohlenimporteure eingeschränkt. Besonders wird jedoch über Hemmnisse des Kohlenabfahes nach Italien geklagt, das im März noch weitaus an der Spitze aller Abnehmerländer für polnische Kohle gestanden hatte. Als Folge der von der italienischen Regierung eingeführten Kontingentierungsmaßnahmen ist es vorgekommen, daß Schiffe mit polnischer Kohle, die bereits italienische Häfen angelaufen hatten, nicht ausgeladen werden konnten, und andere, bereits auf dem Wege befindliche Transporte angehalten werden mußten. Um diese Schwierigkeiten zu beheben, wurden in Rom von Vertretern der polnischen Regierung und der polnischen Kohlenindustrie mit den zuständigen italienischen Stellen Verhandlungen geführt, die auf den Abschluß eines Kontingentsabkommens hinauslaufen.

Die polnische Eisenhüttenindustrie im März 1935.

Die Frühjahrsebebung auf dem polnischen Eisenmarkt, die sich im Februar bereits bemerkbar gemacht hatte, hat sich im März kräftig fortgesetzt, so daß die Hütten ihre Erzeugung zum Teil wesentlich erhöhen konnten, wobei allerdings auch die größte Zahl der Arbeitstage zu berücksichtigen war. Im Vergleich zum März 1934 war die Roheisenerzeugung um rund 2 000 To. höher, die Rohstahlerzeugung um 11 000 To. und die Erzeugung der Walzwerke um rund 7 700 To. höher, während bei den Röhrenwerken ein Rückgang um annähernd 1 000 To. zu verzeichnen war. Verglichen mit dem Februar d. J. ergaben sich im März nachstehende Erzeugungszahlen:

	März 1935	Februar 1935
Roheisen	31 779	30 427
Rohstahl	80 221	70 098
Fertigerzeugnisse der Walzwerke	59 298	49 953
Röhren	4 113	3 674

Entsprechend der gesteigerten Erzeugung trat auch eine Zunahme der Belegschaft der Hütten um 412 Köpfe auf 31 976 ein. Gegen Ende März 1934 waren 3 050 Arbeiter mehr beschäftigt.

Der Auftragseingang des polnischen Eisenhütten-industries zeigte im März eine Erhöhung in einem Maße, wie sie seit langem nicht zu beobachten gewesen ist. Die Gesamtmenge der verteilten Aufträge war mit 34 000 To. um 20 300 To. höher als im Februar und mehr als doppelt so hoch als der Auftragseingang des März vorigen Jahres. Die Bestellungen des Handels verdoppelten sich, indem sie um

7 760 To. auf rund 15 000 To. anstiegen. Zum größten Teile handelte es sich dabei um Käufe zur Vervollständigung der Lager, da der Großhandel in nächster Zeit stärkere Abrufe von Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie erwartet. Die Bestellungen der weiterverarbeitenden Industrie stiegen um 3 700 To. auf 8 700 To. Besonders ins Gewicht fielen hierbei die Bestellungen der Blechverzfinkereien und der Draht- und Nagelfabriken. Dagegen nahmen die Aufträge der eigentlichen Metallindustrie und der Schrauben- und Nietenfabriken ab. Auch die Bestellungen der Vanindustrie, die nur etwa 200 To. ausmachten, blieben noch gering. Andererseits liefen auch verhältnismäßig bedeutende Regierungsaufträge ein, nämlich 9 765 To., hauptsächlich Eisenbahnbedarf, gegen nur 1 310 To. im Vormonat.

Auch die Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen hat sich gehoben. Sie war mit 19 222 To. um 3 408 To. höher als im Februar. Dagegen war die Ausfuhr von Erzeugnissen der Weiterverarbeitung mit nur 52 To. ganz unbedeutend und noch um 16 To. niedriger als im Vormonat. Auch die Röhrenausfuhr hat sich weiter verringert. Was die Richtung der Ausfuhr anlangt, so ist zu bemerken, daß seit dem Anfang dieses Jahres die Lieferungen nach Rußland wieder in erheblichem Umfange aufgenommen worden sind. In den ersten drei Monaten wurden rund 20 000 To. dorthin geliefert. Daneben bleibt das Deutsche Reich in der polnischen Eisenausfuhrstatistik an hervorragender Stelle. Die Lieferungen nach Deutschland gingen in der letzten Zeit bis an 4 000 To. im Monat heran. Auch von der an sich geringen Ausfuhr von Erzeugnissen der Weiterverarbeitung hat das Deutsche Reich den Hauptteil abgenommen.

Innerhalb der polnischen Eisenindustrie war im Verlauf des März ein wichtiger Vorgang die Gründung eines Syndikats der Draht- und Nagelfabriken, nachdem seit vier Jahren ein derartiges Syndikat nicht mehr bestanden hatte. Die Neugründung, die im Einverständnis mit dem Handelsministerium zustande gekommen ist, umfaßt alle Fabriken mit einer Jahreserzeugung von wenigstens 600 To. Die Bildung des Syndikats ist dadurch erleichtert worden, daß die Hütten sich bereit erklärt haben, den selbständigen Draht- und Nagelfabriken das Halbzug zu den gleichen Bedingungen zu liefern wie an ihre eigenen weiterverarbeitenden Betriebe.

Seit Jahren sind in der polnischen Eisenhüttenindustrie Bestrebungen im Gange, ein Ausfuhrsyndikat zu gründen. In dieser Richtung ist jedoch ein bemerkenswerter Fortschritt gemacht worden. Es bestand bereits seit längerer Zeit der „Ausfuhrverband der polnischen Eisenhütten“ als Unterorganisation des Verbandes der polnischen Eisenhütten, der jedoch vorwiegend statistische und technische Angelegenheiten der Ausfuhr bearbeitete. Die Arbeit dieses Ausfuhrverbandes soll nunmehr von einem neugegründeten „Ausfuhr-ausschuß der polnischen Eisenhütten“ übernommen und in verschiedener Hinsicht erweitert werden. Der Ausschuß soll nach außen hin die verschiedenen Absatzmärkte bearbeiten und in Verhandlungen mit den ausländischen Abnehmern ebenso wie mit den internationalen Exportverbänden als Vertretung der polnischen Eisenhütten auftreten. Im Inlande wird es Aufgabe des Ausschusses sein, mit der Regierung zum Zwecke der Ausfuhrförderung zusammen zu arbeiten. Der Ausfuhrausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern der Hüttenunternehmungen, die an der Ausfuhr interessiert sind; das sind von ostoberschlesischen Unternehmungen die AG. Kattowitzer AG. und Vereinigte Königs- und Laurahütte, Friedenshütte und AG. Ferrum, von kongreßpolnischen Werken die Huta Bankowa und der Konzern Modrzewo-Hantke. Den Vorsitz des Ausfuhrausschusses führt das Vorstandsmitglied der Friedenshütte, Baron Dangel, Geschäftsführer ist der Kattowitzer Delegierte des Eisenhüttenverbandes, Dembinski. Als Sitz des Ausschusses ist Kattowitz gewählt, weil von hier aus die Fühlung mit den an der Ausfuhr interessierten Unternehmungen am besten erhalten werden kann. Durch eine Vertretung in Warschau soll die ständige Fühlung mit den Zentralbehörden gehalten werden. Man rechnet damit, daß dieser Ausschuß gewissermaßen die Keimzelle darstellen soll, aus der sich einst das schon seit langem erstrebte Ausfuhrsyndikat entwickeln kann.

Auch die weiterverarbeitende Industrie Polens bemüht sich um die Ausfuhrförderung. So hat sich kürzlich die

Gruppe der Gießereien im Verbands der polnischen Metallindustrie mit der Ausfuhrfrage beschäftigt. Es kam dabei zum Ausdruck, daß der Absatz von Eisen- und Stahlguß im Auslande gegen die Konkurrenz anderer Ausfuhrländer sich in der letzten Zeit sehr erwirkt hat, so daß die polnischen Eisengießereien die sich bei dieser Ausfuhr ergebenden Verluste nicht weiter tragen können. Ihre Aufrechterhaltung im Interesse der Aktivität der polnischen Handelsbilanz wurde nur dann als möglich erklärt, wenn einmal die Regierung durch geeignete Maßnahmen die Ausfuhr unterstützt, und wenn außerdem sich für die Ausfuhr alle Gießereien zusammenschließen, so daß auch die, die selbst nicht ausführen, die etwaigen Verluste des Ausfuhrgeschäftes mit tragen helfen.

Die polnische Zink- und Bleihüttenindustrie im 1. Vierteljahr 1935.

Die Erzeugungszahlen der Zink- und Bleihütten in Polen zeigten im ersten Vierteljahr 1935 kein einheitliches Bild, indem in einzelnen Zweigen die Erzeugung zurückging, in anderen sich erhöhte. Im folgenden seien die Hauptzahlen nebeneinander gestellt:

1935	Januar t	Februar t	März t
Rohzink (einschl. Elektrolytzink)	6 634	6 088	6 755
Zinkbleche	849	684	1 141
Schwefelsäure	13 979	11 872	13 484
Rohblei	1 690	1 421	1 396

Vergleicht man die Erzeugung des ersten Vierteljahres 1935 mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, so ergibt sich folgendes Bild:

	1. Viertelj. 1935 t	1. Viertelj. 1934 t
Rohzink (einschl. Elektrolytzink)	19 477	22 884
Zinkbleche	2 674	1 394
Schwefelsäure	39 335	41 412
Rohblei	3 507	3 383
Silber	—	(März) 656 kg

Wie bisher, so war auch im neuen Jahre die Erzeugung der gesamt-polnischen Zink- und Bleihüttenindustrie gleichbedeutend mit der ostoberschlesischen Erzeugung, ausgenommen lediglich die Schwefelsäuregewinnung, für die außerhalb Ostoberschlesiens noch die Blenderösthütte Trzebinia in Galizien in Tätigkeit war.

Während im ersten Vierteljahr des vorigen Jahres die Rohzinkerzeugung aufsteigende Zahlen zeigte, die Herstellung von Zinkblechen dagegen im Vergleich zu 1933 geringer gewesen war, zeigt sich im Jahre 1935 das umgekehrte Bild. Die Rohzinkerzeugung war in den einzelnen Monaten unter Berücksichtigung der verschiedenen Zahl der Arbeitstage ziemlich stetig, aber im ganzen niedriger als vor einem Jahre. Der Grund dafür liegt in der Erschwerung der Ausfuhr hauptsächlich dadurch, daß das Deutsche Reich aus den bereits früher an dieser Stelle angegebenen Gründen seine Zinkbezüge aus Polen eingeschränkt hat, und es den ostoberschlesischen Zinkhütten bisher nicht möglich gewesen ist, entsprechende Absatzmöglichkeiten auf anderen Auslandsmärkten zu finden oder den Inlandsabsatz wesentlich zu vergrößern. Aus der verringerten Zinkerzeugung ergab sich auch eine geringere Schwefelsäuregewinnung in den Röhnhütten. Günstig hat sich dagegen der Absatz von Zinkblechen entwickelt, so daß deren Erzeugung gegen das erste Vierteljahr 1934 fast verdoppelt werden konnte. Offenbar rechnet man mit einer Belebung der Bautätigkeit in Polen nach dem Stillstande der vergangenen Jahre. Immerhin ist auch die wesentlich gesteigerte Zinkblecherzeugung noch gering im Verhältnis zu der

Leistungsmöglichkeit der Zinkwalzwerke, die ein mehrfaches der Erzeugung beträgt. Die Bleierzugung der Walthers-Croneck-Hütte der Giesche AG. hat sich auf ungefähr der gleichen Höhe gehalten wie im Vorjahre. Silber, das nur schwer und unlohnend abzufassen ist, wurde im neuen Jahre noch nicht gewonnen.

Von der im Herbst v. J. eingetretenen Tatsache, daß die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben die Erzförderung ihrer Deutsch-Bleischarley-Grube für die eigene Zinkhütte in Magdeburg in Anspruch nimmt, ist von den ostoberschlesischen Hütten am schwersten die Guidotto-Zinkhütte der Fürstlich Donnerzmarischen Verwaltung betroffen worden, da diese Hütte im Gegensatz zu denen der anderen ostoberschlesischen Verwaltungen keine eigene Erzbasis besitzt, und daher vollständig auf Käufererze angewiesen ist, die sie nur aus dem Auslande beziehen kann. Die Donnerzmarische Verwaltung hatte daher bereits für das Ende des ersten Vierteljahres die Stilllegung ihrer Zinkhütte ins Auge gefaßt. Die Verhandlungen mit dem Demobilisierungskommissar sind jedoch noch nicht zum Abschluß gekommen, da seitens der Arbeitergewerkschaften und der Gemeindeverwaltung von Chropaczow die größten Anstrengungen gemacht werden, um die Stilllegung zu verhindern. Diese ist nun auf den 30. Juni verschoben worden. Die gesamte Belegschaft hat für diesen Termin die Kündigung erhalten.

Die Montanindustrie des Ostrau-Karwiner Reviers im 1. Vierteljahr 1935.

Im Kohlenbergbau des Ostrau-Karwiner Reviers trat im ersten Vierteljahr 1935 der übliche saisonmäßige Rückgang der Produktion ein. Außerdem blieb die Gesamtförderung des ersten Vierteljahres 1935 hinter der des gleichen Vorjahrsabschnittes zurück. Die durchschnittliche Tagesförderung stellte sich im Januar auf 25 253 Tonnen gegen 28 833 To. im Vormonat, d. i. ein Rückgang um 12,3 Prozent. Im Februar betrug sie 24 718 (Rückgang um 2,3 Prozent), im März 22 204 To. (Rückgang um 10,1 Prozent). Die Gesamtproduktion des ersten Vierteljahres 1935 bezifferte sich auf 1 810 100 To. gegen 1 856 300 To. im 1. Vierteljahr 1934. Es war also im Vergleich mit dem Vorjahr eine Minderförderung von 2,5 Prozent festzustellen.

Gegenüber erhöhte sich die Koks-gewinnung im gleichen Abschnitt auf 352 200 To. gegen 299 200 To. im 1. Quartal 1934, d. i. um 17,7 Prozent. Hier liegt eine Auswirkung der stark gesteigerten Eisenproduktion im mährisch-österreichischen Revier, wie auch in der gesamten tschechischen Eisenhüttenindustrie vor.

Auch die Bricketterzeugung stieg im ersten Vierteljahr 1935 auf 97 120 To. gegen 87 160 To. im entsprechenden Vorjahrsabschnitt, das ist eine Zunahme um 11,4 Prozent. Eine im Vorjahr nicht tätige Brickettfabrik wurde zu Anfang des Jahres wieder in Betrieb genommen.

	1935			1. Vierteljahr	
	Januar	Februar	März	1935	1934
in Tonnen					
Steinkohlenförderung . . .	656 600	578 400	575 100	1 810 100	1 856 300
Lagerbestände . . .	246 111	241 142	227 914	1) 227 914	1) 264 715
Durchschnittl. Arbeiterstand:					
Grubenbetriebe . .	27 182	27 103	26 990	2) 26 990	2) 28 494
Reisenbetriebe . .	3 563	3 590	3 643	2) 3 643	2) 3 523
(Koks- u. Brickettanstalten)					
Koks- u. Bricketterzeugung . .	113 700	115 100	123 400	352 200	299 200
Lagerbestände . . .	280 303	285 646	298 242	1) 298 242	1) 290 846
Bricketterzeugung . .	36 620	28 830	31 670	97 120	87 160

1) Ende März. 2) Märzdurchschnitt.

Bei der Steinkohlenausfuhr des Ostrau-Karwiner Reviers war Österreich, wie bisher, der Hauptabnehmer. Im Februar wurden aus der Tschechoslowakei nach Österreich 88 895 To. Steinkohle und 14 280 To. Koks ausgeführt.

Die Halbenbestände an Steinkohle waren am 30. 3. 35 um 13,9% kleiner als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Gegenüber waren die Lagerbestände an Koks Ende März 1935 um 2,55 Prozent höher als Ende März 1934.

Auf die einzelnen Bergwerksgesellschaften verteilte sich die Produktion, wie folgt:

	1935			1. Vierteljahr	
	Januar	Februar	März	1935	1934
in Tonnen					
Steinkohlenförderung					
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft	192 600	174 000	177 900	544 500	582 000
Wittowitzer Steinkohlengruben	145 200	125 600	125 100	395 900	386 100
Ferdinands-Nordbahngruben	84 500	70 000	68 600	223 100	228 900
Steinkohlengewerkschaft Orlau-Lazb	80 200	67 000	72 400	219 600	217 500
Larisch Wönnichsche Gruben	71 200	68 600	65 800	205 600	214 000
Johann Wilczek-sche Gruben	33 200	31 400	27 400	92 000	96 700
Ostrau-Karwiner Montangesellschaft	29 000	23 600	21 000	73 600	73 600
Staatliche Bergwerksdirektion	20 700	18 200	16 900	55 800	57 500
insgesamt	656 600	578 400	575 100	1 810 100	1 856 300
Koks- u. Bricketterzeugung					
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft	38 700	36 300	39 400	114 400	80 000
Wittowitzer Steinkohlengruben	34 900	39 300	41 900	116 100	103 900
Ferdinands-Nordbahngruben	15 300	16 500	18 300	50 100	40 900
Steinkohlengewerkschaft Orlau-Lazb	6 500	6 000	6 500	19 000	22 300
Larisch Wönnichsche Gruben	6 400	5 700	5 400	17 500	16 400
Johann Wilczek-sche Gruben	5 100	5 100	5 500	15 700	17 000
Staatliche Bergwerksdirektion	6 800	6 200	6 400	19 400	18 700
insgesamt	113 700	115 100	123 400	352 200	299 200
Bricketts					
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft	6 500	4 630	5 080	16 210	15 210
Wittowitzer Steinkohlengruben	12 700	8 700	9 900	31 300	32 900
Ferdinands-Nordbahngruben	9 400	6 780	7 860	24 040	23 130
Johann Wilczek-sche Gruben	4 750	4 700	4 760	14 210	15 920
Ostrau-Karwiner Montangesellschaft	3 270	4 020	4 070	11 360	—
insgesamt	36 620	28 830	31 670	97 120	87 160

Die Belegschaft der Grubenbetriebe hat sich, wie aus der Tabelle I ersichtlich, gegenüber dem Vorjahr um 1504 vermindert, während in den Koks- und Brickettanstalten 120 Kräfte mehr beschäftigt wurden als im Vorjahr. Im Ostrau-Karwiner Bergbau fanden Ende März Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterorganisationen und der Direktorenkonferenz statt, die die Wechselurlaube betrafen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurde das Abkommen über die Wechselschichten bis zum 31. März 1936 verlängert.

Im Gegensatz zur Steinkohlenförderung hatte die Eisenproduktion der Tschechoslowakei im ersten Vierteljahr 1935 im Vergleich mit dem Vorjahr einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. In den Monaten Januar und Februar 1935 (für März liegen die Zahlen noch nicht vor) wurden an Roheisen 118 681 To. erzeugt gegen 71 261 To. in den gleichen Vorjahrsmonaten. Die Roheisenerzeugung hat also um 66,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die Ziffer der Rohstahlproduktion betrug im Januar und Februar 181 338 To. gegen 102 635 To. im gleichen Vorjahrsabschnitt. Hier beziffert sich die Zunahme sogar auf 76,7 Prozent. Die Intensität der Produktion von Roheisen und Stahl war im Januar und Februar etwa gleich und lag um ca. 89 Prozent über der Leistung des Dezember 1934. Die vom Eisenartell beobachteten Lieferungen an Roheisen bezifferten sich im Januar auf 5623 To. und im Februar auf 7448 To., die Lieferungen an Walzware im Januar auf 35 202 To. (Dezember 27 466 To.) und im Februar auf 42 963 To. Im März waren die Eisenwerke weiter gut beschäftigt, so daß, wie die tschechische Wirtschaftspresse meldet, die Rohstahlgewinnung in der ersten Hälfte dieses Jahres eine befriedigende Höhe erreichen wird. Dagegen werden die Aussichten für das zweite Halbjahr einstelligen sehr zurückhaltend beurteilt. Im März waren allerdings die privaten Auftragsbegehren beim Eisenartell schwach. Offenbar bezweckt die Produktionssteigerung vor allem die Versorgung der Rüstungsindustrie (Skoda-Werke).

In der nordmährisch-schlesischen Eisen- und Metallindustrie hielt im ersten Vierteljahr 1935 die in den letzten Monaten des Vorjahres eingetretene Abschwächung des Beschäftigungsgrades durchweg an. Der Bestellungseingang auf Walzware aus dem Inland war fortwährend niedrig, die Exportbestellungen stiegen vom Februar ab etwas. Jedoch machte sich im März die normale Frühjahrsbelegung noch nicht wesentlich bemerkbar, da der Inlandsmarkt zu schwach ist. Auch die Staatsbahnen gaben keine größeren Bestellungen auf, weil der planmäßige Bedarf bereits im Vorjahr überschritten wurde. In allen Abteilungen der Eisenwerke wurde eingeschränkt und mit verkürzter Wochenarbeitszeit bzw. mit Wechselurlaub gearbeitet. Bezüglich der Wochenarbeitszeit wurde beschlossen, den einzelnen Werkstätten die Regelung selbst zu überlassen, um den Besonderheiten der Betriebe Rechnung tragen zu können. Als Grundlag wurde aufgestellt, daß die Arbeitszeit in normalen Betrieben 40 Stunden in der Woche dauert, während sie in

Unternehmungen mit ununterbrochenem Betrieb auf 42 Stunden die Woche gekürzt werden soll. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Werke lag allerdings erheblich unter 40 Stunden in der Woche. In den Blechwalzwerken wurde eingeschränkt gearbeitet, nur ein Teil der Blechstreifen war im Betrieb. Im Drahtwerk war die Beschäftigung gleichfalls eingeschränkt mit Wechselurlauben. In den Röhrenwalzwerken war der Bestellungseingang das ganze Vierteljahr hindurch unzureichend. Die Arbeit mußte in den Betrieben verschiedentlich unterbrochen werden. Im Brückenbau und in den Abteilungen für Eisenkonstruktion war die Beschäftigung ebenfalls schlecht. Auch in den Maschinenfabriken war von einer Belegung nichts zu spüren. Einzelne Betriebe waren vollständig eingestellt. Die Landmaschinenfabriken konnten ihren stark verminderten Arbeiterstand nicht erhöhen. Die Waggonfabriken verfügten nur über unzureichende Aufträge. Die verminderte Belegschaft wurde nur 34 Stunden in der Woche beschäftigt. Geringer war der Automobilbau einigermaßen normal beschäftigt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug jedoch auch hier nur 40 Stunden. Die Feilenfabriken konnten keine Besserung aufweisen. Es wurden nur vier Schichten je Arbeiter wöchentlich verfahren. Der Absatz im Inland war unbefriedigend. Beim Export läßt sich gegen die scharfe Auslandskonkurrenz kaum ankämpfen. In der Emaillegeschirrerzeugung hielt sich der Inlandabsatz auf Vorjahrs Höhe. Bei der Ausfuhr konnte keine Besserung erzielt werden. Weiterhin wurde gekürzt gearbeitet. In der Armaturenerzeugung ist die Lage sehr schlecht. Die Kupferschmiede ist außer Betrieb. In den Gießereien wird nur fünf Schichten je Arbeiter in der Woche gearbeitet. Die Fabriken von Lampen und Beleuchtungskörpern vermisten größere Inlandsaufträge. Im März wurden 40 bis 43 Stunden wöchentlich gearbeitet. Auch in Heizungsanlagen herrschte unverändert eine flaute Geschäftslage. Die Draht- und Hanfseilfabriken waren mit normaler Arbeitszeit beschäftigt. Die Zinkwalzwerke arbeiteten teils in einer, teils in zwei Schichten. Abgesehen von einzelnen Urlauben betrug die Tagesarbeitszeit 6 bis 8 Stunden. In der Stahlmöbelfabrikation war ein Teil der Arbeiter beurlaubt. Die übrigen arbeiteten in 5 Schichten zu 8 Stunden und 60 bis 80 Prozent der Belegschaft noch in einer verkürzten 5-Stunden-Schicht am Sonnabend. Das Gesamtbild der verarbeitenden Industrie im mährisch-schlesischen Revier zeigt im ersten Vierteljahr 1935 keine Besserung. Die Kapazität der Werke war weiterhin gänzlich unzureichend ausgenutzt.

Dr. M.

Mitteilungen

Ernennung der stellvertretenden Präsidenten der Industrie- und Handelskammer.

Auf Vorschlag des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Oberbergwerksdirektor Falkenhahn, sind durch Erlass des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers zu stellvertretenden Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Oppeln für das Rechnungsjahr 1935 die Herren Dr.-Ing. Siegfried Kreuzer in Gleiwitz und Kaufmann Wilhelm Klose in Gleiwitz ernannt worden.

Das kaufmännische Bildungswesen Oberschlesiens im Schuljahr 1934/1935.

Das bei der Oppelner Industrie- und Handelskammer vereinigte fachliche Bildungswesen, das in seiner halbhunderjtährigen Entwicklung unter wohlwollender Förderung durch die Regierung und unter reger Beteiligung der Fachlehrer- und Kaufmannschaft sowie der Industrie innerhalb der Provinz zu einem in sich geschlossenen System wirksamer Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen ausgestaltet worden ist, hat im vergangenen Schuljahr seine Arbeit mit folgenden Gesamtergebnissen abgeschlossen:

Von den zur Handlungsgehilfenprüfung gemeldeten 549 Lehrlingen mußten z. T. zurückgestellt, z. T. für nicht bestanden erklärt werden 154, so daß 395 das Prüfungsziel erreichten. Damit ist die Gesamtzahl der geprüften Handlungsgehilfen Oberschlesiens auf 4891 gestiegen.

Von 206 Lehrlingen der Montan-, der weiterverarbeitenden Metall- und der Textilindustrie bestanden 178 die Gehilfenprüfung. Die Gesamtzahl der geprüften Facharbeiter beträgt nunmehr 1465.

Der Geschäftsstenographenprüfung unterzogen sich 125 Kaufmannsgehilfen und Lehrlinge, von denen 109 bestanden. Die Zahl sämtlicher geprüfter Geschäftsstenographen der Provinz beträgt 814.

Die Maschinenschreiberprüfung kann bekanntlich nur abgelegt werden, nachdem die Prüfungsanwärter vorher die Geschäftsstenographenprüfung bestanden haben. Von den gemeldeten 28 Prüflingen, die beinahe ausschließlich frühere Absolventen der städtischen Handels- und höheren Handelsschulen waren, konnten 26 das Ziel erreichen. Insgesamt haben sich bisher 59 Handlungsgehilfen und -gehilfinen dieser Prüfung mit Erfolg unterzogen.

Die Abschlußprüfung an sechs zweijährigen städtischen Handelsschulen mit mittlerer Reife wurde gemäß Prüfungsordnung des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 5. Januar 1935 durchgeführt; in sinngemäßer Weise sind die Abschlußergebnisse an sechs dreijährigen städtischen Handelsschulen, vier einjährigen und zwei zweijährigen städtischen höheren Handelsschulen festgestellt worden. — Die Eignungsprüfungen für alle neu eingetretenen Berufsschüler und Lehrlinge sind im wesentlichen in Zusammenarbeit mit den Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter abgeschlossen worden. — Neu ist die Nachprüfung der fachlichen und persön-

lichen Voraussetzungen zur Führung von Handelsbetrieben gemäß Ausführungsbestimmungen zum Einzelhandelschutzgesetz, die von Fall zu Fall in Form besonderer Prüfungen vorgenommen wird.

Schließlich hat es sich die Kammer mit der Veranstaltung von 14 Fachpädagogischen Arbeitsgemeinschaften oberschlesischer Diplom-Handelslehrer in diesem Jahre wiederum angelegen sein lassen, durch wissenschaftliche Vorträge, Lektionen und Übungen nachhaltige Anregungen für die Arbeit in der Schule zu geben, um auch auf diese Weise dafür Sorge zu tragen, daß dem fachlichen Nachwuchs die im Interesse des Gesamtwohls notwendige Erziehung und Ausbildung zuteil werden.

Einzelhandeltagung in der Industrie- und Handelskammer.

Am 3. Mai 1935 fand in der Industrie- und Handelskammer Doppelte eine Arbeitstagung der Einzelhandelsvertretung (E.H.V.) für Oberschlesien statt, die von dem Vorsitzenden der E.H.V., Pg. Kaufmann Klose, Gleiwitz, eröffnet wurde.

Das Hauptreferat hielt der Geschäftsführer der Außenstelle der E.H.V. und gleichzeitig der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Dr. Przybylla, der über die Organisation des Einzelhandels berichtete. Nachdem die Spitzenverbände des Einzelhandels, und zwar die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Reichsverband der Groß- und Mittelbetriebe zum Gesamtverband des Deutschen Einzelhandels zusammengeschlossen worden waren, wurde dieser Gesamtverband durch die W.D. vom 18. 9. 1934 als Wirtschaftsgruppe Einzelhandel anerkannt. Diese Wirtschaftsgruppe ist lt. Df. V. D. vom 27. 11. 1934 eine Untergruppe der Reichsgruppe Handel, zu der auch die Wirtschaftsgruppen Großhandel, ambulanter Handel, Handelsvertreter gehören. Für die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ist unter dem 15. 3. 35 eine Satzung erlassen worden, nach der zunächst Pflichtmitgliedschaft sämtlicher Einzelhändler besteht. Nicht als Einzelhändler gelten das Gast- und Schankstättengewerbe, der Hausierhandel, das Wandergewerbe und der Marktverkehr. Die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ist ein rechtsfähiger Verein mit Sitz in Berlin. Das Geschäftsjahr läuft jeweilig vom 1. April bis 31. März. Die W. G. hat die Aufgabe und Pflicht, ihre Mitglieder in allen Einzelhandelsfragen zu beraten und zu betreuen. Sie gliedert sich in 31 Fachgruppen, ferner in Bezirksgruppen und in Zweckvereinigungen (für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte, für Filialbetriebe für Verbandgeschäfte). Ehrenamtlicher Leiter der W. G. ist Dr. Franz Hayler. Zur Geschäftsführung werden mehrere Geschäftsführer bestellt. Die fachliche Untergliederung der W. G. im einzelnen steht zur Zeit noch nicht fest, doch werden in den nächsten Tagen nähere Anweisungen ergehen. Jedes Mitglied der W. G. erhält eine Mitgliedskarte als Ausweis für seine ordnungsgemäß festgestellte Mitgliedschaft. Jeder Einzelhändler, der unmittelbares Mitglied der W. G. ist, wird der seinem Geschäftszweig entsprechenden fachlichen Gliederung und der seinem Wohnsitz entsprechenden regionalen Gliederung als unmittelbares Mitglied zugewiesen.

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Herr Dr. Hayler, hat auf Grund der V. D. vom 18. 9. 1934 die Befugnisse der satzungsgemäßen Organe der Arbeitsgemeinschaft Vereine selbständiger Kaufleute Oberschlesiens (Landesverband des oberschlesischen Einzelhandels) übernommen und Pg. Klose, Gleiwitz, zu seinem Beauftragten bestellt. Durch diese Maßnahme ist die Arbeitsgemeinschaft als Landesverband des oberschlesischen Einzelhandels als eine regionale Gliederung der W. G. bezeichnet worden. Die Bestrebungen gehen nun, wie bekannt, dahin, dem Landesverband des oberschlesischen Einzelhandels aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens innerhalb der bezirklichen Gliederung der gewerblichen Wirtschaft in Gesamt Schlesien eine weitgehende Selbständig-

keit zu sichern. Von den zuständigen Stellen sind auch dem oberschlesischen Einzelhandel die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen möglichen Zugeständnisse hinsichtlich der Selbständigkeit gemacht worden. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Herr Dr. Hayler, hat sich im Zusammenhang hiermit entschlossen,

am 17. Mai 1935 Oberschlesien einen Besuch abzustatten und an einer Rundgebung des oberschlesischen Einzelhandels teilzunehmen,

um sich selbst über die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens zu vergewissern.

Eine erfolgreiche Arbeit der Gebietsstelle Oberschlesiens ist nur möglich, wenn ein ausgedehntes Netz von örtlichen Untergliederungen mit zuverlässigen Mitarbeitern aus den Reihen des oberschlesischen Einzelhandels gebildet wird. Die bisherige Sorge der zu schaffenden Betreuungstellen des Einzelhandels um beitragswillige Mitglieder besteht nicht mehr, nachdem Pflichtmitgliedschaft der Einzelhändler zur Wirtschaftsgruppe Einzelhandel geschaffen ist und diejenigen Einzelhändler, die nicht ihre Beiträge an ihre fachliche oder örtliche Einzelhandelsorganisation (wozu auch die kaufmännischen Vereine zählen) entrichten, Beiträge an die W. G. abführen müssen, die ihrerseits die örtlichen Untergliederungen finanziert. Die Uebergangszeit in finanzieller Hinsicht wurde bis zum 30. 6. 1935 verlängert, da die Vorarbeiten, insbesondere die karteimäßige Erfassung des Einzelhandels, bis zum 1. April 1935 nicht durchgeführt werden konnten. In Oberschlesien sollen etwa 15 Kreisstellen gebildet werden, zu denen wiederum eine größere Anzahl von Ortsgruppen gehören sollen. Inwieweit die größeren Fachgruppen, z. B. der Refofoi oder Textileinzelhandel, ein besonderes Eigenleben innerhalb dieser Untergliederungen führen werden, steht noch nicht fest.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit dem Meldeverfahren, mit der Beitragsregelung und der neu erlassenen Beitragsordnung. Nach dieser beträgt der Beitrag zur Wirtschaftsgruppe Einzelhandel 75 pro mille vom Umsatz, mindestens jedoch 16 RM. im Jahr.

Anschließend wies Pg. Klose nochmals auf die bevorstehende

Rundgebung des oberschlesischen Einzelhandels am 17. Mai hin. Die Rundgebung findet abends 8 Uhr im Saal der „Neuen Welt“ in Gleiwitz statt. Auf ihr sprechen der Herr Landeshauptmann, Pg. Adamczyk, und der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Pg. Dr. Hayler. Eine rege Beteiligung der Wirtschaftskreise ist sehr erwünscht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff auf Einladung des Vorsitzenden ein Vertreter der kaufmännischen Angestellten, Pg. Ehl, Gleiwitz, das Wort, um eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel mit dem Amt für Berufserziehung der M.N., wie auch mit den Berufsschulen (Diplom-Handelslehrern) zu befürworten. Zu dem gleichen Thema sprach Direktor Rein von der Industrie- und Handelskammer, der die Bedeutung und den fortgeschrittenen Ausbau des Berufsschulwesens in Oberschlesien hervorhob.

Im letzten Teil der Tagesordnung erfolgte eine Berichterstattung durch einzelne Vertreter der Fach- und Ortsgruppen, an die sich eine Diskussion schloß. Es sprachen Einzelhandelsvertreter von Reize, Krenzburg, Grottkau, Ratibor und des Refofoi. Die Berichte wurden größtenteils auch schriftlich dem Vorsitzenden eingereicht.

Die Gliederung der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel.

Die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel teilt mit:

Die Gliederung der Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ist wie folgt festgesetzt:

Dem Hauptgeschäftsführer Dr. Wieser unterstehen drei Hauptabteilungen. Die Hauptabteilung A, die von

Dr. Tiburtius geleitet wird, gliedert sich in drei Abteilungen. Die Abteilung I (allgemeine Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsfragen) wird von Dr. Tiburtius, die Abteilung II (Verbindung zu den übrigen Gruppen der Wirtschaft) von Laurisch, die Abteilung III (eigene Angelegenheiten des Einzelhandels) von Dr. Folsz geleitet.

Leiter der Hauptabteilung B (Presse, Propaganda, Archiv) ist Dr. v. Boll, Leiter der Hauptabteilung C (Finanzen, Organisation, Personalamt) Dr. Uffhausen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß für Zuschriften an den Leiter der Wirtschaftsgruppe, an Hauptgeschäftsführer und an die Hauptabteilungen A und B die Anschrift Berlin NW. 7, Neue Wilhelmstraße 2, für Zuschriften an die Hauptabteilung C (Verwaltung) Berlin NW. 7, Schiffbauerdamm 15, lautet.

Klarheit und Einheitlichkeit in den Papierbezeichnungen.

Der Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) hat der Öffentlichkeit eine neue Vereinbarung übergeben, die als Grundlage für einheitliche Papier-Bezeichnungen dient. Unter dem Titel

„Bezeichnungsvorschriften für Papierforten RAL 470 A“

sind Bezeichnungsvorschriften für die verschiedensten Papierforten zusammengefaßt. Die Veröffentlichung dieser RAL-Vereinbarung bedeutet zunächst den Anfang einer im weiteren Ausbau begriffenen umfassenderen Arbeit. In früheren Verlautbarungen ist schon gesagt worden, daß die Anregung zur Aufstellung der neuen Vereinbarung von der Papier-Industrie, dem Papier-Handel und der Papier-Verarbeitung ausgegangen ist. Wegen der großen Mannigfaltigkeit der Materie waren recht umfangreiche und langwierige Erhebungen erforderlich, bis die allen beteiligten Kreisen gerecht werdende Fassung gefunden wurde.

Von mehr als 140 Organisationen und gesellschaftlichen Berufsvertretungen ist die Vereinbarung unterschriftlich anerkannt worden. Die umfangreiche Unterzeichnerliste gibt den Nachweis der beim RAL üblichen Gemeinschaftsarbeit und die Grundlage für die umfassende Anerkennung der Vereinbarung als zukünftiger Handelsbrauch. An ihr sind die Erzeuger, der Groß- und Einzelhandel, die Verarbeiter und Verbraucher, Behörden, gesellschaftlichen Berufsvertretungen sowie Prüf- und Forschungsanstalten beteiligt.

Die vorgelegte Veröffentlichung umfaßt zunächst Bezeichnungsvorschriften für vier Papierforten. Die einheitlichen Bezeichnungen der einzelnen Sorten konnten nur dadurch gefunden werden, indem man Grundsätzliches über die Stoffzusammensetzung sagte. So ist über den Abschnitt

Habernpapier und habernhaltiges Papier

gesagt, daß als „Habernpapier“ in Zukunft nur ein Papier bezeichnet werden darf, dessen Fasertstoff lediglich aus Habern (Leinen, Hanf, Baumwolle, Ramie) besteht.

Bei dem „habernhaltigen Papier“ ist neben Habern ein Zusatz anderer Fasern zugelassen.

Holzfreies Schreibpapier (Schreib-, Post-, Schreibmaschinen- und Schreibmaschinendurchschlag-Papier).

Für „holzfreies Schreib-, Post- und Schreibmaschinen-Papier“ ist Vollerleimung erforderlich, jedoch darf die Stoffzusammensetzung beliebig sein. Ein Zusatz von Holzschliff oder sonstiger verholzter Faser ist ausgeschlossen. Ferner muß der Zusatz ungebleichter Faserstoffe noch angegeben werden.

„Holzfreies Schreibmaschinendurchschlag-Papier“ braucht nicht vollgeleimt zu sein, muß im übrigen aber die gleiche Stoffart aufweisen wie holzfreies Schreibpapier.

Die Begriffsbestimmung über

holzfreies Druckpapier

befragt, daß bei der verwendeten Stoffart Zusätze von Holzschliff oder sonstiger verholzter Faser nicht vorkommen dürfen. Beliebiger Leimungsgrad kann angewendet werden; dagegen muß der Zusatz ungebleichter Faserstoffe angegeben werden.

Die Bezeichnung

Braunholzpapier

ist an die Verwendung von Braunschliff geknüpft. Es wird ausdrücklich betont, daß durch andere Farbstoffe braun gefärbtes Papier anderer Art nicht unter der Bezeichnung „Braunholzpapier“ oder ähnlicher Bezeichnung in den Handel gebracht werden darf.

Den einzelnen Bestimmungen ist jeweils eine Vorschrift über zulässige fremdstoffliche Beimengungen angefügt.

Den eigentlichen Bezeichnungsvorschriften vorangestellt ist ein Absatz „Allgemeine Bestimmungen“, der die Anwendung der festgelegten Bezeichnungen im Angebots- und Verkaufswesen einschließlich öffentlicher Ankündigungen behandelt und vorschreibt.

Dem aufgestellten Arbeitsplan entsprechend werden also zukünftig noch Begriffs- und Bezeichnungsregelungen weiterer Papierforten, die im täglichen industriellen und einzelwirtschaftlichen Verbrauch eine Rolle spielen, folgen.

Die Vertriebsstelle für die neue RAL-Vereinbarung ist, wie für alle RAL-Druckschriften, der Deuth-Verlag, Berlin SW. 19, Dresdener Straße 97. Die Vereinbarung ist zum Einzelpreise von RM. 0,20 erhältlich. Bei Mehrabnahmen kommen nicht unerhebliche Rabattsätze in Anwendung.

Steuerwesen

Die wirtschaftliche, handelsrechtliche und steuerrechtliche Bedeutung des Anleihestocks.

Von Wirtschaftsprüfer Dr. jur. et. rer. pol. H. Brönnner,
Berlin W 9.

Das Anleihestockgesetz vom 4. 12. 1934 (RGBl. I Seite 1222 ff.), auf Grund dessen die über eine bestimmte Höchstdividende hinausgehende Gewinnverteilung an einen Anleihestock abzuführen ist, hat einen Vorläufer in dem Kapitalanlagegesetz vom 29. 3. 1934 (RGBl. I Seite 295 ff.). Das Kapitalanlagegesetz bezog sich auf Gewinnausschüttungen, die in einem Geschäftsjahr vorgenommen sind, das in der Zeit vom 1. 10. 1933 bis 31. 12. 1934 endet. Das Anleihestockgesetz sieht dagegen vor, daß die Gewinnausschüttungen von drei vollen Geschäftsjahren den Vorschriften über die Bildung des Anleihestocks unterliegen, und zwar gilt als erstes dem Anleihestockgesetz unterliegendes Geschäftsjahr dasjenige, für dessen Jahresabluß nach dem Inkrafttreten des Anleihestockgesetzes (11. 12. 1934) von den zuständigen Gesellschaftsorganen Beschluß gefaßt wird. Das

Anleihestockgesetz findet eine wichtige Ergänzung in der Durchführungsverordnung vom 27. 2. 1935 (RGBl. I S. 316 ff.), und zwar hat diese Durchführungsverordnung rückwirkende Kraft dergestalt, daß sie vom gleichen Tage an wie das Anleihestockgesetz gilt, also vom 11. 12. 1934 an.

Der wirtschaftliche Zweck des Anleihestocks.

Mit der Bildung des Anleihestocks, der von der Deutschen Golddiskontbank verwaltet wird, werden zwei Ziele verfolgt. Dadurch, daß die Dividendenausschüttung eingeschränkt wird, wird das Interesse an bestimmten Industripapieren, die sonst hohe Dividenden ausschütten, beschränkt und das Kapital mittelbar für den Rentenmarkt frei. Andererseits findet eine unmittelbare Förderung des Marktes der Staatspapiere dadurch statt, daß die der Golddiskontbank überwiesenen Beträge des Anleihestocks in Anleihen anzulegen sind. Hierdurch besteht nicht nur die Möglichkeit, Kapital für bestehende öffentliche Anleihen flüssig zu machen, sondern auch zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung neu anzunehmende Anleihen unterzubringen.

Die Auflösung des Anleihestocks findet nach Beschlußfassung über das vierte Geschäftsjahr seit Inkrafttreten des Anleihestockgesetzes statt; die verteilten Beträge fließen den Aktionären bzw. Anteilseignern zu, die bei der Auflösung des Anleihestocks Besitzer der Aktien bzw. Anteile sind.

Die dem Anleihestockgesetz unterliegenden Gesellschaften.

Das Anleihestockgesetz erstreckt sich auf alle Kapitalgesellschaften, also vor allem auf die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaft a. A. und Gesellschaften m. b. H.; andererseits unterliegen nicht dem Anleihestock die Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit u. a.

In der Durchführungsverordnung zum Anleihestockgesetz vom 27. 2. 1935 ist eine Freigrenze vorgeesehen, wonach Gesellschaften mit einem Gesellschaftskapital bis 100 000 RM. nicht den Bestimmungen des Anleihestockgesetzes unterliegen; hierbei ist ohne Belang, ob das Kapital voll eingezahlt ist oder nicht. Wenn also z. B. eine Gesellschaft ein Kapital von 120 000 RM. hat, von dem 60 000 RM. eingezahlt sind, so unterliegt die Gesellschaft den Bestimmungen über den Anleihestock. Wird das Gesellschaftskapital nach Inkrafttreten des Anleihestockgesetzes auf 100 000 RM. oder einen niedrigeren Betrag herabgesetzt, so gilt die Freigrenze nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers.

Von den Vorschriften des Anleihestockgesetzes sind die sogenannten Organgesellschaften befreit, soweit das Organverhältnis bereits vor Inkrafttreten des Anleihestockgesetzes bestand. Wenn also eine Gesellschaft auf Grund einer vor dem 1. 12. 1934 bestehenden Verpflichtung ihre gesamten Gewinne an Dritte abzuführen hat, so unterliegen diese Gewinne nicht den Vorschriften über die Bildung eines Anleihestocks. Das gleiche gilt hinsichtlich entsprechender Verpflichtungen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes begründet sind, sofern der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister ihre Zustimmung geben.

Ein weiteres Privileg besteht für Schachtelgesellschaften. Wenn eine Kapitalgesellschaft A an einer anderen Kapitalgesellschaft B mit mindestens 25 v. H. des Gesellschaftskapitals beteiligt ist, so kann die Gesellschaft B von einer Ueberweisung der auf die Beteiligung entfallenden abführungspflichtigen Gewinne absehen, wenn die Beteiligung der Gesellschaft A bei der Golddiskontbank oder mit deren Einverständnis bei einer anderen Stelle hinterlegt wird. Die Befreiung von der Abführung der an sich dem Anleihestock zu überweisenden Beträge gilt nur solange, als die Beteiligung hinterlegt ist. Anstelle der Hinterlegung, durch die die Gesellschaftsrechte der Gesellschaft A nicht beeinträchtigt werden sollen, können die Anteile der Deutschen Golddiskontbank oder einer anderen Stelle abgetreten werden. Eine gleiche Vorschrift wie für Schachtelgesellschaften gilt für Kapitalgesellschaften, an denen das Reich, ein Land, eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband beteiligt sind, wobei die Beteiligung auch geringer als 25 v. H. sein kann.

Der an den Anleihestock abzuführende Gewinn.

Nach den Bestimmungen des Anleihestockgesetzes dürfen als Höchstdividende nur 6 v. H. bar ausgeschüttet werden; derjenige Betrag des zur Verteilung gelangenden Gewinns, der 6 v. H. des eingezahlten Kapitals übersteigt, ist an den Anleihestock abzuführen. Ferner ist bestimmt, daß dann, wenn im Vorjahre mehr als 6 v. H. zur Ausschüttung gelangt sind, der gleiche Satz, jedoch höchstens 8 v. H. als Höchstdividende in bar ausgeschüttet werden dürfen, während der darüber hinausgehende Dividendenbetrag dem Anleihestock zuzuführen ist.

In der Durchführungsverordnung ist der Begriff „Gewinn“ klar umrissen worden. Danach zählen zum Gewinn Zuwendungen jeder Art, auch wenn diese aus Gewinnvorträgen oder Reserven früherer Jahre stammen. Auch ein verdeckter Gewinn zählt zum Gewinn im Sinn des Anleihestockgesetzes, sofern er der Körperschaftsteuer unterliegt und wenn die Regelung, auf Grund der dieser Gewinn ausgeschüttet wird, nicht bereits vor dem Inkrafttreten des Anleihestockgesetzes getroffen worden ist. Wenn das Geschäfts-

jahr, für das eine Gewinnverteilung vorgenommen wird, länger oder kürzer als ein Jahr gedauert hat, so wird der ausgeschüttete Betrag auf 12 Monate umgerechnet, um festzustellen, ob die im Anleihestockgesetz vorgegebene Höchstdividende überschritten ist. Die Vorschriften über die Bildung des Anleihestocks gelten auch für die an der Verteilung des Reingewinns teilnehmenden Genußscheine (mit Ausnahme der nach dem Aufwertungsgesetz geschaffenen Genußscheine) und für Schuldverschreibungen mit Zinsverzinsung gemäß den Gewinnausschüttungen des Schuldners.

Als eingezahltes Kapital, das dem zur Verteilung gelangenden Gewinn gegenübergestellt wird, kommt grundsätzlich entweder das eingezahlte Kapital (im Sinne des Handelsrechts) oder das Eigenvermögen der betreffenden Gesellschaft, dessen Größe sich nach der Einheitsbewertung vom 1. 1. 1931 richtet, in Betracht. Das Eigenvermögen ist allein maßgebend bei solchen Gesellschaften, für die kein festes Kapital vorgeschrieben ist, also vor allem bei Berggesellschaften. Das eingezahlte Kapital ist die einzige Bemessungsgrundlage für solche Kapitalgesellschaften, deren Anteile entweder amtlich oder im freien Verkehr an der Börse gehandelt werden. Die übrigen Gesellschaften haben, wenn das Eigenvermögen größer ist als das eingezahlte Kapital, ein Wahlrecht, ob sie das eingezahlte Kapital oder das Eigenvermögen der Berechnung zu Grunde legen wollen. Ist dagegen das Eigenvermögen nicht größer als das Gesellschaftskapital, so ist das handelsrechtlich eingezahlte Kapital maßgebend. Bei der Berechnung, ob die Höchstdividende überschritten wird, ist das Kapital um diejenigen Beträge zu vermehren, um die das Kapital im Jahr der Verteilung oder in den beiden vorhergehenden Jahren verringert worden ist. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht, wenn die Kapitalherabsetzung mit einer Kapitalrückzahlung oder mit der Befreiung der Gesellschafter von Leistungsverpflichtungen verbunden war. Damit findet eine Zurechnung um das herabgesetzte Kapital also nur bei Sanierungsfällen statt.

Bei eigenen Aktien von Gesellschaften, bei denen an sich das Recht auf Gewinnbezug gemäß § 226 Abs. 5 HGB ruht, ist vorgeschrieben, daß für diese eine Ueberweisung an den Anleihestock vorzunehmen ist, wenn die Höchstdividende überschritten wird. Am übrigen zählen die eigenen Aktien nicht zum eingezahlten Kapital im Sinne der Vorschriften über die Höchstdividende.

Eine Umgehung der Vorschriften des Anleihestockgesetzes durch Ausgabe junger Aktien, Genußscheine u. d. gl. ist dadurch ausgeschlossen, daß die Ausgabe dieser Papiere an die Genehmigung des Reichswirtschaftsministers geknüpft ist; im Falle der Uebertretung wird zwar die Begebung der jungen Aktien und Genußscheine rechtswirksam, jedoch findet eine Strafverfolgung gegen die gesetzlichen Vertreter der Kapitalgesellschaften, die diese Papiere begeben haben, auf Antrag des Reichswirtschaftsministers statt.

Ueberwachungs- und steuerrechtliche Vorschriften.

Bei der Einreichung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung an das Finanzamt, die unverzüglich nach der Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung zu erfolgen hat, ist auch eine Mitteilung darüber zu machen, ob bzw. in welcher Höhe Beträge an den Anleihestock der Deutschen Golddiskontbank abgeführt werden. Die Prüfung darüber, ob die gesetzlich vorgeschriebenen Abführungen an den Anleihestock vorgenommen werden, obliegt den Finanzämtern anlässlich der von ihnen durchgeführten Buch- und Betriebsprüfungen.

Der Steuerabzug vom Kapitalertrag wird außer von den Barauschüttungen an die Gesellschafter auch von den Ueberweisungen an die Golddiskontbank vorgenommen, und zwar bei den letzteren im Zeitpunkt der Ueberweisung an den Anleihestock.

Hinsichtlich der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist vorgesehen, daß die Barauszahlungen in dem Steuerabschnitt der Steuer unterliegen, in dem sie dem Empfänger zufließen. Die an den Anleihestock vorgenommenen Ueberweisungen dagegen werden beim Empfänger erst bei Aufteilung des Anleihestocks steuerpflichtig, und zwar nicht nur in Höhe des von der Gesellschaft an den Anleihestock überwiesenen Betrages, sondern zusätzlich der aufgelaufenen Zinsen und Werterhöhungen sowie abzüglich etwaiger Börsenumsatzsteuer für die Anschaffung von Wertpapieren. Hierbei ist

ferner die Kapitalertragsteuer, die die Gesellschaft bei Ueberweisung an den Anleihestock für Rechnung des Gesellschafters einbehalten hat, hinzuzuzählen. Der Betrag der einbehaltenen Kapitalertragsteuer wird auf die Steuerschuld des Empfängers angerechnet. Beachtlich ist schließlich die Bestimmung der Durchführungsverordnung, daß der Anspruch des Gesellschafters auf die für seine Rechnung an die Golddiskontbank überwiesenen Gewinnanteile nicht zu aktivieren ist, da dieser Anspruch bereits in dem Kurs bzw. Wert der Aktien und Anteile zum Ausdruck kommt.

Verzeichnis der Roh- und Reingewinnsätze vom Umsatz für das Kalenderjahr 1934.

Abweichend von den Vorjahren sind bei Aufstellung der Richtsätze für 1934 die Warenbeschaffungskosten wie Frachten, Portis usw. als Unkosten betrachtet worden, der Rohgewinn ist dadurch höher. Ferner sind die Mieten, Pachten oder anteiligen Grundstücksausgaben für die gewerblichen Räume bei den Unkosten nicht berücksichtigt worden, der Reingewinn ist daher gleichfalls höher. Ein Vergleich des Roh- und Reingewinnsatzes mit dem Vorjahr ist aus vorstehenden Gründen nicht möglich. Da die Richtsätze für die ganze Provinz Schlesien gelten, mußte der Rahmen teilweise gegenüber dem Vorjahre weiter gefaßt werden.

Die Vergünstigungen, die sich nach dem Gesetz über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen vom 1. 6. 1933, nach dem Arbeitspendengesetz vom 1. 6. 1933, nach den Runderlassen über den zivilen Luftschutz vom 10. 10. 1933 (RStBl. 1933 S. 1073) und über den zivilen Sanitätsdienst vom 27. 1. 1934 (RStBl. S. 128) ergeben, sind bei Aufstellung der Richtsätze außer Ansatz geblieben.

Im allgemeinen ist folgendes zu beachten:

1. Unter **Rohgewinn** ist der Betrag zu verstehen, um den der Gesamtumsatz (steuerpflichtiger und steuerfreier Umsatz) die Waren- und Materialkosten ohne Nebenkosten und Fracht übersteigt.

2. Unter **Reingewinn** ist der steuerpflichtige Gewinn im Sinne des EStG, jedoch ohne Berücksichtigung der Miete oder anteiligen Grundstücksausgaben für die gewerblichen Räume zu verstehen. Diese Ausgaben (Pacht, Miete oder anteilige Grundstücksausgaben) sind jeweils noch besonders abzugeben. Verluste im vorangegangenen Steuerabschnitt sind nicht berücksichtigt.

3. Bei Anwendung der Richtsätze ist im einzelnen Falle der Roh- und Reingewinn vom Gesamtumsatz (steuerpflichtiger und steuerfreier Umsatz) einschließlich des Eigenverbrauchs zu schätzen. Daher ist zum Gewinn nicht noch ein Zuschlag wegen Eigenverbrauchs zu machen.

4. Umsatz-Einnahmen bei der Gewinnermittlung im Sinne des EStG sind grundsätzlich die Summe der aus dem Betriebe hinausgehenden Lieferungen und Leistungen. Bei der Anwendung der Richtsätze wird es in der Regel jedoch genügen, von den vereinnahmten Entgelten, wie sie bei der Umsatzbesteuerung festgestellt sind, auszugehen, da bei den kleineren Betrieben angenommen werden kann, daß Aufstände am Anfang und Ende entweder nicht nennenswert sind oder in der Höhe nicht wesentlich abweichen.

5. In erster Linie ist von den Rohgewinnsätzen auszugehen. Nur in Ausnahmefällen, in denen die Feststellung der Unkosten nicht möglich oder nur mit zeitraubender und nicht lohnender Mehrarbeit verbunden ist, sind die Reingewinnsätze zu benutzen.

6. Die Richtsätze sind nur Anhaltspunkte für die Ermittlung des Einkommens und daher nicht schematisch anzuwenden. Sie sind den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Laufende Nr.	Gewerbebezug	No = Verdienst in v. S.	Rein- Verdienst in v. S.	Bemerkungen
1	Apotheker:	43—48	25—35	Je mehr Rezeptur, desto höherer Roh- und Reingewinn, je mehr Krankenkassenumsatz, desto geringer Roh- und Reingewinn.
2	Bäcker: hauptsächl. Brotbäckerei Brot- u. Feinbäckerei überwieg. Feinbäckerei	27—32 32—40 40—47	11—16 15—20 18—23	
3	Blumenhandel:	36—40	20—25	Ungünstige Preisgestaltung durch zeitiges Frühjahr und unverhältnismäßig langen Sommer und Herbst.
4	Böttcher:	70—80	37—42	Meister mit Gefellen. Alleinmeister Reingewinn höher. Bei überwiegend Neuankfertigung unter der Grenze, bei überwiegend Reparaturen darüber.
5	Dachdecker: Meister mit Lehrling " " 1—3 Gehilf. " " 3 und mehr Gehilfen	50—70 25—30 17—25 14—17		Erhebliche Umsatzerhöhung infolge belebter Bautätigkeit und Gewährung v. Reichszuschüssen.
6	Damenputz: (Putzgeschäfte und Putzmacherinnen): Ladengeschäfte	40—50	20—25	Bei überwiegend Fertigwaren unterer Rahmensatz, bei überwiegend Selbstankfertigung, insbesondere Umarbeitung, oberer Rahmensatz und darüber.
7	Drogerien:	30—40	14—24	Bei nennenswertem Umsatz an Photoartikeln oberer Rahmensatz und darüber.
8	Eisenwarenkleinhandel u. Haus- und Küchengeräte:	20—35	10—20	Bei überwiegend Hausratgeschäften an der oberen Grenze, bei feineren und Luxuswaren darüber u. Reingewinn bis 28%, bei Grobeisen und Röhren an der unteren Grenze und darunter. Allgemeine gegenüber Vorjahr Umsatzerhöhung.
9	Elektro-Installateure:	50—65	20—35	Bei Submissionen geringer. Geschäfte mit Radiohandel darunter. Bei Alleinmeistern oder mit Lehrlingen darüber. Allgemeine Umsatzerhöhung gegenüber Vorjahr.
10	Fahrrad- und Nähmaschinenhandel:	25—35	15—20	Bei Reparaturen obere Grenze und darüber.
11	Fisch- und Fischwarenhandel:	25—33	12—18	Bei Geschäften ohne fremde Kräfte obere Grenze.

Laufende Nr.	Gewerbebezug	Roh- Verdienst in v. S.	Rein- Verdienst in v. S.	Bemerkungen
12	Fleischer:	25—36	8—13	Bei überwiegender Wurstfabrikation obere Grenze u. darüber.
13	Friseur: Handarbeit Meister allein oder mit 1 Lehrling " " 1 Gehilfen " " 2 " " 3—4 Verkauf von Toiletten- gegenständen	80—95 100 40—45 35—40 30—35 25—30 30—45	100 40—45 35—40 30—35 25—30 20—25	
14	Funkgeräthhandel:	25—35	10—18	Bei Reparaturen obere Grenze und darüber.
15	Gastwirte:	35—50	15—25	
16	Gemischwaren:	15—25	10—18	Überwiegend Kolonialwaren untere Grenze und darunter.
17	Glaser:	35—50	15—30	Bauglaserie unterer Roh- u. Reingewinn- satz, Reingewinn- satz auch unter dem Rah- men. Bei Reparaturglase- rie obere Grenze und darüber.
18	Glas- und Porzellan- warenhandel:	28—38	12—20	Bei hochwertigen Wa- ren und ohne fremde Hilfskräfte obere Grenze.
19	Herrenbedarfsartikel:	25—35	14—20	
20	Hotels und Logierhäuser:	45—60	10—18	
21	Klempner:	45—65	15—35	Bei überwiegend Re- paraturen obere Grenze. Bei Submis- sionsarbeiten untere Grenze. Erhebliche Umsatzsteigerung.
22	Kohlenhandel:	28—48	8—17	Ohne fremde Hilfs- kräfte oberer Reingewinn- satz. Der Rohgewinn ist von der Höhe der Frachten abhängig.
23	Kolonialwaren und Lebensmittelhandlungen:	14—20	6—11	Bei vorwiegendem Verkauf preisgebun- dener Waren (Zucker, Margarine, Butter, Mehl, Brot, Kondens- milch an der unteren Grenze.
24	Konditoreien und Cafés: (ohne Musik)	50—60	14—22	Bei vorwiegend Kaffeeauschank obe- rer Rahmen und dar- über.
25	Konfitüren:	25—35	15—25	
26	Kürschner:	35—55	26—32	
27	Lederhandel u. Vertrieb von Schuhmacherbedarfs- artikeln:	15—30	8—13	Lederwaren oberer Rohgewinn und dar- über.

Laufende Nr.	Gewerbebezug	Roh- Verdienst in v. S.	Rein- Verdienst in v. S.	Bemerkungen
28	Maler: Alleinmeister mit Lehrlg. Meister mit 1 Gehilfen " " mehr als 2 Gehilfen u. Lehrlingen.	70—80 40—50 30—40 17—30		Erhebliche Umsatzstei- gerung infolge beleb- ter Bautätigkeit und Gewährung von Reichsaufschüssen.
29	Manufakturwaren: (Kurz-, Weiß-, Woll- waren, Wäsche, Triko- tagen, Textilien)	20—35	10—16	
30	Milch-, Butter- u. Käse- handel:	13—22	7—11	
31	Papier- und Schreib- warenhandel:	30—45	23—35	Reine Papiergeschäfte an der oberen Grenze.
32	Photographen:	75—85	50—55	
33	Sattler:	45—60	30—40	Bei Betrieben mit Handel untere Grenze und darunter.
34	Schlosser:	50—70	20—30	Meister ohne Gehilfen obere Grenze und darüber. Desgleichen bei vorwiegend Re- paraturen.
35	Schmiede:	60—70	25—35	Alleinmeister mit Lehrling obere Grenze und darüber.
36	Schneider:	50—70	25—40	Bei Stofflieferung untere Grenze.
37	Schuhmacher:	65—75		
38	Schuhwarenhandel:	20—30	10—15	Bei Reparaturen in erheblichem Umfange oberste Grenze und darüber.
39	Stellmacher:	65—75	20—30	
40	Tabakwarenhandel: (Kleinhandel)	17—23	10—16	
41	Tischler:	50—70	13—24	Sargtischlerei obere Grenze und darüber. Keine Bautischlerei untere Grenze und darunter.
42	Töpfer und Ofeneger:	45—75	15—30	Bei überwiegend Neu- anlagen unt. Grenze, bei überwiegend Re- paraturen ob. Grenze.
43	Uhrmacher und Uhren- handel:	45—50	20—30	Bei überwiegend Re- paraturen ob. Grenze und darüber, desgl. Alleinmeister.

Neue Steuergesetze und Verordnungen.

Nachstehend bringen wir einen Hinweis auf die neuergangenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zum Abdruck.

Einkommensteuer:

Steuererleichterungen für Personen, die aus Anlaß der Olympiade 1936 nach Deutschland kommen, Rd.-Erl. v. 18. 4. 1935 R. St. Bl. S. 673

Steuererleichterungen:

2. Ergänzungsverordnung, Pressenotiz des Reichsfinanzministers, 28. 3. 1935 R. G. Bl. I. S. 487

Flüssigmachung rückständiger Steuern für Arbeitsbeschaffung, Rd.-Erl. v. 10. 4. 1935 R. St. Bl. S. 626

Anleihestockgesetz:

2. Gesetz zur Durchführung und Ergänzung des Anleihestockgesetzes, 18. 4. 1935 R. G. Bl. I. S. 558

Vermögenssteuer:

Vermögenssteuer für das Rechnungsjahr 1935, Rd.-Erl. v. 15. 4. 1935 R. St. Bl. S. 659

Kraftfahrzeugsteuer:

Rd.-Erl. v. 26. 3. 1935 R. St. Bl. S. 573

Kraftfahrzeugsteuergesetz, 23. 3. 1935 R. G. Bl. I. S. 407

Begründung zum Kraftfahrzeugsteuergesetz R. St. Bl. S. 500

Wechselsteuer:

(Deutsches Kreditabkommen 1935), Rd.-Erl. v. 13. 4. 1935 R. St. Bl. S. 639

Mineralölsteuer:

Verordnung über Mineralölsteuer, 23. 3. 1935 R. G. Bl. I. S. 406

Finanzausgleich:

Verlängerung des Preuß. Ausf.-Ges. zum Finanzausgleichsges. f. d. Rechnungsjahr 1935, Rd.-Erl. v. 21. 3. 1935 M. Bl. i. B. S. 379

Realsteuern:

Realsteuersperre und Realsteuerbefreiung 1935, Rd.-Erl. v. 16. 3. 1935 M. Bl. i. B. S. 378

Durchführung der Realsteuersperre, 27. 3. 1935 M. Bl. i. B. S. 378

Verordnung zur Durchführung der Gewerbesteuerverordnung, vom 16. 3. 1935 Pr. G. S. S. 51

Ermittlung des Gewerbeertrages Rd.-Erl. v. 16. 3. 1935 J. M. Bl. S. 48

Hauszins- und Grundvermögensteuer:

Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus, 30. 3. 1935 R. G. Bl. I. S. 469

Pressenotiz zum Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus, 29. 3. 1935 R. St. Bl. S. 577

Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaus, 18. 4. 1935 R. G. Bl. I. S. 546

Rd.-Erl. zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaus, 18. 4. 1935 R. St. Bl. S. 656

Umstellung der Hauszinssteuerbefreiung, Rd.-Erl. v. 5. 4. 1935 J. M. Bl. S. 61

Hauszinssteuerbefreiungen für hilfsbedürftige Wohnungsmieter, Rd.-Erl. v. 9. 4. 1935 J. M. Bl. S. 62

Verordnung zur Milderung der Durchführungsverordnung über die Steuerbefreiung für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime, 14. 3. 1935 R. G. Bl. I. S. 368

Verkehrswesen

Eisenbahn:

Der neue Sommerfahrplan im Bezirk der Reichsbahndirektion Oppeln.

Die Verkehrsentwicklung im Jahre 1934 hat, entsprechend dem allgemeinen Aufschwung, ebenfalls eine aufwärts gerichtete Tendenz gebracht. Die Zahl der beförderten Personen ist um etwa 10 Prozent gegenüber 1933 gestiegen. Dementsprechend haben sich auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr günstiger gestaltet. Dieser erfreuliche Aufschwung hat Veranlassung gegeben, eine Reihe neuer Fahrgelegenheiten zu schaffen.

In dem neuen Sommerfahrplan, der am 15. Mai in Kraft tritt, hat die Reichsbahndirektion Oppeln daher wiederum zahlreiche Wünsche des reisenden Publikums erfüllen können.

Den Freund unseres schlesischen Gebirges wird es erfreuen, zu hören, daß die beliebten Sommerzüge nach Glatz ab 15. Mai in den bekannten Fahrplänen wieder verkehren. Es sind dies folgende Züge:

Gilzug 158 Seydebreck ab 10.12, Glatz an 12.32,
" 154 " " 19.02, Ramenz an 20.52,
" 155 Glatz Hbf. " 7.28, Ramenz ab 7.54,
Seydebreck an 9.43.

Gilzug 154 hat in Ramenz sofort Anschluß an den Gilzug nach Glatz und dort wiederum Anschlüsse nach den Glatzer Bädern.

Die Anschlüsse in Ramenz nach Glatz und ab Glatz nach den Glatzer Bädern haben im allgemeinen Verbesserungen erfahren.

Mit besonderer Fürsorglichkeit wurde zunächst der Fahrplan **Oppeln—Reiße** behandelt. Es ist gelungen, für die Sonn- und Feiertage einen beschleunigten Personenzug dergeart in den Fahrplan einzubauen, daß man in Oppeln bereits um 6.37 früh abfährt und schon um 7.48 in Reiße eintrifft. Damit sind auch die Wünsche auf sofortigen Anschluß nach dem Glaser- und Altvatergebirge erfüllt. Für die Rückfahrt steht die bisherige Silberverbindung Reiße ab 22.38, Oppeln an 23.43 zur Verfügung.

Auch die Spätaufsteher werden es begrüßen, daß der schon bisher gefahrene beschleunigte Zug Oppeln ab 9.38 eine halbe Stunde später abfahren wird, um die Anschlußaufenthalte in Reiße nach Richtung Glas und Ziegenhals entsprechend abzufürzen.

Schließlich konnte auch eine neue Nachtverbindung von Oppeln nach Reiße geschaffen werden. Man kann seine Geschäfte in der Regierungshauptstadt Oppeln in aller Ruhe abwickeln, fährt um 23.18 in Oppeln ab und kommt in Reiße um 0.38 an. Der bisher in Oppeln um 20.32 abfahrende Personenzug fährt infolgedessen schon um 19.25 in Oppeln ab und trifft in Reiße um 20.45 ein.

Für die Verbindung nach Falkenberg wird durch gefordert, daß ein neuer Zug Oppeln um 18.17 verläßt und Falkenberg um 18.59 erreicht, Dt. Leipzig an 19.28.

Auf der Strecke **Oppeln—Brieg—Breslau** wird der bisherige Mangel einer beschleunigten Mittagsverbindung beseitigt. Diesen Verkehr wird von Oppeln bis Brieg ein Triebwagen bestreiten, der in Brieg den Anschluß an den Anschluß an den Gilzug Reiße—Brieg—Breslau herstellt. Abfahrt in Oppeln 13.25, Brieg an 14.06; ab 14.14, Breslau

an 14.46. Gleiche Anschlußmöglichkeit besteht in Brieg für die Rückfahrt dergestalt, daß der Gilzug Breslau 19.26 verläßt. Brieg um 19.58 erericht, der Triebwagen in Brieg 20.03 abfährt und in Oppeln um 20.44 eintrifft.

Auf der gleichen Strecke Oppeln—Breslau konnten weiter die Reisegehindigkeiten einzelner Personenzüge ganz erheblich erhöht werden. Während man früher rund zwei Stunden brauchte, um mit dem Personenzuge nach Breslau zu gelangen, schaffen einzelne Züge jetzt diese Strecke schon in 1½ Stunden. Die Zieiterjparnis von ½ Stunde wird besonders begrüßt werden bei dem Nachtpersonenzuge, der jetzt Breslau 0.04 verläßt, künftig aber etwa 20 Minuten früher abfahren wird (ab 23.41).

Auch der Nachtschluß der D-Zugverbindung D 37 Berlin—Beuthen ist für die Haltebahnhöfe der Strecke Oppeln—Heidebreck verbessert worden. Man kommt mit dem D-Zug in Oppeln um 23.07 an, verläßt Oppeln mit dem Triebwagen um 23.16, kann auf allen Zwischenbahnhöfen aus- und einsteigen und trifft in Heidebreck um 0.10 ein.

Auch die Verbindungen über Karlsmarkt nach Breslau werden künftig beschleunigt durchgeführt. Außerdem wird ein neuer Schülerzug werktags eingelegt, Karlsmarkt ab 6.50, Oppeln an 7.35. Ein neuer Zug fährt werktags Oppeln ab 5.48, Karlsmarkt an 6.32. Einzelne Züge, die nur bis Karlsmarkt verkehren, werden bis Breslau durchgeführt, ebenso in der Gegenrichtung von Breslau bis Oppeln.

Weitere Verbesserungen sind folgende:

Strecke Oppeln—Heidebreck.

Für den Arbeiterverkehr wird ein neues Zugpaar werktags eingelegt. Heidebreck ab 4.46, Oppeln an 5.40 und zurück Oppeln ab 5.51, Heidebreck an 6.45 und ebenso werktags nachmittag außer Sonnabends von Oppeln bis Deichowitz, Oppeln ab 17.53, Deichowitz an 18.05 und zurück Deichowitz ab 18.16, Oppeln an 18.48.

Strecke Beuthen—Gr. Strehlig—Oppeln.

Hier wird ein neuer Schülerzug eingelegt:

Groß Strehlig ab 7.00, Oppeln an 7.38. Für den Berufsverkehr wird ein neuer Zug werktags gefahren. Gr. Strehlig ab 5.32, Beuthen an 6.41.

Strecke Ratibor—Heidebreck.

Der Fahrplan dieser Strecke wird um einen neuen Zug vermehrt, um dem reisenden Publikum den Anschluß an den Gilzug nach Breslau—Dresden zu ermöglichen. Der neue Zug fährt in Ratibor um 17.49 ab, trifft in Heidebreck um 18.27 ein und hat alsdann gleich Anschluß an den Gilzug nach Dresden ab 18.33.

Für den Schüler- und Berufsverkehr auf der Strecke

Beuthen—Mikulschütz—Tworog

konnte im Fahrplan um die Mittagszeit eine Verbesserung erzielt werden, Beuthen ab 13.28, Mikulschütz an 13.45; ab 13.47 mit einem neuen Zuge Tworog an 14.22 mit Halt auf allen Zwischenbahnhöfen. Ferner ist auf dieser Strecke der Zug 299 auf Wunsch der Arbeiter um 4 Stunden später gelegt worden, Tworog ab 20.25, Mikulschütz an 21.03 mit sofortigem Anschluß nach Beuthen.

Schließlich wird noch eine Vermehrung der Fahrgelegenheiten dadurch eintreten, daß einzelne Züge, die im Winter nur an Sonnabenden und Sonntagen verkehrten, wieder täglich gefahren werden. Im besonderen handelt es sich hierbei um die Verbindungen Oppeln ab 22.25, Wossowska an 23.07, Kreuzburg ab 22.17 über Wossowska, in Beuthen an 0.54, und Beuthen ab 21.30 über Wossowska in Oppeln an 23.57.

Im Fernverkehr

ist es ebenfalls gelungen, einige sich bis in unseren Bezirk auswirkende Verbesserungen zu erreichen und Unstimmigkeiten auszugleichen. Das Netz der Fahrpläne für die Fernzüge ist besonders empfindlich, weil jede geringste Aenderung an einer Stelle wellenmäßig sich auf die Fahrpläne der Nachbarrichtungen fortpflanzt und somit auf die Fahrpläne in den einzelnen Bezirken nicht ohne Einfluß bleibt. Als Ergebnis der umfangreichen Verhandlungen seien den Fernreisenden folgende Verbesserungen angegeben:

D 106 Sagan ab 9.52, Halle—Kassel—Scherfede an 19.00 und zurück D 105 Scherfede ab 11.47, Sagan an 20.10 werden von und bis Breslau durchgeführt. Breslau ab 8.15 und zurück Breslau an 21.46.

D 38 verkehrt ab Beuthen 10 Minuten später mit derselben Ankunft in Berlin, also Beuthen ab 13.38, Berlin Frie an 20.16, D 38 nimmt in Oppeln den Anschluß von Reibe auf.

D 39 Berlin Frie ab 19.56, Breslau an 0.17 wird etwa ¼ Stunde später gelegt. Aus diesem Grunde verkehrt auch E 79 von Breslau bis Beuthen ¼ Stunde später (Breslau ab 0.45) und behält den Anschluß vom Schnellzug 117 aus Süddeutschland.

Die Schnellzüge D 118 Breslau ab 6.22, Nürnberg an 17.24, und D 117 Stuttgart ab 9.32, Breslau an 0.11 werden beschleunigt und vermitteln neue Anschlüsse zwischen Oberschlesien und München (Hinfahrt München an 18.19, Rückfahrt München ab 12.07) und eine durchgehende neue Verbindung Marseille und Paris—Strasbourg—Stuttgart—Nürnberg—Hof—Dresden—Breslau—Warschau mit Anschlüssen von Italien über St. Gotthard—Zürich—Stuttgart und von Italien über Brenner—München—Hof.

D 117 erhält ferner in Dresden-Neustadt (21.00) Anschluß von D 141 Köln—Hannover—Dresden.

Gilzug 167 Dresden Hbf. ab 3.07 nach Oberschlesien wird später gelegt und verkehrt ab Dresden erst um 4.11, Breslau an 8.40, ab 8.53, Oppeln an 9.59, ab 10.02, Beuthen an 11.31.

Gilzug 168 Beuthen—Dresden wird eine Stunde früher gelegt, und zwar Beuthen ab 17.39, Oppeln ab 19.15, Dresden Hbf. an 0.49.

Die bisherigen Giltriebwagen 103/116 zwischen Halle und Cottbus werden bis Sorau verlängert zur Herstellung eines Anschlusses in Sorau an E 131 Berlin—Breslau—Oberschlesien und von E 132 Oberschlesien—Breslau—Frankfurt—Berlin, wodurch eine Verbindung Halle—Oberschlesien erreicht ist. Der genaue Fahrplan ist folgender: Halle ab 10.30, Cottbus ab 12.55, Sorau an 13.46, ab 13.55, Breslau an 15.59, Beuthen OS. an 19.02, und zurück Beuthen ab 9.16, Breslau ab 12.10, Sorau an 14.14, ab 14.20, Cottbus an 15.06, Halle an 17.36.

Voraussichtlich im Herbst d. J. wird auch der Schnelltriebwagenverkehr Oberschlesien—Berlin eingerichtet, der bereits im Mai 1935 verkehren sollte, aber nicht rechtzeitig fertig geworden ist. Der Schnelltriebwagen wird Beuthen OS. gegen 5 Uhr früh verlassen, kurz nach 7 Uhr in Breslau sein und gegen 10 Uhr in Berlin eintreffen. Umgekehrt verläßt der Schnelltriebwagen Berlin gegen 20.30, trifft in Breslau um 23.30 ein und erreicht Beuthen um 1 Uhr nachts.

Der Schnelltriebwagen wird die 2. und 3. Wagenklasse führen.

Wenn sich auch die Deutsche Reichsbahn bei ihrem Streben, jedes Jahr neue Verbesserungen zu schaffen, leider nicht ausschließlich von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen kann, sondern immer noch auf ihre finanzielle Lage Rücksicht nehmen muß, so ist doch zu hoffen, daß die diesmal erreichten Verbesserungen weiter zum wirtschaftlichen Aufstieg und zum Wohle Oberschlesiens beitragen mögen.

Deutsch-österreichischer Gütertarif.

(Neuausgabe des Holztarifs)

Mit Gültigkeit vom 1. April 1935 ist das zum 1. Mai 1929 ausgegebene Heft 3 des Deutsch-österreichischen Verbandstarifs, das die Frachtsätze für Holz von Österreich nach Deutschland zusammenfaßt, durch einen neuen Tarif ersetzt worden. Wie der bisherige Tarif, ist auch das neue Heft 3 in Schnittform aufgestellt. Die Schnitttafel A weist die österreichischen Schnittsätze, die Schnitttafel B die deutschen und die zu einer Zahl zusammengefaßten deutsch-tschechoslowakischen Schnittsätze auf. Der Tarif ist in der RM.-Währung aufgestellt, die Sätze sind in Mpf. für 100 Kilogramm beziffert und für Wagenladungen zu 10 To. und 15 To. gültig. Der Tarif sieht die frachtgünstigste Beförderung von Holz aus Österreich und den darüber hinaus gelegenen Ländern nach Deutschland vor.

Neuausgabe des deutsch-österreichischen Rohlentarifs.

Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1935 ist ein Eisenbahn-Gütertarif, Teil II Heft 2, für die Beförderung von Kohlen und Koks von Bahnhöfen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nach Bahnhöfen der Österreichischen Bundes-

bahnen und anschließender Privatbahnen im Durchgang durch die Tschechoslowakei in Kraft getreten.

Der Tarif enthält direkte Frachttäge für Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Steinkohlentuffs von Bahnhöfen des niederschlesischen und oberchlesischen Kohlengebietes. Die Frachttäge sind in Schnittform und zwar für die deutsch-tschechoslowakische Strecke (Schnitt I) in Reichspfennig, für die österreichische Strecke (Schnitt II) in österreichischen Groschen angegeben; sie gelten nur bei Leitung über den im deutsch-österreichischen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, vorgesehenen Leitungsweg. Der Tarif wird ohne weiteres angewendet, wenn der Absender nicht im Frachtbrief eine entgegenstehende Abfertigung oder Leitung vorschreibt.

Die Fracht wird vom Versandbahnhof für die ganze Beförderungsstrecke und zwar für die deutsch-tschechoslowakische Teilstrecke (in Reichsmark) und für die österreichische Teilstrecke (in Schilling) besonders berechnet.

Mit dem gleichen Zeitpunkt ist zu diesem Tarife ein Anhang in Kraft getreten. Er enthält Frachtbegünstigungen, die teils im Abfertigungs- teils im Rückvergütungswege gewährt werden.

Deutsch-ungarischer Gütertarif.

(Einführung neuer Tarife)

Mit Gültigkeit vom 1. April 1935 sind im Rahmen des Deutsch-ungarischen Tarifverbandes die Artikeltarife 7, 9, 11, 27, 31, 33, 41, 43 und 56 neu ausgegeben worden.

Im einzelnen gilt der Artikeltarif

- 7 für Elektrodenkohlen (gepreßte Kohlen in Stäben, Röhren, Platten oder Blöcken) im Einzelgewicht von mindestens 3 Kilogramm,
- 9 für Ferro-silizium (Siliziumeisen) — im Hochofen hergestellt —,
- 11 für Gips (schwefelsauren Kalk),
- 27 für rohen, auch gesiebten, gewaschenen Quarzsand (Glas-sand), auch getrocknet; unverpackt oder in Säcken,
- 31 für gemahlene Feldspat und rohen Flußspat,
- 33 für rohe, unbearbeitete Bruchsteine; Quarzit; natürliche, grobe oder glatt behauene Schleifsteine; glatt behauene, geschliffene, geförnte, fein gestockte, fein gesägte oder fein gehobelte Steine,
- 41 für rohen, auch getrockneten Ton und Lehm und für Porzellanerde (Chinaclay, Kaolin)
 - I: unverpackt, bei Beförderung
 - a) in offenen,
 - b) in gedeckten Wagen,
 - II: verpackt, bei Beförderung
 - a) in offenen,
 - b) in gedeckten Wagen,
- und für geschlammtes unverpacktes oder in Säcke verpacktes Kaolin,
- 43 für Schamottesteine (-ziegel und -platten), weder ganz, noch teilweise poliert,
- 56 für Birken-, Erlen-, Kastanien-, Linden-, Nadelholz- und Weidenrinde:
 - roh (bei Beförderung in offenen Wagen)
 - und gemahlen oder zerkleinert (Gerberlohe),
 - (bei Beförderung in gedeckten Wagen),
- für Eichenrinde (Eichenborke) — in der gleichen Unterteilung wie vorstehend angegeben —.

Der Artikeltarif 56 gilt in der Richtung von Ungarn nach Deutschland, alle übrigen vorgenannten Tarife sind auf die Ausfuhr aus Deutschland beschränkt.

(Verkaufspreise:)

Artikeltarife 7, 9, 11, 31, 43	je 0,10 RM.
27, 33	je 0,15 "
Artikeltarif 41	0,50 "
" 56	0,90 "

Aufbrauchstift für Frachtbriefe alten Bordrucks.

Die neuen deutschen Frachtbriefmuster werden erst mit dem Inkrafttreten der neuen Eisenbahn-Verkehrsordnung eingeführt werden. Mit der Neuauflage der Eisenbahn-Verkehrsordnung ist vor dem 1. Januar 1936 nicht

zu rechnen. Die zur Zeit gültigen deutschen Frachtbriefe dürfen dann aber noch bis zum 30. Juni 1936 verwendet werden.

Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß die jetzigen internationalen Frachtbriefe mit dem 31. Dezember 1935 ihre Gültigkeit verlieren. Die neuen internationalen Frachtbriefmuster werden demnächst durch das Reichsgesetzblatt Teil II bekanntgegeben.

Beschwerden über Gewichtsbezeichnung an schweren Frachtstücken.

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister hat an die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin nachstehenden Erlaß gerichtet:

„Das Gesetz über die Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken vom 28. Juni 1933 (RGBl. I S. 412) schreibt in § 1 vor: „Frachtstücke oder andere Gegenstände von mindestens 1000 Gramm Rohgewicht, die im Gebiet des Deutschen Reichs aufgegeben werden und zur Beförderung zur See oder auf Binnenwasserstraßen bestimmt sind, müssen an sichtbarer Stelle mit einer dauerhaften, deutlichen Angabe ihres Rohgewichts in Kilogramm versehen sein.“

Verpflichtet zur Anbringung der Gewichtsbezeichnung ist der Absender.“

Eine Ausnahme von der Vorschrift ist in § 2 zugelassen: „Die Verpflichtung nach § 1 gilt nicht für unverpackte Massengüter . . .“

Der Begriff der Massengüter wird erläutert in der Begründung zu dem Gesetz, abgedruckt Reichsarbeitsblatt Nr. 20, 1933 Amtlicher Teil I S. 179. Es heißt dort:

„Wie bei den Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz allgemein anerkannt worden ist, fallen Massengüter sinngemäß nicht unter den Geltungsbereich des Übereinkommens. Dabei wurde offengelassen, welche Waren als Massengüter anzusehen sind. Bei Kohle, Erz, Schnittholz und ähnlichen unverpackten Gütern ist der Begriff eindeutig; das einzelne Stück dürfte auch niemals 1000 Kilogramm Gewicht erreichen. Bei gleichförmigen Walzerzeugnissen, wie Eisenbahnschienen, bei einheitlichen Gießereierzeugnissen oder bei Baumstämmen, die ebenfalls als Massengüter anzusehen sind, dürften Einzelgewichte von 1000 Kilogr. und mehr zwar häufiger vorkommen; da sie aber unverpackt sind und ihr Gewicht erfahrungsgemäß geschätzt werden kann, erübrigt sich die Gewichtsbezeichnung. Solche Gegenstände, die ihrer Art nach unter den Begriff „Massengüter“ fallen, brauchen auch dann nicht bezeichnet zu werden, wenn sie etwa im Einzelfalle nur in geringer Menge versandt werden. Nicht als Massengüter anzusehen sind als Einzelstücke hergestellte Erzeugnisse der Großeisenindustrie sowie schwere Abschnitte von Baumstämmen, die in der Regel als Einzelstücke versandt werden.“

Mehrere ausländische Regierungen haben mitgeteilt, daß bei der Entladung von Schiffen aus Deutschland stammende unbezeichnete Waren von über 1000 Kilogramm Gewicht festgestellt worden sind. In einem Fall handelt es sich um mehrere Natursteine von 4 To., und um einen von 7½ To. Gewicht. Diese können auf keinen Fall als unverpackte Massengüter angesehen werden.

Die Aufsicht über die Durchführung des Gesetzes obliegt nach § 3 den für die Hafen- oder Schiffsahrtspolizei zuständigen Behörden. Stellen diese fest, daß die Gewichtsbezeichnung entgegen der Vorschrift fehlt, so haben sie die Berechtigung, auf Kosten des Verpflichteten nachträglich die Bezeichnung anbringen zu lassen. Ich bitte, diese Behörden anzuweisen, daß die oben behandelten Vorschriften erfüllt werden, damit künftig kein Anlaß zu Klagen aus ausländischen Häfen mehr gegeben ist.

Ich bemerke dazu, daß grundsätzlich das Gewicht durch Wiegen festgestellt werden muß. Sollte eine am Absendeort vorhandene Wiegevorrichtung dazu aber nicht ausreichen oder sollte aus anderen Gründen z. B. wegen zu großer Abmessungen sperriger Stücke, das Wiegen nicht möglich sein, so ist gemäß § 1 Abs. 3 wenigstens eine berechnete oder möglichst genau geschätzte Gewichtsangabe, die als solche kenntlich zu machen ist, anzubringen.“

Post:

Neuauflage des Reichskursbuches und des Kraftpostkursbuches.

Die diesjährigen Sommerausgaben des Reichskursbuches (Große Ausgabe) wird mit dem am 15. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplänen erscheinen:

die 1. Ausgabe (15. Mai) spätestens am 11. Mai,

die 2. Ausgabe (1. Juli) spätestens am 25. Juni.

Der Verkaufspreis für ein Reichskursbuch (Große Ausgabe) beträgt 6,— RM.

Gleichzeitig erscheint wieder zum Verkaufspreis von 3,25 RM. eine „Kleine Ausgabe“ des Reichskursbuches mit gleichem Inhalt wie die Große Ausgabe, jedoch ohne die Abteilung Fremde Länder.

Das Kraftpostkursbuch, das die Fahrpläne der Kraftfahrlinien der Deutschen Reichspost, der Deutschen Reichsbahn und der Kraftverkehrsgesellschaft Braunschweig enthält, erscheint rechtzeitig vor dem Inkrafttreten des Sommerfahrplanes. Den Beziehern jeder Ausgabe des Kursbuches wird gegen Rückgabe des diesen Büchern beiliegenden Gutscheins ein Kraftpostkursbuch zum Vorzugspreis von 50 Rpfl. geliefert. Für die übrigen Bezieher beträgt der Verkaufspreis 2,— RM.

Neues Postgebührenheft.

An den Postältern ist jetzt in neuer Auflage wieder das kleine „Postgebührenheft“ (10 Rpfl.) erhältlich, das eine übersichtliche Zusammenstellung der Post-, Postcheck-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren enthält. Dem Heft sind beachtenswerte Regeln für den Verkehr an den Postältern beigegeben, außerdem ist es mit einem Verzeichnis der zum Ortsgebührenbereich von Berlin gehörenden Ortsteile, Landorte und Siedlungen und einer Zusammenstellung der Fernsprech-Nachverkehrsbeziehungen von Berlin ausgestattet.

Drucksachen.

Aus verschiedenen Zeitschriften ersehen wir, daß in manchen Beziehungen noch Unklarheit darüber besteht, welchen Anforderungen „Drucksachen“ entsprechen müssen, wenn ihre Beförderung gegen die Drucksachengebühr erfolgen soll.

Daß „Drucksachen“ offen, und zwar entweder unter Streif- oder Kreuzband oder umschürt oder in einem offenen Umschlag oder einfach zusammengeklappt einzuliefern sind, so daß ihr Inhalt leicht geprüft werden kann, dürfte allgemein bekannt sein. Auch über die Möglichkeit der Versendung in Kartenform, d. h. ohne Streifband oder Umschlag, dürften Zweifel kaum bestehen. Einzelheiten dieser Versendungsform, auch hinsichtlich des zwischenstaatlichen Verkehrs, bitten wir den betreffenden Ausführungen in Nr. 12 unserer Zeitschrift von 1934 zu entnehmen. Änderungen in dieser Beziehung sind inzwischen nur insofern eingetreten, als jetzt mit den Drucksachen in Kartenform — einschließlich der mehrteiligen — im zwischenstaatlichen Verkehr allgemein eine Karte mit der Anschrift des Absenders und — bei Vorauszahlung der Antwortgebühr — mit der Freigebühr für die Rücksendung in Postwertzeichen des Bestimmungslandes der Drucksache verbunden sein darf.

Welche Arten von Druckträgern zugelassen sind (Papier, Pergament, Steinspapier oder papierähnliche Stoffe), haben wir in Nr. 32 unserer Zeitschrift von 1934 ausführlich besprochen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nur besonders darauf hinweisen, daß neuerdings die Druckträger auch aus anderen Stoffen als der zur Herstellung von Papier verwendeten Cellulose bestehen können, z. B. aus Holz, Leder, Leinen usw.; es muß aber die Papierähnlichkeit solcher Druckträger und ihre Eignung nach Form und sonstiger Beschaffenheit zur Beförderung mit der Briefpost gewährleistet sein; sie müssen u. a. biegsam und faltbar wie Papier sein.

Die für Drucksachen zugelassenen Vervielfältigungsverfahren (Buchdruck oder ein ähnliches Verfahren — Hochdruck, Flachdruck, Tiefdruck — Belichtung, Stempel, mechanische Vervielfältigungen ver-

schiedener Art) und die an einzelne dieser Verfahren geknüpften Sonderbedingungen haben wir in Nr. 32 unserer Zeitschrift von 1934 eingehend behandelt. Besonders hervorgehoben sei hier nur, daß im zwischenstaatlichen Verkehr die Verwendung von Stempeln — feste wie zusammensetzbare — nicht zugelassen ist und daß im Wege des Durchdrucks oder mit der Schreibmaschine hergestellte Schriftstücke weder im innerdeutschen noch im zwischenstaatlichen Verkehr als „Drucksachen“ gelten. Vielfach wird auch nicht beachtet, daß mechanische Vervielfältigungen eines hand- oder maschinenschriftlich angefertigten Schriftstücks im zwischenstaatlichen Verkehr in mindestens 20, im innerdeutschen Verkehr in mindestens 10 vollkommen gleichen Stücken gleichzeitig aufgeliefert werden müssen, wenn die Beförderung gegen die Drucksachengebühr stattfinden soll.

Die Änderungen und Ergänzungen des Wortlauts, die nachträglich handschriftlich, mit Schreibmaschine, im Durchdruck- oder Pausverfahren in den Druckstücken allgemein und darüber hinaus noch in bestimmten Druckstücken besonders vorgenommen werden dürfen, haben wir in Nr. 5 und 6 unserer Zeitschrift von 1934 im einzelnen aufgeführt.

Wenn auch die grundlegenden Vorschriften im allgemeinen einen ausreichenden Anhalt bieten für die Beurteilung, ob ein Druckstück den Anforderungen entspricht, die für die Beförderung gegen die Drucksachengebühr Voraussetzung sind, so sind nach den gemachten Erfahrungen Zweifel hierüber doch nicht immer ausgeschlossen. Nachstehend einige Fälle besonderer Art:

Als Drucksachen gelten:

1. Bedruckte Papierbogen, oder Papierstücke, einerlei, ob der Druck oder das Papier oder beides bemustert werden soll. Früher war die Bemusterung des Drucks Voraussetzung und ausschlaggebend. Im zwischenstaatlichen Verkehr sind eigentliche Papierwaren, deren Aufdruck offensichtlich nicht das Wesentliche des Gegenstandes ausmacht, zur Beförderung gegen die Drucksachengebühr im allgemeinen nicht zugelassen. Nur im Verkehr mit einigen Ländern sind Sendungen, enthaltend Briefumschläge mit Anschriftenaufdruck als „Drucksache“ zugelassen;
2. Leere Postkarten, die nur die Anschrift des Empfängers tragen, also bloße Postkartenformblätter;
3. Nachnahmefarten mit anhängender Postanweisung oder Zahlkarte, wie solche von der Post ausgegeben werden, auch wenn sie keinen weiteren Aufdruck tragen. Einzeln versandte Nachnahmefarten werden auch dann gegen die Drucksachengebühr befördert, wenn die anhängenden Postanweisungen und Zahlkarten dem Vordruck entsprechend handschriftlich usw. ausgefüllt sind. Der auf der eigentlichen Nachnahmefarte handschriftlich oder durch Schreibmaschine angegebene Nachnahmebetrag bleibt bei Feststellung der Zahl der Nachtragungen unberücksichtigt;
4. parfümierte Karten, die den Aufdruck „Diese Karte ist parfümiert mit . . .“ tragen;
5. Druckstücke mit Blickfangzeichen, das sind in der Regel aufgedruckte farbige, stehende oder liegende Kreuze, die die Aufmerksamkeit des Lesers auf eine bestimmte Stelle des Druckstückes lenken sollen;
6. Farbtafeln, enthaltend Farbensachbildungen, die lediglich die Töne der Farben zeigen sollen, wenn sie auf mechanischem Wege hergestellt sind;
7. Sammelbücher (Alben) mit Lichtbildern;
8. Wertzeichen jeder Art, entwertet oder unentwertet. Das gilt auch für den Verkehr mit Österreich und Freie Stadt Danzig. Dagegen dürfen im übrigen zwischenstaatlichen Verkehr entwertete und unentwertete Postwertzeichen als „Drucksache“ nicht versandt werden; es ist jetzt lediglich gestattet, allen Drucksachen eine Karte, einen Umschlag oder ein Streifband mit der Anschrift des Absenders der Drucksache und mit der Freigebühr für die Rücksendung in Postwertzeichen des Bestimmungslandes der Drucksache beizufügen.

Nicht als Druckfachen gelten:

- | | |
|--|------------------------------------|
| 1. Steuerbücher und Steuerkarten nach handschriftlicher oder mechanischer Ausfüllung der offen gelassenen Stellen, soweit die Ausfüllung über die für Druckfachen allgemein zugelassenen Nachtragungen hinausgeht; | Zu behandeln als: Geschäftspapiere |
| 2. Matrizen oder Matern; | Warenproben |
| 3. Notizblöcke, die nur aus leeren Blättern bestehen und auf deren Deckel sich gedruckte Absenderangaben befinden; | Warenproben |
| 4. Tapetenmuster (auch die sogenannten Vorten); | Warenproben |
| 5. sogenannte Arbeitsmuster, das sind Karten, auf denen durch Rillen, Nuten, Rizen, Kreppungen, Auschnitte die Arbeitsweise von Maschinen, Apparaten usw. veranschaulicht wird; | Warenproben |
| 6. Schnittmuster, auch mit Lochungen, die nach bestimmten Maßangaben ausgeschnitten, also gebrauchsfertig sind; | Warenproben |
| 7. Scherenschnitte, unter denselben Voraussetzungen wie Schnittmuster (s. Nr. 6); | Warenproben |
| 8. Postkartenformblätter mit anhängendem leeren Durchschlagblatt. | Mischsendungen |

Besonders zu beachten:

- Einbanddecken werden in „Druckfachen“ nicht beanstandet, wenn sie in Verbindung mit dem zugehörigen Druckwerk versandt werden;
- Streif- oder Kreuzbänder mit schriftlichen Angaben, die nicht für den Empfänger der Drucksache bestimmt sind, sondern aus einer früheren Benutzung herrühren, werden nicht beanstandet;
- ohne Umschlag versandte Doppelposten sind nur zulässig, wenn beide Teile am oberen Rande zusammenhängen;
- drei- oder mehrteilige Karten, die ohne Umschlag oder Kreuzband versandt werden, sollen mit einem leicht lösbaren und wiederherzustellenden Verschluss, z. B. mit einer einsteckbaren Klappe, einer Umschnürung mit Gummiband, Heftfaden, versehen sein; sie können auch ohne Verschluss zugelassen werden, wenn ein Auseinanderflappen bei der postalischen Behandlung (beim Stempeln, Verteilen usw.) nicht zu befürchten ist; die Karten dürfen aber am oberen Rande nicht offen sein;
- Den Druckfachen — ausgenommen offen versandten Karten — dürfen kleine Muster in geringer Stärke beigelegt werden, wenn die Muster den Zweck haben, zur Erläuterung der Druckangaben zu dienen. In Betracht kommen hierfür Muster aus Webstoffen, Leder usw., einzelne Stahlfedern, Bleistifte als Bestandteil eines Kalenders und ähnliches. Damit die Muster der Druckfache nicht entfallen können, müssen sie an den Druckstücken haltbar befestigt, also an- oder aufgeklebt sein, sich in einer Dose befinden, mit einem Faden angeheftet sein usw.
- Gedruckte Besuchskarten, Ansichtskarten usw., auf denen handschriftlich mit höchstens fünf Worten oder üblichen Anfangsbuchstaben Reiseberichte, Grüße, gute Wünsche, Glückwünsche, Dankfagungen, Beileidsbezeugungen oder andere Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht sind, sind als „Druckfachen“ zugelassen.

(Entnommen aus Nr. 15 der „Verkehrsnachrichten für Post und Telegraphie“ von 13. April 1935).

Postwurfsendungen.

Die Stückgebühr beträgt für	
Postwurf-Druckfachen	
bis 20 Gramm	1 Rpf.
über 20 bis 50 Gramm	2 Rpf.
für Mischsendungen (Druckfachen und Warenproben zusammengepackt) bis 20 Gramm	4 Rpf.
über 20 bis 100 Gramm	8 Rpf.

Erleichterte Bestimmungen für Postsperrgut.

Postpakete, die während der Beförderung infolge ihrer Größe viel Raum oder wegen ihres Inhalts — z. B. lebende Tiere, Bruttiere usw. — eine besonders sorgsame Behandlung beanspruchen, befördert die Post als Sperrgut und erhebt dafür zu der gewöhnlichen Beförderungsgebühr einen Zuschlag von 50 v. H. Wie das Amtsblatt des Reichspostministeriums bekannt gibt, werden die Sperrgutvorschriften vom 1. Mai an zugunsten der Postkunden vereinfacht und geändert. Die bisherigen Ausdehnungsgrößen werden erheblich erweitert, auf Mindestgewichte der Sendungen wird verzichtet. Künftig wird ein Postpaket als sperrig behandelt, wenn es in irgend einer Ausdehnung 2 (bisher 1½) Meter überschreitet, wenn es in einer Ausdehnung 1½ (bisher 1) Meter und in einer anderen ½ (bisher ebenfalls ½) Meter überschreitet, wenn es eine besonders sorgsame Behandlung erfordert oder sich nicht bequem mit anderen Gegenständen zusammenpacken oder stapeln läßt. Dieselben Vorschriften für Sperrgut gelten auch für Postgutsendungen.

Aufdrucken von Postwertstempeln auf Postkarten, Briefumschläge usw. durch die Reichsdruckerei.

Bekanntlich übernimmt die Reichsdruckerei auch Postkarten, Briefumschläge, Kartenbriefe, Streifbänder und Druckfachen privater Auftraggeber mit dem Postwertstempel zu bedrucken. Die Bedingungen hierfür werden vom 1. Mai ab geändert und dabei die Gebühren für das Aufdrucken verbilligt. Die Druckkosten betragen künftig für 1000 Stück (Mindestgrenze mit demselben Wertstempel 9 RM., für jedes weitere (auch angefangene) Tausend bis zu 20 000 Stück 4,50, für jedes weitere Tausend 4 RM. Gegen besondere Berechnung werden auch Anschriften oder andere Angaben auf den mit Wertstempel zu bedruckenden Gegenständen angebracht. Die Anträge müssen schriftlich beim Postamt des Auftraggebers unter Angabe der Stückzahl der zu bedruckenden Gegenstände gestellt werden. Die Gegenstände sind vom Besteller oder seinem Beauftragten an die Reichsdruckerei, in Berlin SW 68, freigemacht mit der Post oder bei höherem Gewicht mit der Eisenbahn abzusenden. Jede Sendung muß so verpackt sein, daß der Verpackungstoff auch zur Rückbeförderung benutzt werden kann. In Berlin sind die zu bedruckenden Gegenstände beim Postamt 68 (SW, Lindenstraße 30) einzuliefern, das auch die Rückgabe an den Besteller vermittelt. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Die neuen Bedingungen für das Aufdrucken von Postwertstempeln auf Postkarten, Briefumschläge, Kartenbriefe, Streifbänder und Druckfachen sind in der Beilage zum Amtsblatt des Reichspostministeriums Nr. 38 vom 24. April 1935 enthalten.

Bestimmungen über den Fernsprekverkehr mit dem Ausland.

Die Bestimmung, daß im Auslandsfernprekverkehr für V-, XP- und Festzeitgespräche als Mindestbetrag der Zuschlaggebühr 0,50 Goldfrank (0,40 RM.) erhoben werden, wird auf die R-Gespräche ausgedehnt. Die Deutsche Reichspost erhebt mithin von sofort an als Mindestbetrag der Zuschlaggebühr außer für V-, XP- und Festzeitgespräche auch für R-Gespräche 0,50 Goldfrank (0,40 RM.).

Luftpost im Sommer 1935.

Der am 1. April in Kraft getretene Flugplan des Sommerverkehrs umfaßt Verbindungen nach fast allen europäischen Ländern. Die Verbindungen werden mit wenigen Ausnahmen zur Postbeförderung benutzt. Am wichtigsten für den Postverkehr sind die nachts verkehrenden Reichspostflüge. Solche Flüge werden seit 1. April im Anschluß an die ständigen Reichspostflüge Berlin—Hannover—Köln—London auf folgenden Linien wieder aufgenommen: Berlin—Halle/Leipzig, Hannover—Frankfurt (Main)—Stuttgart, Köln—Brüssel—Paris, Köln—Frankfurt (Main)—München und München—Münster. Luftpostsendungen, die in den an das Nachtflugnetz angeschlossenen Orten abends eingeliefert werden, erreichen die Empfänger in den anderen Orten des Netzes in der Regel bei der ersten, spätestens aber bei der zweiten Zustellung des nächsten Tages. Entsprechenden

Vorteil haben die Postversender in den nicht an das Netz angeschlossenen Orten, die mit den Luftpostorten durch günstige Verkehrsgelegenheiten anderer Art verbunden sind. Nähere Auskunft bei den Postanstalten.

Schiffahrt:

Stand der Oberbauten und Oberschiffahrt im Monat März 1935.

Von der Oberstrombauberwaltung Breslau ging uns nachstehende Notiz zu:

Entsprechend der Jahreszeit bewegte sich das Fortschreiten der Bauarbeiten in ruhigen Bahnen.

So wurden am Staubecken Turawa nur die Stammarbeiten fortgesetzt.

Am Adolf-Hitler-Kanal konnten die Erd- und Stammarbeiten in beschränktem Umfange weitergeführt werden.

Die folgenden Ausführungen mögen eine Uebersicht über den Stand und den geplanten weiteren Verlauf der Arbeiten am Adolf-Hitler-Kanal und der Staubeckenanlage Sersno geben.

Das Erdarbeitslos I von Coselhafen bis zur Eisenbahnlinie Heydebreck—Oppeln ist bereits weit gefördert und wird etwa im Juni d. J. vollendet sein. Die Aufhöhung der Eisenbahnstrecke Heydebreck—Groß Strehlitz ist nebst Unterführung im Herbst vorigen Jahres vollendet worden. Die Anshubarbeiten des Erdarbeitsloses III Lenartowitz—Blechhammer sind vollendet; auszuführen sind noch die Tondichtungsarbeiten. Das Erdarbeitslos IV Blechhammer—Slawentzitz ist bereits fertig und mit Wasser gefüllt. Die Erdarbeitslose VI und VII Slawentzitz—Bielahütte sind in Arbeit und werden voraussichtlich im Herbst d. J. vollendet werden.

Los VIII, Bielahütte—Blawniowiz—Schleuse 11 soll im Baujahr 1935 in Angriff genommen werden.

Von den in den Bereich des Staubeckens Sersno fallenden Kanalscheiden ist die Strecke Blawniowiz—Gut Nieder-Sersno in 3 größeren Erdarbeitslosen in der Ausführung begriffen. Die Kanalscheide Nieder-Sersno—Scherwionka ist im Herbst 1934 fertiggestellt worden. Die Strecke Scherwionka—Laband ist im Bau. Die letztere Strecke muß so beschleunigt werden, daß sie bis Ende April d. J. soweit fertiggestellt ist, daß der Kłodnikkanal, welcher mit Rücksicht auf die Neubauarbeiten entleert worden ist, dann wieder in Betrieb genommen werden kann. Insgesamt sind von den 38,5 Kilometer des Adolf-Hitler-Kanals 5 Kilometer fertiggestellt und 18 Kilometer zur Zeit im Bau begriffen.

An weiteren Erdarbeiten ist der westliche Abschlußdamm des Staubeckens Sersno III sowie der Trennungsdamm zwischen den Staubecken Sersno III und IV fertiggeschüttet.

Von den Kunstbauten des Adolf-Hitler-Kanals ist die Feldwegbrücke bei Weiß-Wiese bis auf die Rampenbefestigung im Februar 1935 vollendet worden. Die Straßenbrücke bei Kłodnik als Eisenbeton-Valkenbrücke und oben liegender Jahrbahn ausgeführt — sowie die Straßenbrücke bei Tatischeau gehen im Mai 1935 ihrer Vollendung entgegen. Von der Eisenbahnbrücke über den Adolf-Hitler-Kanal im Zuge der Eisenbahnlinie Heydebreck—Groß Strehlitz sind die Widerlager fertiggestellt. Weiter sind an Brücken des Adolf-Hitler-Kanals im Bau die Ueberführung des sogen. B.-Gestells auf der Eisenbahnlinie Heydebreck—Oppeln, die Straßenbrücke über den Adolf-Hitler-Kanal bei Blechhammer und bei Ujeź. Hier werden z. B. die eisernen Ueberbauten aufgestellt. Im kommenden Bau Sommer sollen 3—4 weitere Brücken sowie 2 Düker und 1 Wehr (bei Blawniowiz) gebaut werden.

Von den 6 Schleusen des Adolf-Hitler-Kanals sind bisher die beiden Schleusen Slawentzitz und Sersno in Angriff genommen worden. Von der Schleuse Slawentzitz wurden die eisernen Leitwerkwände im Winter gerammt. Mit der Ausführung der Schleuse Sersno ist im August 1934 begonnen worden. Z. B. werden die eisernen Spundwände der Schleusenammern von 22 Meter Länge und der Schleusenhäuser gerammt.

Die Dienstgebäude der Schleuse Sersno sind im November und Dezember 1934 im Rohbau fertiggestellt worden. Im kommenden Bau Sommer sollen die Dienstgebäude der Schleusen Kłodnik, Mendorf, Slawentzitz und Lohnia in Angriff genommen werden.

Von den Bauten der Staubeckenanlage Sersno (3 Becken von insgesamt 94 Mill. Kubikmeter Inhalt) ist der Grundablaß in der Ausführung begriffen. Hier wird z. B. die eisernen Anspundung der Baugrube gerammt, und der Boden aus der Baugrube ausgehoben. Die Grundwasserentfernungsanlage ist seit Ende März 1935 im Betrieb.

Die Entnahmeverrichtung des Staubeckens II (Heber) soll in diesem Baujahr ausgeführt werden. Das Staubecken II von 12,3 Mill. Kubikmeter Inhalt, welches zur Aufnahme des Wassers der Drama dienen soll, ist von der Sandbahngesellschaft (Ballestrem-Vorfig) zum größten Teil bereits ausgebaggert.

Im Frühjahr 1936 wird die Sandbahngesellschaft mit dem Ausbaggern des Staubeckens III beginnen.

Im Rechnungsjahr 1934 sind für den Adolf-

Hitler-Kanal rd. 6,4 Mill. RM.
für das Staubecken Sersno 2,4 „ RM.

zusammen also: 8,8 Mill. RM.

verausgabt worden.

Raum war auf der Ober der volle Schiffahrtsbetrieb eröffnet, so setzte am 3. März ein strenges Frostwetter ein (Breslau am 6. —18 Grad). Wegen Vereisung der Wehre mußten diese teilweise gelegt bezw. die Staue abgelenkt werden; der Schiffverkehr geriet in Stocken. Auf der oberen Ober war die Schiffahrt vom 7. bis 13 = 7 Tage gesperrt. Auf der mittleren Ober ist eine eigentliche Eisperre nicht eingetreten; allerdings mußten allein fahrende Talsfahrzeuge in der Zeit vom 9.—11. des starken Grundeises wegen die Häfen aufsuchen. In der Zwischenzeit hatten sich bei Breslau über 400 Bergfähne angesammelt, die mit Nachlassen der Kälteperiode die oberen Haltungen füllten und Coselhafen zufluteten. Die Ober war den ganzen Monat über vollschiffig. Das Staubecken Ottmachau hat Ende März den normalen Beckeninhalte von etwas über 100 Millionen m³ erreicht.

In Cosel-Hafen wurden an 26 Tagen 195 691 To., d. i. arbeitstäglich i. M. 7 527 To. Kohle umgeschlagen mit einer Höchstleistung von 11 495 To. (Vormonat 31 507 To. bezw. 2 864 To. i. M.)

An Leerfähnen waren am Monatsende vorhanden in Coselhafen 275, in Breslau 245 und in Maltzsch 81 Fahrzeuge.

Verkehrsübersicht:

	Februar *)	März **)
	t	t
Coselhafen		
angekommen	1 238	19 406
abgegangen	41 029	205 209
zusammen:	42 267	224 615
Oppeln		
angekommen	33	215
abgegangen	3 048	2 295
zusammen:	3 081	2 510
Breslau		
angekommen	8 727	23 599
abgegangen	26 491	24 568
zusammen:	35 218	48 167
Maltzsch		
angekommen	1 129	5 907
abgegangen	21 850	35 145
zusammen:	22 979	41 052

Kaufern: zu Berg: (Richtung Coselhafen):

März 871 Fahrzeuge mit 65 147 To. Ladung
Februar 180 „ 17 622 To. „

zu Tal: (Richtung Fürstenberg):

März 613 Fahrzeuge mit 224 484 To. Ladung
Februar 317 „ 119 769 To. „

*) endgültige Zahlen

**) vorläufige Zahlen.

Die Stuttgarter Ausstellung „Wasserstraßen u. Wassersport“.**Der Aufbau der Abteilung „Wasserstraßen und Wasserkraft“.**

Vom 15. Juni bis 4. August findet die Ausstellung „Wasserstraßen und Wassersport“ auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart statt.

In der Gruppe „Wasserstraßen und Wasserkraft“ werden die gesamten süddeutschen Wasserstraßen, soweit sie bereits fertiggestellt und soweit sie im Bau oder geplant sind, gezeigt werden. Es handelt sich um folgende:

1. Rhein—Neckar—Donau, bearbeitet vom Südwestdeutschen Kanalverein in Verbindung mit der Neckar A.-G.,
2. Ausbau der Oberen Donau von Ulm bis Regensburg, bearbeitet vom Verband Obere Donau (Sitz Ulm),

3. Rhein—Main—Donau—Wasserstraße, bearbeitet vom Verein zur Wahrung der Main—Donauschiffahrts-Interessen (Sitz Nürnberg) unter Mitwirkung der Rhein—Main—Donau A.-G.,

4. Rhein—Regulierung Rehl—Basel und Oberrhein—Ausbau Basel—Konstanz. Die Pläne hierfür stellt das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium, Abt. Wasser- und Straßenbau, zur Verfügung. An der Zusammenstellung und Bearbeitung dieser Gruppe ist auch der Rheinschiffahrtsverband Konstanz beteiligt, insbesondere soweit es sich um die Beschaffung des dazugehörigen schweizerischen Materials handelt.

5. Saar—Pfalz—Kanal, bearbeitet durch die Handelskammer Saarbrücken.

Devisenbewirtschaftung und Außenhandel

Devisenvorschriften:**Neuregelung der Rohstoffkreditgeschäfte.****(Zusammenfassung)**

Von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung ist uns folgender Runderlaß zugegangen:

Für die Rohstoffkreditgeschäfte hat sich nunmehr die Anpassung an die im September v. J. erfolgte Neuregelung der Devisenbewirtschaftung für die Wareneinfuhr ebenfalls als notwendig erwiesen. Außerdem erschien eine Zusammenfassung und teilweise Änderung sämtlicher bisher in verschiedenen Runderlassen und Allgemeinen Erlassen verstreuten Bestimmungen über Rohstoffkreditgeschäfte zweckmäßig. Es werden deshalb nachstehend die gesamten hierfür ab 1. April 1935 maßgeblichen Vorschriften gemeinsam veröffentlicht. Die Runderlasse 113/34 DSt. vom 13. September 1934, 125/34 DSt. (11/34 USt.) vom 2. Oktober 1934, 130/34 DSt. (12/34 USt.) vom 17. Oktober 1934 und die allgemeinen Erlasse II 10 459/34 vom 29. Juni 1934, Dev.B. 17 291/34 vom 14. Juli 1934, Dev.A. 28 177/34 vom 3. August 1934, Dev.B. 31 814/34 vom 4. Oktober 1934 und Dev.B. 44 060/34 vom 11. Januar 1935 treten mit Wirkung vom 1. April 1935 außer Kraft.

Begriffsbestimmung.

Rohstoffkreditgeschäfte sind solche Geschäfte, bei denen Verpflichtungen aus der Wareneinfuhr auf Grund einer verbindlichen Zusage der zuständigen Devisenbehörde durch Verwendung der Ausfuhrerlöse für die aus diesen Waren hergestellten Erzeugnisse abgedeckt werden (Ri. I 1).

I. Verfahren.

Für die Entscheidung über Anträge auf Genehmigung von Rohstoffkreditgeschäften ist die Devisenstelle zuständig, in deren Bezirk die an dem Geschäft beteiligte deutsche Ausfuhrfirma ansässig ist. Der Antrag ist auf dem bei den Industrie- und Handelskammern erhältlichen Vordruck Rk. 1 in vierfacher Ausfertigung einzureichen. Die Devisenstelle prüft den Antrag. Sie hat insbesondere zu beachten, daß grundsätzlich bereits das Vorliegen bestimmter Ausfuhranträge nachgewiesen sein muß. Im Genehmigungsfall stellt die Devisenstelle der beteiligten Ausfuhrfirma zunächst eine verbindliche Zusage (Vordruck Rk. 1 S. 4) aus.

Die an dem Rohstoffkreditgeschäft etwa beteiligte Einfuhrfirma erhält eine kurze Mitteilung über die erteilte verbindliche Zusage unter Hinweis auf die darin enthaltenen Auflagen und gleichzeitig eine Bestätigung nach Muster Rk. 2 auf violettem Papier, das von den Devisenstellen bei der Reichsdruckerei bezogen werden kann.

Ist der Kreditnehmer (Einführer) gleichzeitig Ausfuhrer der Ware, so erhält er die verbindliche Zusage und die Bestätigung. Auf Wunsch des Einführers sind, falls die Einfuhr etwa zum gleichen Zeitpunkt über mehrere Zollstellen erfolgen soll oder andere Gründe vorliegen, mehrere Bestätigungen über Teilbeträge auszufertigen, deren Gesamtbetrag den zur Verrechnung genehmigten Betrag nicht übersteigen darf.

Gleichzeitig mit der Erteilung der Zusage an die Ausfuhrfirma ist ein Doppel der verbindlichen Zusage (nebst

Antrag) an das Reichsbank-Direktorium, Berlin, zu senden, ein weiteres Doppel an die für die Einfuhrware zuständige Ueberwachungsstelle. Diese hat unverzüglich zu prüfen, ob die Preise für die einzuführende Ware dem auf den Auslandsmärkten allgemein gültigen Marktpreis für Waren gleicher Art und Güte zuzüglich der handelsüblichen Kosten entsprechen. Wenn dies nicht der Fall ist, kann die Ueberwachungsstelle binnen 10 Tagen (gerechnet von dem Datum der Ausfertigung der verbindlichen Zusage an) der an dem Rohstoffkreditgeschäft beteiligten Ausfuhrfirma mitteilen, daß sie von dem in der verbindlichen Zusage enthaltenen Vorbehalt Gebrauch mache und die Zusage damit hinfällig wird. Eine gleiche Mitteilung ist an die Devisenstelle, das Reichsbank-Direktorium, Berlin, und die an dem Geschäft etwa beteiligte Einfuhrfirma zu richten.

Nach der Erteilung der verbindlichen Zusage ist der Antrag von dem für das Zusageverfahren zuständigen Referenten der Devisenstelle an Hand der vierten Ausfertigung hinsichtlich der über die Höhe des Rohstoffanteils gemachten Angaben nachzuprüfen. Falls dort ausreichende Unterlagen nicht vorliegen, ist die zuständige Ueberwachungsstelle um Nachprüfung zu ersuchen.

Die Ausfuhrfirma hat mit Erhalt der verbindlichen Zusage der Devisenstelle bei der zuständigen Reichsbankanstalt eine gleichartige Zusage auf Freigabe des erforderlichen Teils des Ausfuhrerlöses einzuholen.

Nach Eingang der Ausfuhrdevisen ist unter Beifügung entsprechender Unterlagen die endgültige Genehmigung zu beantragen. Sie ist von der Devisenstelle zu erteilen, wenn die Angaben des Antragstellers für richtig befunden worden sind.

Sofern zur Finanzierung der Einfuhr ein Stillhalte-kredit in Anspruch genommen wird, muß die endgültige Abdeckungs-genehmigung rechtzeitig vor Fälligkeit bei der Reichsbank, Abteilung für Auslandsschulden, Berlin, beantragt werden.

In den Fällen, in denen Firmen allgemeine Genehmigungen zur Durchführung von Rohstoffkreditgeschäften beantragen, bei denen die Rohstoffe im Rahmen einer festzusetzenden Gesamtmenge oder eines Gesamtwertes zunächst im Kreditwege eingeführt und nach der Verarbeitung dieser Rohstoffe die entsprechenden Ausfuhranträge und der Anfall von Devisenerlösen nachgewiesen werden sollen, können verbindliche Zusagen nach Benennung der einzuführenden Rohstoffe unter den nach diesem Erlass üblichen Bedingungen erteilt werden.

II.

1. Nachweis der Räumlichkeit.
2. Ablieferung von Devisen an die Reichsbank.
3. Rückzahlung des Rohstoffkredit.

1. Bei der Durchführung von Rohstoffkreditgeschäften werden die Ausfuhrfirmen nicht immer nachweisen können, daß die Ausfuhrwaren aus den feinerzeit eingeführten Rohstoffen hergestellt sind. Dieser Räumlichkeitsnachweis ist insbesondere dann schwer zu erbringen, wenn die Rohware bis zu ihrer Fertigstellung mehrere Fabrikationsstufen durchläuft und im Arbeitsgang von der für inländische Zwecke bestimmten Ware nicht getrennt werden kann. Ferner wird es im Hinblick auf die manchmal nur kurzen Lieferfristen nicht

immer möglich sein, die Rohstoffe erst dann aus dem Ausland einzuführen, wenn entsprechende Ausfuhraufträge vorliegen.

Um die vorhandenen Ausfuhrmöglichkeiten nicht durch allzu enge Handhabung der getroffenen Anordnungen zu erschweren, kann daher auf den Räumlichkeitsnachweis verzichtet werden, wenn dieser nach Lage der Sache nicht geführt werden kann. Hiernach bestehen auch keine Bedenken, daß die Antragsteller in Fällen, in denen die Lieferfristen eine vorherige Besorgung der Rohware nicht zulassen, nach Erteilung der verbindlichen Zusage zunächst mit ihren Beständen in Vorlage treten und die Ersatzbeschaffung auf Grund der ihnen im Rahmen eines Rohstoffkreditgeschäfts freigegebenen Ausfuhrdevisen bewirken.

2. Die Devisenstellen haben auch bei der Beurteilung von Anträgen auf Genehmigung von Rohstoffkreditgeschäften auf eine Förderung des Devisenarfs der Reichsbank besonderen Wert zu legen. Bei der Erteilung verbindlicher Zusagen ist daher folgendes zu beachten:

Die Ausfuhrerlöse können grundsätzlich nur in Höhe des auf den Rohstoffanteil der Ausfuhrware entfallenden Betrages zur Abdeckung des Rohstoffkredits freigegeben werden. Hierbei ist Voraussetzung, daß der Reichsbank über die zur Rückzahlung des Rohstoffkredits einschließlich der Kosten und zur Durchführung eines etwaigen Zusageausfuhrverfahrens erforderlichen Devisen hinaus ein Netto-Devisenüberschuß verbleibt. Ein bestimmter Hundertsatz von Gesamtausfuhrerlös ist in diesem Falle nicht vorgeschrieben.

In Fällen, in denen die Rohstoffe nach ihrer Verarbeitung sowohl nach Verrechnungsländern als auch nach verrechnungsfreien Ländern wieder ausgeführt werden, können die aus der Ausfuhr nach verrechnungsfreien Ländern anfallenden Devisen über den darin enthaltenen Rohstoffanteil hinaus dafür freigegeben werden, auch die für Lieferungen nach den Verrechnungsländern benötigten Rohstoffe im Wege des Rohstoffkredits einzuführen, jedoch mit der Einschränkung, daß der Reichsbank in diesem Falle ein Netto-Devisen-Überschuß von mindestens 20 Prozent der aus der Ausfuhr nach verrechnungsfreien Ländern anfallenden Devisen verbleibt.

Von der Möglichkeit, die aus der Ausfuhr nach verrechnungsfreien Ländern anfallenden Devisen über den darin enthaltenen Rohstoffanteil hinaus freizugeben, kann in dringenden Fällen auch dann Gebrauch gemacht werden, wenn die eingeführten Rohstoffe für den lebensnotwendigen Inlandsbedarf verwendet werden sollen. In diesem Falle muß jedoch der an die Reichsbank abzuliefernde Netto-Devisen-Überschuß entgegen der bisherigen Regelung mindestens 50 Prozent des Gesamtausfuhrerlöses betragen. Es ist ferner Voraussetzung, daß der in der Ausfuhrware enthaltene Rohstoffanteil nicht weniger als 10 Prozent des Ausfuhrwertes betragt.

3. Die Rückzahlung des Rohstoffkredits hat grundsätzlich ohne jegliche Inanspruchnahme der Reichsbank zu erfolgen, und zwar in der Weise, daß der ausländische Warenabnehmer den Gegenwert des Rohstoffes auf Anweisung des Ausführers unmittelbar an den ausländischen Kreditgeber oder Rohstofflieferanten bzw. dessen ausländischen Banktreuhänder abführt oder, wenn dem Ausführer im Inlande effektive ausländische Zahlungsmittel anfallen, dieser den erforderlichen Betrag nach Freigabe seitens der Reichsbank selbst an den Kreditgeber bzw. Rohstofflieferanten abführt.

Bei der Abwicklung zahlreicher kleiner Ausfuhrgeschäfte wird es nicht immer möglich sein, den Rohstoffanteil jeweils an den Rohstofflieferanten abführen zu lassen. Es wird vielmehr häufig vorkommen, daß der Erlös aus einem Ausfuhrgeschäft ganz zur Bezahlung der Rohstoffe dient, und der Erlös eines anderen Ausfuhrgeschäfts dafür in vollem Umfang zur Ablieferung an die Reichsbank kommt. Da die verschiedene Verwendung der Beträge im Rahmen der verbindlichen Zusage leicht nachgeprüft werden kann, bestehen gegen diese Handhabung keine Bedenken.

Auch kann allgemein gestattet werden, daß aus dem Ausfuhrerlös zunächst der Kredit und die Kosten abgedeckt und erst aus einem verbleibenden Ueberschuß Ablieferungen an die Reichsbank vorgenommen werden.

III. Rohstoffkreditgeschäfte mit Ländern mit Verrechnungs- und Zahlungsabkommen (Verrechnungsländer).

Nach den Ausführungen im ersten Absatz des Abschnitts II 3 dieses Rundlasses müssen Rohstoffkreditgeschäfte abgelehnt werden, wenn die Ausfuhr nach einem Verrechnungslande erfolgt und die Bezahlung der für die Ausfuhr erforderlichen Rohstoffe bzw. die Abdeckung des aufgenommenen Rohstoffkredits mit Devisen vorgenommen werden muß. Von diesem Grundsatz ist eine Ausnahme zulässig, wenn die aus der Rohware hergestellten Erzeugnisse zugleich nach verrechnungsfreien Ländern ausgeführt werden. (Vgl. Abschnitt II 2 dieses Rundlasses). Ferner ist die Erteilung verbindlicher Zusagen möglich, wenn nachgewiesen wird, daß die Clearingbehörde des Verrechnungslandes, nach welchem die Ausfuhr geht, ihre Zustimmung dazu erteilt hat, daß ein Teil des Ausfuhrerlöses abgezweigt und außerhalb des Verrechnungsabkommens unmittelbar an den ausländischen Kreditgeber überwiesen wird.

Die Durchführung von Rohstoffkreditgeschäften nach Verrechnungsländern ist im Interesse der verschiedenen Verrechnungs- und Zahlungsabkommen entgegen der bisherigen Regelung auch dann abzulehnen, wenn die Einfuhrware aus einem Lande stammt, mit dem ein solches Abkommen abgeschlossen ist. In diesen Fällen sind die Antragsteller wegen des Erhalts einer Devisenbescheinigung für die Einfuhr der Rohstoffe an die zuständige Ueberwachungsstelle zu verweisen, die wegen der besonderen Berücksichtigung von Firmen, welche Ausfuhraufträge nachweisen können, durch RG. 20/35 II St. besondere Anweisungen erhalten haben.

Soweit die Devisenstellen bei Inkrafttreten dieses Erlasses bereits verbindliche Zusagen für die Durchführung von Rohstoffkreditgeschäften mit Verrechnungsländern erteilt haben, können diese Geschäfte in der bisher zulässigen Weise abgewickelt werden.

Sollte nach dem Zeitpunkt der Erteilung einer verbindlichen Zusage auf Freigabe von Ausfuhrdevisen mit dem betreffenden Ausfuhrland ein Verrechnungsabkommen abgeschlossen werden, so kann den Firmen ausnahmsweise die Verfügung über die aus anderen Ausfuhrgeschäften anfallenden Devisen zum Zwecke der Kreditabdeckung genehmigt werden. Die Reichsbank ist in diesem Falle bereit, die erforderlichen Devisen auf Antrag freizugeben.

Für die Inanspruchnahme von Tredefinanzkrediten im Rahmen von Rohstoffkreditgeschäften verbleibt es vorläufig bei der im Allgem. Erl. vom 19. Oktober 1934 — Dev. B. 33 472/34 — getroffenen Regelung.

Exportvalutaerklärung.

Nach § 11 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935 ist die Anmeldung der Warenausfuhr durch Abgabe einer Exportvalutaerklärung mit den Abschnitten A und B zu bewirken. Die Erklärung ist von dem Ausführer der zur Ausfuhr anzumeldenden Ware auszustellen und, soweit es sich um den Abschnitt B handelt, nach § 18 der Verordnung dem Frachtführer (Verfrachter) zu übermitteln. Nach den Beobachtungen der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung werden diese Vorschriften von den Ausfuhrfirmen nicht immer mit der erforderlichen Sorgfalt beachtet, insbesondere wird die Anhändigung des Abschnittes B an den Spediteur häufig unterlassen. Auf Veranlassung der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung weisen wir daher die Ausfuhrfirmen auf die Unzulässigkeit dieses Verfahrens erneut hin. Die Einhaltung der Vorschriften wird künftig besonders scharf überwacht und jede Zuwiderhandlung nach § 20 der Verordnung bestraft.

Verwendung ausländischer Forderungen bei Einkäufen auf Messen und Ausstellungen des Auslandes.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung teilt mit: „Zur Beteiligung an ausländischen Ausstellungen und Messen dürfen inländische Firmen ausländische Forderungen nicht ohne Genehmigung der zuständigen Devisenstelle verwenden. Firmen, die eine allgemeine Genehmigung zur Bezahlung von Nebenkosten des Warenverkehrs nach IV 18 der Ri. zur Devisenbewirtschaftung besitzen, können für diese Zwecke die Genehmigung unter Anrechnung auf den für Werbekosten ausgeworfenen Höchstbetrag ausnutzen. Andere Firmen bedürfen einer einzelnen Verwendungsgenehmigung. Die erforderlichen Genehmigungen werden von den Devisenstellen im allgemeinen erteilt.“

Einzahlung von Clearing-Spesen auf Zahlungs- und Verrechnungskonten.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung gab folgenden allgemeinen Erlaß bekannt:

Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß ausländische Exporteure ihren deutschen Abnehmern Clearing-Spesen, die ihnen von dem ausländischen Clearinginstitut berechnet werden, besonders in Rechnung stellen und verlangen, daß derartige Beträge zusätzlich im Wege des betreffenden Verrechnungsabkommens eingezahlt werden. Meines Erachtens besteht keine Veranlassung dafür, mit solchen Spesen, die ein ausländisches Clearinginstitut berechnet, die deutschen Einfuhrfirmen zu belasten. Ich ersuche deshalb, Anträge dieser Art grundsätzlich abzulehnen.

Erleichterungen im Verrechnungsverkehr mit der Tschechoslowakei.

Künftig werden im Verrechnungsverkehr mit der Tschechoslowakei Transportkosten, allgemeine Binnenschiffahrtskosten, Zölle und ähnliche Abgaben sowie Provisionen und Auslagen der in der Tschechoslowakei ansässigen Vertreter, soweit sie in Verbindung mit der Ausfuhr deutscher Waren in die Tschechoslowakei entstanden sind, dort bevorzugt ausbezahlt, wenn sie durch eine entsprechende Anzeige der Deutschen Verrechnungskasse als solche kenntlich gemacht wurden. Das gleiche gilt für Transportprovisionen von in Deutschland ansässigen Händlern bei der Vermittlung von Transitgeschäften nach der Tschechoslowakei, wenn sie an dort ansässige Vertreter oder Agenten ausbezahlt werden.

Im übrigen wurde der verrechnungsmäßig zu begleichende Anteil der Fakturen bei Transitgeschäften in die Tschechoslowakei neu festgelegt. Zahlungen aus dem Lohnverrechnungsverkehr werden künftig bevorzugt abgewickelt.

Nähere Auskunft erteilt die Außenhandelsabteilung der Kammer.

Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Einfuhr bestimmter Auslandswaren.

Seit 1. 1. 35 können bekanntlich tschechoslowakische Waren nur dann noch von deutschen Zollstellen behandelt werden, wenn den Zollstellen eine Devisenbescheinigung oder eine besondere Bestätigung vorgelegt wird. Dadurch soll verhindert werden, daß aus der Tschechoslowakei Waren eingeführt werden, für die deutscherseits keine Zahlungsmittel bereitgestellt werden können. Es hat sich nun gezeigt, daß durch diese Bestimmungen auch die Zollabfertigung von Waren behindert wird, für die keine Zahlung zu leisten ist, beispielsweise Muster, Erläuterungen für mangelhafte Waren, Geschenke usw. Um auch die zollamtliche Abfertigung für diese Waren sicherzustellen, wurde bestimmt, daß die Überwachungsstellen in diesen Fällen „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“ ausstellen, auf Grund deren die Waren ohne weiteres eingeführt werden können. Eine Anrechnung der Bescheinigung auf die monatlichen Wertgrenzen kommt nicht in Frage.

Unbedenklichkeitsbescheinigungen können auf Antrag bei Vorliegen gleicher Voraussetzungen auch für die Einfuhr von Waren erteilt werden, die aus anderen Ländern als der Tschechoslowakei eingeführt werden sollen.

Nähere Auskunft erteilt die Außenhandelsabteilung der Kammer.

Gesetzgebung und Verwaltung

Neue Gesetze und Verordnungen.

Regelung von Erzeugung und Absatz.

Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Fischwirtschaft vom 1. 4. 35 RGBl. I 35, S. 542

Verordnung über den Zusammenschluß der Kartoffelwirtschaft vom 18. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 550

Verordnung zur Aenderung der Verordnungen über den Zusammenschluß der Roggen- und Weizenmühlen und der Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 3. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 553

Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Brauwirtschaft vom 18. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 556

Verordnung zur Aenderung der Faserstoffverordnung vom 21. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 561

Handel und Gewerbe.

Wildhandelsordnung vom 1. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 494

Dritte Verordnung zur Verhinderung von Preissteigerungen auf dem Gebiete der Lederwirtschaft (Dritte Lederpreisverordnung) vom 4. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 505

Gesetz zur Aenderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 13. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 508
Enthält Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Schornsteinfegergewerbe.

Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 15. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 515

Ausführungsanweisung zur Verordnung über das Schornsteinfegerwesen RGBl. I 35, S. 523

Geldwesen und Finanzen.

Zweite Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Anleihestockgesetzes vom 18. 4. 1935 RGBl. I 35, S. 558

Devisenbewirtschaftung.

Einwanderung

Rd.-Erl. Nr. 53/35 v. 16. 3. 1935 R. St. Bl. S. 575

Deutsches Kreditabkommen 1935

Rd.-Erl. Nr. 56/35 v. 20. 3. 1935 R. St. Bl. S. 590

Ausländersonderkonten für Zahlungszahlungen im Warenverkehr mit England

Rd.-Erl. Nr. 57/35 v. 21. 3. 1935 R. St. Bl. S. 591

Transitverkehr mit Sowjet-Rußland

Rd.-Erl. Nr. 58/35 v. 25. 3. 35 R. St. Bl. S. 591

Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Rd.-Erl. Nr. 22/35 v. 30. 3. 1935 R. St. Bl. S. 592

Studienaufenthalt und Schulbesuch im Ausland

Rd.-Erl. Nr. 59/35 v. 28. 3. 35 R. St. Bl. S. 592

Neuregelung der Rohstoffkreditgeschäfte

Rd.-Erl. Nr. 60/35 v. 30. 3. 35 R. St. Bl. S. 606

Allgemeine Verfahrensbestimmungen

Rd.-Erl. Nr. 65/35 v. 5. 4. 35 R. St. Bl. S. 666

Arbeitsfragen.

Sechste Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung vom 13. 3. 1935 RGBl. I 35, S. 491.

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 28. 3. 1935 RGBl. I 35, S. 503.

Enthält die Sätze der Trennhänder der Arbeit für die einzelnen Wirtschaftsgebiete des

deutschen Reiches. Sitz des
Trenkhändlers der Arbeit für
Schlesien ist Breslau,
Zweigstelle Gleiwitz.

**Verordnung zur Aenderung der
Verordnung über den Schutz der
Sonn- und Feiertage** vom
1. 4. 1935 RGBl. I. 35, S. 510.

**Zwölfte Verordnung zur Durchfüh-
rung des Gesetzes zur Ordnung der
nationalen Arbeit** (Bildung und
Aufgaben von Gesamthafenbe-
trieben) vom 8. 4. 1935 RGBl. I. 35, S. 510

**Dreizehnte Verordnung zur Durch-
führung des Gesetzes zur Or-
dnung der nationalen Arbeit** vom
13. 4. 1935 RGBl. I. 35, S. 512.

Betrifft die Wahl der Ver-
trauensmänner und das feier-
liche Gelöbniß der Mitglieder
des Vertrauensrates.

Wohnungsweisen und Siedlung.

**Gesetz über die Beschränkung von
Grundeigentum aus Gründen der
Reichsverteidigung** (Schutzbereich-
gesetz) vom 24. 1. 1935 RGBl. I. 35, S. 499.

**Verordnung zur Durchführung und
Ergänzung zur Förderung des
Wohnungsbaues** vom 18. 4. 1935 RGBl. I. 35, S. 546

**Sechste Verordnung über Wohn-
siedlungsgebiete** vom 11. 4. 1935 RGBl. I. 35, S. 60.

Rechtsprechung

a) Arbeitsrechtliche Entscheidungen.

**Keine fristlose Entlassung, wenn die zum Anlaß genommene
Beleidigung des Betriebsführers von diesem durch sein Ver-
halten verschuldet war.**

(Urteil des Landesarb.-Gerichts Gleiwitz v. 19. 3. 1935;
9, Sa 14/35; erste Instanz: Arb.-Ger. Gleiwitz.)

Der Kläger war Werkmeister bei der Beklagten und ist
fristlos entlassen worden, weil er im Streit mit dem Vater
der minderjährigen Inhaberin der Firma, dem eigentlichen
Betriebsleiter, diesen beleidigt haben soll. Er klagt nur sei-
nen Lohn für die Kündigungsfrist ein; mit der Entlassung
als fristgemäßer Kündigung hat er sich abgefunden.

Das Arbeitsgericht hat der Klage teilweise stattgegeben.
Hiergegen richtet sich die Berufung der Beklagten. Sie
wurde zurückgewiesen mit folgender Begründung:

Zur Beurteilung steht nur die Frage, ob der Vorfall vom
22. 10. 1934 einen Grund für die fristlose Entlassung bildet.
Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme wurden die Tarif-
löhne nicht gezahlt. Ein Schlosser forderte Tariflohn, worauf
ihm der Betriebsleiter sagte, Tariflohn könne er nicht zahlen;
dann müßten sie alle eben stempeln gehen. Darauf kündigte
der Schlosser seinerseits, und dies war der Anlaß, daß der
Kläger — der Werkmeister — dem Betriebsführer sein asozia-
les Verhalten in erregten Worten vorwarf. Ein Wort gab
das andere, und es fielen nun auch Beleidigungen seitens des
Klägers.

Das Berufungsgericht ist mit dem Vorderrichter der An-
sicht, daß man einem Gefolgschaftsmitglied nicht allein die
Schuld beimessen kann, wenn es sich infolge von Verfehlungen
des Betriebsführers ihm gegenüber zu Beleidigungen hin-
reißen läßt. Wer sich als Betriebsführer seiner Gefolgschaft
gegenüber nicht richtig verhält, der darf den Anlaß zur frist-
losen Entlassung nicht darin suchen, daß ein Werkmeister ihm
sein Unrecht vorhält, selbst dann nicht, wenn sich letzterer da-
bei arg im Ton vergreift. Die fristlose Entlassung — nur
um diese handelt es sich — ist nicht begründet.

**Kündigung eines Aufsehers unter Tage wegen Gefährdung
der Disziplin und Verbreitung beunruhigender Gerüchte.**

(Urteil des MAS. Gleiwitz v. 14. 2. 35; 9. S. 147/34;
erste Instanz: Arb.-Gericht Hindenburg.)

Der Kläger ist 47 Jahre alt, 31 Jahre bei der Beklagten,
einer Kohlengrube, beschäftigt und seit 17 Jahren Aufseher
unter Tage. Ihm wurde gekündigt, worauf er die Wider-
rufsklage erhoben hat.

Das Arbeitsgericht hat der Klage stattgegeben, weil
es eine unbillige Härte für vorliegend erachtet, insbesondere
im Hinblick auf die lange Beschäftigung des Klägers.

Auf die Berufung der Beklagten hat das Landes-
arbeitsgericht das Urteil abgeändert und die Klage
abgewiesen mit folgender Begründung:

Dem Kläger wird mangelnde Leistung als Aufseher unter
Tage vorgeworfen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß
seine Leistungen in den letzten Monaten erheblich nachgelassen
haben Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß die
Leistungen eines 47 Jahre alten Aufsehers unter Tage er-
fahrungsgemäß gegenüber jüngeren Kräften nachlassen, und
es ist eine selbstverständliche Pflicht des Betriebs-
führers, hierauf Rücksicht zu nehmen. Auf der anderen Seite
aber muß wenigstens der gute Wille vorhanden sein, seine
Pflichten nach dem Maß der verbliebenen Leistungsfähigkeit
zu erfüllen, und hieran hat es gefehlt. . . . (wird näher aus-
geführt).

Weit schwerwiegender ist noch folgendes: Die Steiger K.
und J. haben glaubwürdig geschildert, wie der Kläger ihnen
unter Tage vor den Leuten in höchst ungemessener Weise
entgegengetreten ist. . . . Daß in diesem Verhalten ein
schwerer Verstoß gegen die unter Tage unbedingt besonders
wichtige Disziplin liegt, bedarf keiner weiteren Erörterungen;
ein Aufseher, der die Autorität der Steiger in dieser Weise
untergräbt, hat sich die Entfernung von seinem Posten selbst
zuzuschreiben. Versetzung in eine andere Abteilung hat nichts
geholfen.

Der Kläger hat auch harmlose Vorgänge bewußt oder un-
bewußt entstellt, wenn er (in einem vorangegangenen Gehalts-
streit) behauptet hat, die Beklagte beeinflusse die Zeugen. . .

Auf einige arge Entgleisungen des Klägers gegenüber dem
Vertreter der Beklagten in einem Termin vor dem Arbeits-
gericht legt das Gericht weniger Wert, weil sie durch die Er-
regung zu entschuldigen sein mögen. . .

Sehr schwer dagegen fällt ins Gewicht, daß der Kläger
behauptet hat, die Beklagte habe Leute in schlecht verbaute
Strecken hineingejagt und dadurch den Tod mehrerer Berg-
leute verschuldet. Derartige Behauptungen können unab-
sehbare Folgen haben. Tödliche Unfälle lassen sich im
Bergbau leider nie vermeiden. Wenn nun ein älterer er-
fahrener Aufseher, dem die Bergleute und ihre Angehörigen
doch ein Urteil zutrauen müssen, derartige Behauptungen
aufstellt, so finden sie naturgemäß leicht Glauben, und wenn
dann wieder ein tödlicher Unfall sich ereignet, können schwere
Anschuldigungen gegen die Betriebsführung die Folgen solcher
unbedachten Beschuldigungen in der Öffentlichkeit sein.

Das Gericht hat die Unfälle an der Hand der Skizzen und
Gutachten in den Unfällen nochmals geprüft und die über-
lebenden Häuer vernommen; es besteht kein begründeter Ver-
dacht gegen die Beklagte und ihre Aufsichtsorgane.

Die Kündigung ist also vom Kläger selbst verschuldet. Ob
die Beklagte freiwillig eine Entschädigung zahlen will
in Anerkennung der früher geleisteten langjährigen Dienste,
oder ob der Kläger sich entschließt, die ihm angebotene gerin-
ger bezahlte Weiterbeschäftigung auf anderem Posten anzu-
nehmen, um die Ruhegehaltsgrenze zu erreichen, muß den
Parteien überlassen bleiben. . . .

Fristlose Entlassung eines Schwerkriegsbeschädigten wegen Störung des Arbeitsfriedens und Aufforderung zur passiven Resistenz.

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 2. 4. 1935; 9. Sa 8/35. Erste Instanz: Arb.-Gericht Oppeln.)

Der Kläger ist Schwerbeschädigter und als Schlosser, später als Werkhelfer beschäftigt gewesen. Er wurde fristlos entlassen und hält die Entlassung für unbegründet, die Kündigung mangels Zustimmung der Hauptfürorgestelle aber für unwirksam. Seine Feststellungsklage wurde abgewiesen, seine Berufung hiergegen zurückgewiesen mit folgender Begründung:

Die tarifgemäße Frist für die Entlassung seit Kenntnis vom Entlassungsgrunde ist gewahrt. . . . Der Sachverhalt ist geklärt: Der Kläger war mit einem neuen Arbeitsplatz nicht zufrieden und ließ seinen Ärger an einem Vertrauensrats-Mitglied aus, dem er die Schuld an dem Wechsel irrtümlicherweise beimaß. Er sprach dabei von „Bonzenwirtschaft“, die heute schlimmer sei als früher. Auch einem Vorarbeiter gegenüber hatte er früher von Bonzenwirtschaft gesprochen, als dieser auf Fertigstellung einer Arbeit drängte. Verschiedenen Arbeitskameraden hat der Kläger ein Blechschild mit einer Kreideschrift in die Maschinen gespannt, wenn sie einmal ihren Platz an ihrer Maschine verließen, worauf stand: „Wenn Du so weiter machst, werden wir weit kommen!“ Dieses sind die Tatsachen, wenn man alles Beiseite läßt, welchem im Laufe des Rechtsstreits in den Prozeßstoff hineingetragen worden ist.

Das Gericht wäre geneigt gewesen, den Kläger hinsichtlich des Ausdrucks Bonzenwirtschaft für entschuldigt zu halten, denn er ist nervenleidend, also leicht erregbar; dann aber sind solche Schimpfereien an sich nicht so schwer zu nehmen. Der Kläger hätte aber unbedingt die Pflicht gehabt, einzulenken, als er sah, daß die Sache zur Meldung kam. Er mußte sich entschuldigen, statt dessen behauptete er noch dem Werkdirektor gegenüber, es sei eine abgekartete Sache, die Zeugen seien beeinflusst, und er das Opfer eines Komplotts.

Daß Störung des Arbeitsfriedens auch dann ein Entlassungsgrund ist, wenn er im Gesetz oder Tarifvertrag (Betriebsordnung) nicht ausdrücklich aufgeführt ist, kann nicht zweifelhaft sein. Gestört hat aber der Kläger den Arbeitsfrieden weit mehr durch das oben erwähnte Schild mit der Kreideschrift, wie durch den Ausdruck Bonzenwirtschaft, der in der Erregung fiel. Die Schrift kann nur als Aufforderung zur passiven Resistenz gedeutet werden. Gerade diese aber ist neben der positiven Werksabotage etwas, was dem Wesen der Werksgemeinschaft und der Gefolgschaftstreue völlig zuwider läuft. Bei einem Betrieb, wie dem der Beklagten (es handelte sich um die Reichsbahn), kann durch passive Resistenz sogar der Betriebszweck ganz wesentlich beeinträchtigt werden. Die Aufforderung zum passiven Widerstand war ein bekanntes Kampfmittel der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Daß sich die Beklagte gegen die Wiederkehr solcher Störungsversuche ganz energisch wehrt, ist ihr nicht zu verargen. Die fristlose Entlassung ist also begründet.

b) Sonstige Entscheidungen.

Finderlohn und Finderrechte.

Rechte des Finders

a) Anspruch auf Verwendungserloß.

Der Finder kann von dem Empfangsberechtigten an erster Stelle vom Verlierer (BGB. § 969), Ersatz für Aufwendungen verlangen, die zur Verwahrung oder Erhaltung der Sache oder zur Ermittlung des Empfangsberechtigten erforderlich sind (BGB. § 970).

b) Anspruch auf Finderlohn.

Der Finder kann von dem Empfangsberechtigten einen Finderlohn verlangen (BGB. § 971 Abs. 1 Satz 1).

Der Finderlohn steht dem Finder nur dann zu, wenn er seiner Anzeigepflicht genügt und den Fund auf Nachfrage nicht verheimlicht hat (BGB. § 971 Abs. 2).

Der Finderlohn beträgt nicht, wie vielfach geglaubt wird, 10 v. H. des Sachwertes, sondern ist in anderer Weise, nach dem Sachwert gestaffelt, zu berechnen.

Der Finderlohn beträgt nach gesetzlicher Bestimmung (BGB. § 971 Abs. 1 Satz 2) von einem Sachwerte bis zu 300,— RM. fünf v. H.;

Krause findet im Waschkraum eines Kaffeehauses einen Ring, dessen Wert ein Juwelier auf 200,— RM. schätzt. Krause stehen alsdann 10 RM. Finderlohn zu. Vom Mehrwert über 300,— RM. weiterhin nur noch eins v. H.;

Glücksfind findet einen Tausendmarkschein. Der Finderlohn beträgt 5 v. H. für die ersten 300 RM., also 15 RM., und 1 v. H. für die weiteren 700 RM., also 7 RM., demnach insgesamt 22 RM., und nicht wie nach Volksglauben 100 RM.

bei Tieren allgemein eins v. H.

c) Zurückbehaltungsrecht.

Der Finder kann die Herausgabe der Fundsache verweigern, bis er wegen seiner Ansprüche befriedigt ist (BGB. §§ 972, 1000 Satz 1).

Steht der Finder von diesem Zurückbehaltungsrecht ab, indem er die Fundsache dem Empfangsberechtigten ohne Vorbehalt aushändigt, so erlöschen die Ansprüche des Finders, wenn sie nicht einen Monat nach der Herausgabe vom Empfangsberechtigten genehmigt oder vom Finder gerichtlich geltend gemacht worden sind (BGB. §§ 972, 1002 Abs. 1).

Genehmigter Abdruck aus der „Deutschen Rechts-Zeitung“, Selbstunterrichts- und Nachschlagewerk für das deutsche Reichsrecht, Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9, Kaiserdamm 38.

Soziales

Der Arbeitseinsatz der Kaufmannsgehilfen im März.

Der Monat März brachte die übliche Frühjahrsbelegung auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes, die sich für die Kaufmannsgehilfen sehr günstig auswirkte. Die erteilten Besetzungsaufträge liegen in einigen Bezirken bis zu 50 Prozent über dem Ergebnis des Vormonats. In erheblichem Umfang wurden noch immer jüngere Kräfte angefordert, die möglichst im Besitze des Arbeitspasses sind und neben gründlichen Fachkenntnissen auch über jahrelange Berufserfahrungen verfügen. Da diese Kräfte nicht in der angeforderten Anzahl verfügbar sind, war es möglich, in erster Linie ältere Kräfte zu vermitteln. Sehr gut war auch das Vermittlungsergebnis für Arbeitspaß-Inhaber. Ein Beweis für die gestiegene Wirtschaftslage ist die Tatsache, daß die Vermittlungen

in der Hauptsache in feste Stellen erfolgten. Einstellungen zur Probe bzw. Aushilfestellungen wurden seltener in Auftrag gegeben. Die Berichte aus dem Saargebiet lassen ebenfalls eine Besserung des Arbeitseinsatzes erkennen.

Besonders ausnahmsfähig waren die Metallindustrie und, bedingt durch den Beginn der Bauaison, das Baugewerbe. Ebenso bestanden in der Industrie und im Kleinhandel gute Unterbringungsmöglichkeiten. Der Großhandel und die Banken hatten weniger Bedarf. Rege Nachfrage, die nicht immer befriedigt werden konnte, bestand für Lohnbuchhalter, von denen neben Kenntnissen der einschlägigen sozialpolitischen Bestimmungen auch Erfahrungen mit den modernsten Buchungsverfahren verlangt wurden. Der Lebensmittelhandel sucht tüchtige Verkäufer, insbesondere für Kaffee. Im Schuh Einzelhandel fehlen

Geschäftsführer und gute Verkäufer. Gut sind die Unterbringungsmöglichkeiten für Drogisten mit Fotokenntnissen. Der Bedarf der Versicherungen an Sachkräften für den Außendienst und Inspektoren konnte nicht immer gedeckt werden. Gute Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen für Reisende, Expedienten, Korrespondenten, Kontoristen und für gute Stenotypisten.

Die Lehrstellenvermittlung konnte fast im ganzen Reich das Vermittlungsergebnis der Vormonate erheblich steigern. Obwohl der Einstellungstag bevorstand, stehen noch eine Reihe Entscheidungen aus. Die Betriebsführer prüfen sehr eingehend, bevor sie sich zu einer Einstellung entschließen. Gesucht sind besonders Lehrstellen-

anwärter mit höherer Schulbildung. Die Mehrzahl der Bewerber sind jedoch Volksschüler. Unter den jungen Berufsanwärtern besteht wenig Neigung für den Verkäuferberuf, obwohl gerade hierfür gute Lehrstellenaufträge vorliegen. Dagegen ist das Interesse für die Ausbildung in Büros usw., wohl im Hinblick auf die Arbeitszeit, groß. In erster Linie werden männliche Lehrlinge verlangt, nur vereinzelt werden Lehrstellen für weibliche Lehrlinge aufgegeben.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Start der dritten Arbeitsschlacht auch für die Angestelltenberufe als gut bezeichnet werden kann. Es werden jedoch fast durchweg hohe Anforderungen an die Bewerber gestellt.

Messen und Ausstellungen

Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt.

Südostausstellung Breslau.

Breslau ist als Ausstellungsstadt seit Jahrzehnten bekannt. Historisch geworden sind die landwirtschaftlichen Maschinenmärkte, die stets weit über Deutschlands Grenzen hinaus Beachtung fanden. Der erste Maschinenmarkt wurde 1864 durchgeführt, in diesem Jahre ist der 61. an der Reihe. Früher war der Ausstellungsplatz der Ausstellungsplatz; heute sind es die ausgedehnten Gebäude und Flächen der Breslauer Messegesellschaft, die an den Scheitniger Park angrenzen.

Der diesjährige Maschinenmarkt ist zur Südost-Ausstellung erweitert. Hauptanziehungspunkte für die Landwirtschaft werden neben der umfangreichen Maschinen-Ausstellung die Bäuerliche Ausstellung und der 28. Zuchtviehmarkt, ferner die Ausstellung: Holz und Holzverarbeitung, die Büromesse, die Ausstellung des deutschen Dachdecker-Handwerks und der Zement-Industrie, die Jagd-Ausstellung und die Ausstellung „Deutscher Wein“ sein.

Hieraus ist zu ersehen, daß der frühere Maschinenmarkt weit über sein bisheriges Aufgabengebiet herausgewachsen ist und eine Reihe besonderer Ausstellungsgruppen bietet, die nicht nur für den Landwirt und Bauern, sondern auch für Handel, Handwerk und Industrie von größter Bedeutung und Sehenswürdigkeit sind.

Wie bereits erwähnt, führt der Maschinenmarkt auch die Bezeichnung „Südost-Ausstellung“ und zwar mit Rücksicht darauf, daß Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und die Türkei voraussichtlich auf dieser Ausstellung vertreten sein werden; sie werden nicht Einzelaussteller entsenden, sondern entweder amtlich, wie z. B. Polen, oder durch Handelsvertretungen und besondere Ausstellungskomitees die Rohprodukte und Erzeugnisse ihrer Heimatländer zeigen. Es kommen hier solche Waren zur Schau, die in erster Linie zum Austausch und Handel mit Deutschland in Verträgen und Kompensationsabkommen vorgezogen sind. So soll denn die Ausstellung eine für alle beteiligten Länder sehr wichtige Aufgabe erfüllen; sie soll alte Handelsbeziehungen wieder erneuern und fester knüpfen und soll neue Ausfuhr- und Austauschmöglichkeiten schaffen. Aus diesem Grunde ist ein starker Besuch nicht nur von Landwirten, sondern auch von Kaufleuten, Industriellen und von den am Warenaustausch interessierten Behörden und Vereinigungen des In- und Auslandes zu erhoffen und zu erwarten. Rab- und Fahrpreiserleichterungen werden den Besuch wesentlich fördern.

Die Südost-Ausstellung hat also eine mehrfache Aufgabe: Sie soll belehrend und anregend auf dem Gesamtgebiete der Land- und Forstwirtschaft sein; sie soll eine gute Einkaufsgelegenheit bieten und dem Austausch deutscher Fabrikate gegen Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse des Auslandes die Wege ebnen. Die Ausstellung wird keine große repräsentative Veranstaltung sein, sondern sie soll einzig und allein der Förderung der Landwirtschaft und der Steigerung des Austausches von Waren mit den Südost-Staaten, also praktischen Zwecken, dienen.

Ueber die Beteiligung der einzelnen Länder ist zu sagen, daß Polen an erster Stelle mit einem 450 Quadratmeter umfassenden Raum steht. Auf Grund der Wechselbeziehungen der „Posener Messe“, die vom 28. 4. bis 5. 5. d. J. stattfand, zur Breslauer „Südost-Ausstellung“ ist mit einem

erheblichen Umsatz von Waren hier zu rechnen. Nach einem nur für beide Ausstellungen getroffenen besonderen deutsch-polnischen Handelsabkommen werden die auf der Posener Messe von reichsdeutschen Firmen gekauften Waren vorzugsweise behandelt und Deutschland verpflichtet sich, auf der Südost-Ausstellung in gleicher Höhe landwirtschaftliche Erzeugnisse anzukaufen. Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Türkei werden sich offiziös beteiligen mit Erzeugnissen ihrer Länder und Rohstoffen, wie z. B. Holz und Erzen und landwirtschaftlichen Produkten.

Ueber die landwirtschaftliche Maschinen-Ausstellung ist zu berichten, daß diese so umfangreich wird, wie nie zuvor in Breslau der Maschinenmarkt besichtigt wurde. Die Zahl der Aussteller ist von 600 auf 800 gestiegen; alle Plätze sind vergeben; nachträgliche Anmeldungen mußten zurückgewiesen werden. Diese Abteilung wird einen wertvollen Überblick über den Stand der deutschen landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteeisen geben.

Im Pölsigbau veranstaltet die Landesbauernschaft Schlesien eine große „Bäuerliche Ausstellung“, bei der der bäuerliche Mensch im Vordergrund steht. Nach einem geschichtlichen Rückblick über Schlesiens landwirtschaftliche Kultur und Entwicklung werden die agrarpolitischen Maßnahmen der heutigen Regierung gezeigt, die ja auch im Auslande so großes Interesse überall erwecken. Es folgen Darstellungen über Arbeiterverhältnisse, landwirtschaftliches Recht, Siedlungswesen, die landwirtschaftliche Presse usw. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der Aufgaben der Erzeugungsschlacht ein, ebenso der Überblick über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Marktregelung, besonders der Getreide-, Milch-, Fett-, Vieh-, Fleisch- und Obstverwertung. Zum ersten Male auf einer Ausstellung wird ein „lebender Marktzettel“ zu sehen sein. Neben der Zuchtviehschau wird ein Zelt aufgebaut, in welchem das Vieh nach Preisklassen geordnet zu sehen ist.

Die Zuchtvieh-Ausstellung wird wieder Gelegenheit geben, bestes Zuchtmaterial zu sehen und zu erwerben. Es sind angemeldet: 130 Stück Pferde, 200 Stück Rindvieh, 200 Stück Schafe, 230 Stück Schweine, 40 Stück Ziegen, 150 Stück Geflügel, 4—500 Stück Kaninchen. Für die Vorführung ist eine besonders gute Bahn vorgesehen, die umgeben ist von erhöhten, teilweise überdachten Sitzplätzen. Auf die Sonderausstellungen: Geräte für den Handwerker, Holz- und Holzbearbeitungsmaschinen und die übrigen Gruppen kommen wir später noch zurück. Alles in allem wird die Breslauer Südost-Ausstellung, die vom 16. bis 19. Mai d. J. veranstaltet wird, ein Unternehmen sein, das dem Besucher des In- und Auslandes sehr viel Wissenswertes bieten und wertvolle Anregung geben wird.

Dr. H. W.

Die Zementindustrie auf der Breslauer internationalen Südostausstellung.

Der 61. Landmaschinenmarkt, der in Breslau vom 16. bis 19. Mai 1935 stattfindet, ist zu einer Internationalen Südost-Ausstellung erweitert worden. Durch das Zusammenwirken befreundeter Nachbarstaaten als Aussteller und Messebesucher, sind dieser in Breslau jährlich wiederkehrenden Veranstaltung weitere Perspektiven eröffnet worden, als es bisher in dem wirtschaftlich abgeschlossenen Südostdeutschland möglich war.

Als Aussteller tritt nicht nur die Landwirtschaft und deren dazugehörige Maschinen-Industrie auf, sondern auch alle anderen Industrien, für die die Landwirtschaft das Schlüsselfach ist. Zahlreiche Sondergruppen sind daher eingerichtet worden und von dem Bäuerlichen Hof bis zur Exportförderung soll alles möglichst eingehend gezeigt werden. Bei der allgemeinen Baumarktlebung in der Landwirtschaft verdient der Stand der Zement-Industrie besondere Beachtung. Hier wird zunächst die Gewinnung und Verarbeitung des Rohmaterials bis zum Fertigfabrikat, dem Zement, am Modell erläutert. Wie weit der Zement dann in der Landwirtschaft als Baustoff Anwendung finden kann, vom Fundament bis zum Dachziegel, zeigen die im Original ausgestellten Betonbauwerke und Zementwaren. Ein starker Anziehungspunkt sind die Betongrünfütterilos. Durch die Förderung der deutschen Reichsregierung und durch die Vorkarbeit des Reichsnährstandes hat die Grünfütter-Silo-Wirtschaft in Deutschland so schnell Eingang gefunden, daß sich daraus ein großes Arbeitsfeld für Bauern und Handwerker entwickelt hat. Der Zement in Verarbeitung als Beton oder Betonformstein tritt auch hier am meisten in Erscheinung. Nebenbei liegen die Verhältnisse bei dem Bau neuerlicher Düngersäcken und Jauchearuben. — Weiterhin wäre zu nennen Zement für die Ausführung von Wasserbehältern, Brunnenringen, Rohren, Frühbeetkästen, Gewächshäusern, Ställen, Kläranlagen usw. Auch der Leichtbeton für den Bau ländlicher Gebäude nimmt eine besondere Stellung ein.

Es liegt im Interesse der Landwirtschaft, die Bauausführung ihrer Bauten so zu entwickeln, daß hauptsächlich mit örtlichen Kräften gearbeitet werden kann, d. h., daß eine Beschäftigung der ortsanfässigen Gewerbetreibenden gefördert wird. Vom Dorfschmied, der die Eiseneinlagen des Eisenbetons liefert, über den Tischler, der die Holzverschalungen anfertigt, bis zum ungelernten Arbeiter sollen in einer politischen Gemeinde möglichst viele in Lohn und Arbeit gebracht werden. Der Deutsche Zementbund hat Merkblätter und Bauanweisungen als Anleitung für den Bau herausgegeben, außerdem stehen seine Bauberatungsstellen für alle technischen Auskünfte und Material-Untersuchungen zur Verfügung.

Die Posener Messe 1935 als Mittel zur Förderung des deutsch-polnischen Warenaustausches.

Die diesjährige Posener Messe, die vom 28. April bis 5. Mai stattgefunden hat, die 14. in der Reihe der bisher veranstalteten Posener Messen, ragte durch ihren Umfang über die Messen der vergangenen Jahre hervor, sie bezeichnet außerdem, was für uns von besonderer Wichtigkeit ist, einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen. Zum ersten Male hatte die deutsche Wirtschaft als Gesamtheit eine repräsentative Sonderschau auf der Posener Messe veranstaltet. Außerdem war aber auch in der Zahl der geschäftlichen Einzelaussteller die deutsche Industrie teils unmittelbar, teils durch in Polen ansässige Vertretungen stark beteiligt, so daß man insgesamt die Zahl der deutschen Aussteller, die in dieser oder jener Form auftraten, auf rund 130 ansetzen konnte. Eine ganz genaue Feststellung war nicht zu treffen, da einerseits von manchen Vertretern deutsche Erzeugnisse noch kurz vor Messebeginn aufgenommen worden waren, die nicht mehr im Katalog verzeichnet werden konnten, andererseits aber auch der eine oder andere angemeldete Aussteller ausblieb. Jedenfalls aber war Deutschland von allen ausländischen Messeausstellern am stärksten beteiligt. Doch auch andere Länder zeigten sich in größerem Umfang als jemals zuvor. Im ganzen waren 22 fremde Länder vertreten, wobei neun Staaten offiziell mit Repräsentationsausstellungen hervortraten. Es waren dies zum Teil auch außereuropäische Länder, so u. a. Brasilien, zu welchem Polen in den letzten Jahren durch bedeutende Eisenlieferungen in engere Handelsbeziehungen getreten ist, Britisch-Indien und Palästina.

Von den Messebauten Posens stammt der ober-schlesische Turm noch aus der Vorkriegszeit. Die anderen Hallen, die sich auf einem abgeschlossenen Gelände unmittelbar am Posener Hauptbahnhof, also in sehr günstiger Lage befinden, sind anlässlich der großen polnischen Landesausstellung im Jahre 1929 geschaffen worden. Die im ganzen zur Verfügung stehende Ausstellungsfläche beträgt rund 48 000 Quadratmeter, die allerdings trotz der in diesem Jahre erheblich

gestiegenen Zahl der Aussteller nicht voll in Anspruch genommen worden ist. Dies galt insbesondere von dem freien Gelände, wo alljährlich die Landmaschinenschau untergebracht wird. Das Ausland hatte in diesem Jahre rund 15 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche für sich in Anspruch genommen, wovon wiederum der stärkste Anteil, nämlich 3000 Quadratmeter, von den deutschen Ausstellern belegt war.

Die besondere Bedeutung der Posener Messe für den deutsch-polnischen Handel lag in diesem Jahre darin, daß es gelungen war, noch kurz vor dem Messebeginn, am 17. April, über die bisher für die Regelung des deutsch-polnischen Handels getroffenen Vereinbarungen hinaus ein zusätzliches Kompensationsabkommen für die Posener Messe und die ihr im Mai nachfolgende Südoftausstellung Breslau zustande zu bringen. Es konnten also auf der Messe sowohl Geschäfte abgeschlossen werden, die ihre Grundlage in den bisherigen zwischen den beiden Staaten bestehenden Vereinbarungen fanden, wie auch zusätzliche Geschäfte auf Grund des Sonderkompensationsabkommens für die Messen. Dieses Kompensationsabkommen war abgestellt worden auf eine Höchstmenge von 1,2 Millionen RM., und zwar hatte die polnische Regierung zur Posener Messe Sonderkontingente für eine Anzahl von Warengruppen bewilligt. Als solche sind zu nennen: Messerschmiedwaren, Werkzeuge, Büromaschinen, Silberdruck, Glas, Motoren, Pumpen, Maschinen für Holz- und Metallbearbeitung, verschiedene Apparate, Puppenköpfe, Farbstoffe, Teile für Wassermesser, sanitäre Artikel usw. In dem Umfange der auf Grund dieser Kontingente in Polen zustande gekommenen Geschäfte können dann auf der Südoftausstellung in Breslau polnische Aussteller Verkäufe abschließen. Als Bedingung war für beide Fälle festgesetzt, daß ausschließlich ausstellende Firmen berechtigt sind, im Rahmen dieses Sonderabkommens Geschäfte abzuschließen. Die Kontrolle darüber erfolgt gemeinsam durch Beauftragte der deutschen Handelskammer für Polen und der polnischen Gesellschaft für den Kompensationshandel.

Was zunächst das Auftreten Deutschlands auf der Messe anlangt, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß von allen ausländischen Abteilungen die Repräsentationsabteilung Deutschlands durch das, was sie zeigte und wie sie es zeigte, in hervorragendem Maße Beachtung forderte und auch fand. Dieser Teil der Messe war nicht so darauf abgestellt, unmittelbar Geschäfte herbeizuführen, denn es handelte sich größtenteils um Erzeugnisse, deren Einfuhr nach Polen wegen der bestehenden Einfuhrverbote im Augenblick praktisch nicht möglich ist, sondern sie sollte der großen Zahl der Messebesucher aus allen Teilen Polens zeigen, welche Spitzenleistungen die deutsche Industrie auf den verschiedensten Gebieten hervorbringt. So waren hier u. a. zu sehen als größte Gegenstände Kraftwagen und Motoren, weiter erstklassige photographische Apparate und Erzeugnisse der Feinmechanik, Farben, kunstseidene Stoffe in wirkungsvoller Drapierung, mechanisches Spielzeug und kunstgewerbliche Puppen der führenden Firmen der deutschen Spielwarenindustrie, Offenbacher Lederwaren nur in wenigen Stücken, aber dafür ausgesuchter Gebiegenheit und Eleganz, Offenbacher Schmuckwaren in sehr reichhaltiger Auswahl und noch manches andere. Bei der großen Masse der Messebesucher fanden besonders die Leder- und Schmuckwaren viel Beachtung, und man konnte häufig den Wunsch hören, daß derartige schöne Dinge in Polen verkauft werden möchten. Nicht geringer war das Interesse der Fachwelt für die technischen Erzeugnisse des deutschen Standes. So hat dieser Teil der Messe den Zweck, allgemein verbend für deutsche Qualitätsarbeit zu wirken, zweifellos erreicht, wobei man sich freilich darüber klar war, daß für wirtschaftliche Folgerungen aus dieser Sonderschau noch manche wesentliche Vorbedingungen fehlen.

In der Verkaufsmesse fand man deutsche Aussteller oder ihre polnischen Vertretungen an den verschiedensten Stellen, und ebenso verschieden waren die von den einzelnen erzielten Ergebnisse. Als ein Negativum auffallend war die außerordentlich geringe Beteiligung schlesischer Firmen. Man konnte sie an den Fingern herzählen. Von Oberschlesien hatte überhaupt nur eine Firma, eine Drahtseilfabrik, durch ihren Posener Vertreter ausgestellt. Daß die ober-schlesische Industrie durch die Posener Messe wenig Absatzmöglichkeiten finden kann, ist ohne weiteres verständlich. Da-

gegen hätte man von Niederschlesien eine stärkere Beteiligung erwarten können. Wenn sie nicht vorhanden war, so liegt das offenbar daran, daß die in Frage kommenden Firmen auf der Breslauer Südpolenausstellung vertreten sein werden und daher guten Grund hatten, nicht die Kosten zweier Ausstellungen unmittelbar hintereinander auf sich zu nehmen. Immerhin wird für die Zukunft die Frage aufzuwerfen sein, ob nicht doch die Posener Messe Anknüpfungsmöglichkeiten für solche Abnehmerkreise bietet, die nicht nach Breslau kommen.

Was das geschäftliche Ergebnis der diesjährigen Posener Messe für die deutschen Aussteller anlangt, so liegen im Augenblick abschließende Feststellungen noch nicht vor, da nach dem Sonderabkommen Nachmeldungen von Abschlüssen noch bis zum 12. Mai eingereicht werden können. Verschiedene Kontingente wurden jedoch bereits in den ersten Tagen so stark in Anspruch genommen, daß mit ihrer vollen Ausschöpfung zu rechnen war. So wurden alsbald beachtliche Abschlüsse in Dieselmotoren erzielt, und das große Interesse, das sich für diese deutschen Kraftmaschinen äußerte, ließ erkennen, wie erheblich deren Absatz gesteigert werden könnte, wenn die bisher äußerst knappe Kontingentierung hierfür erweitert würde. Entsprechendes könnte für viele andere Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft gesagt werden. Andererseits stieß der Absatz mancher Waren, für welche der Messe Sonderkontingente eingeräumt waren, auf Schwierigkeiten wegen der durch das Sonderabkommen nicht berührten außerordentlich hohen Zollsätze, und wegen der Frage der Zahlungsbedingungen. Das Abkommen bestimmt, daß sämtliche Geschäfte aus dem Sonderabkommen für beide Plätze bis zum 15. August abgewickelt sein müssen. Deshalb erhalten Kaufgeschäfte den Vorzug in der Zuteilung der Kontingente. Die polnischen Käufer müssen die Rechnungsbeträge auf das Konto der polnischen Gesellschaft für den Kompensationshandel zahlen und erhalten erst nach Eingang der Zahlung die Einfuhrbewilligung. Durch diese Bedingungen entstehen ansehnliche der geringen Zahl der über ausreichende Kapitalien verfügenden Handelsfirmen in Polen Schwierigkeiten für die Durchführung der Geschäfte.

Am lebhaftesten war das Geschäft bei denjenigen Ausstellern, die auch Aufträge auf Einzellieferungen entgegennahmen. Besonders reges Interesse fanden Haus- und Wirtschaftsgeräte, für die in Polen noch ein großer Markt geschaffen werden könnte, da die einheimische Industrie davon noch wenig herstellt und gerade Deutschland auf diesem Gebiete dauernd praktische Neuheiten hervorbringt. Für Staubsauger und anderes Hausgerät, für Bürobedarf verschiedenster Art zeigte sich reges Interesse, das auch zu entsprechenden Abschlüssen führte. Dagegen konnte man von solchen Ausstellern, welche die in dem Kompensationsabkommen an erster Stelle genannten Messerschmiedewaren der Solinger

Industrie und ähnliche deutsche Qualitätserzeugnisse brachten, hören, wie außerordentlich die Zölle den Absatz dieser Erzeugnisse erschweren. Landwirtschaftliche Geräte, für die in Polen ein großer Bedarf besteht, konnten bisher ebenfalls nur in geringem Maßstabe nach Polen abgesetzt werden. Bei Senlen, von denen ein seit langem in Polen eingeführtes deutsches Fabrikat auch auf der diesjährigen Messe vertreten war, sind beispielsweise Oesterreich und die Tschechoslowakei Konkurrenten, gegen die schwer aufzukommen ist. Andere Geräte, etwa in der Art der Königshulder Artikel werden zum Teil heute von der ostoberschlesischen Industrie und anderen polnischen Werken hergestellt. Immerhin konnte man hören, daß ein gewisser Absatz für Königshuld, das übrigens auf der Messe nicht vertreten war, auch heute noch im Posenschen vorhanden ist.

Eine andere Seite der Posener Messe, die auch für die Wirtschaft des Deutschen Reiches bedeutend ist, war die Feststellung, daß in dem Bemühen, die industrielle Erzeugung Polens zu verbessern und auf Gebiete auszudehnen, die bisher ihr noch fremd waren, keine Unterbrechung eingetreten ist. Das gilt für die verschiedensten Zweige der Industrie. So sah man umfangreiche Abteilungen der ostoberschlesischen Schwerindustrie, soweit sie die Verfeinerung betreibt. Bismarckhütte (heute Batoryhütte genannt) und Baildonhütte waren mit ihren Edelfählen auch in die große Schau der Flugzeugindustrie eingegliedert, wobei mit besonderem Stolz darauf hingewiesen wurde, daß die Bismarckhütte, die größte Eisenhütte Polens, alle Schmiedeteile für den im vorigen Jahre siegreichen Flugzeugmotor der polnischen Skodawerke geliefert habe. Auch die Porzellanindustrie, von der besonders die Giesche Porzellanfabrik mit einer großen, sehr vielseitigen Abteilung vertreten war, hat im Laufe der Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Aber im Reiche herrscht ja erst recht kein Stillstand in der Wirtschaft, und so wird es stets eine Menge von Industrieerzeugnissen geben, die Polen nirgends besser als aus Deutschland erhalten kann, so daß von dieser Seite her reiche Möglichkeiten für einen Warenaustausch gegeben sind. Die bisherigen wirtschaftlichen Abkommen haben begonnen, über die Luft, welche sich zwischen den Wirtschaften der beiden Nachbarländer in der Vergangenheit gebildet hatte, zunächst einige Notbrücken zu schlagen. Auf der Posener Messe hat sich auf beiden Seiten der dringende Wunsch gezeigt, über diese Anfänge hinweg zu einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen zu kommen. Es ist zu hoffen, daß die Erfahrungen von Polen und demnächst von Breslau Wege finden lassen, um über den gegenwärtigen Zustand der von allen beteiligten Stellen als ein vorläufiger Notbehelf anerkannt wird, zu einer Vereinfachung der Formen und zu einer Ausbreitung der Grundlagen des deutsch-polnischen Handelsverkehrs zu kommen.

Dr. R.

Firmeneintragungen

bei den obereschlesischen Amtsgerichten im Handels- und Genossenschaftsregister in der Zeit vom 11. 3. bis 27. 4. 1935.

Amtsgericht Beuthen OS.: Ewald Chrobok, Inh. Ewald Chrobok. — Ernst Krittich, Inh. Gastwirt Ernst Krittich, Kottwitz. — Eduard Kowollit, Inh. Eduard Kowollit. — Lieferungs-Genossenschaft Beuthener Tischlermeister eGmbH. — Agnes Miestroj, Inh. Agnes Miestroj, Damen- und Kinderkonfektion. — Georg Potrawa, Inh. Holzkfm. Georg Potrawa. — Felix Slotta, Inh. Felix Slotta. — Max Wiecha, Inh. Max Wiecha, Großhandel mit Bäckereibedarfsartikeln.
Amtsgericht Gleiwitz OS.: Heinrich Gotthelf, Inh. Heinrich Gotthelf, Kohलगroßhandlung. — Kohlen- und Holzgeschäft Leopold Schamidatus D. H. G. Gesell. Günther Leopold, Prokurist i. R. Gustav Schamidatus.
Amtsgericht Grottkau OS.: Einkaufs- und Lieferungs-Genossenschaft der Tischlermeister des Kreises Grottkau eGmbH.
Amtsgericht Guttentag OS.: Julius Brysch, Inh. Julius Brysch.
Amtsgericht Hindenburg OS.: Alois Heinz, Tabakwaren-großhandlung, Inh. Alois Heinz. — Hans Janotta, Inh. Hans Janotta, Kolonialwarenhandlung. — Arnold Katscher, Inh. Arnold Katscher, Kolonialwarenhandlung. — Mierstwa, Hans, Inh. Hans Mierstwa, Kolonialwarenhandlung. — Bruno Prager, Holzgroßhandlung, Inh. Bruno Prager. — Industriefettwarenfabrik Fritz Sachse, Inh. Fritz Sachse. — Paul Schmalz, Inh.

Paul Schmalz, Radio-Vertrieb. — Robert Waluga, Inh. Robert Waluga, Vertreter. — **Amtsgericht Konstadt OS.:** Nachschubfabrik Konstadt GmbH, Geschäftsf.: Landwirt Rudolf Pohl, Alt-Rosenberg, Rfm. Alfred Schneider, Karl Albert Scholz, Breslau; Stammkapital: 150 000 RM.
Amtsgericht Krappitz OS.: Hebeponon-Genossenschaft mbH., Ottmuth. — Spargelbau- und Absatzverein eGmbH.
Amtsgericht Kreuzburg OS.: Tabakwaren-Großhandlung Eduard Biskup, Inh. Eduard Biskup.
Amtsgericht Landsberg OS.: Kalksandsteinfabrik Zawisna, Inh. Wartelski & Co.; Komm.-Ges. v. h. Ges. Rfm. Julius u. Louis Wartelski, Kommanditistin ist Frau Sarah Wartelski, geb. Lasowski.
Amtsgericht Oppeln OS.: Hugo Breitreut, Tabakwaren im Groß- und Kleinverkauf, Inh. Hugo Breitreut. — Otto Deter, Comptachtschütz, Inh. verw. Fabrikbes. Grete Deter, geb. Weibezahl, Keisterwitz, Krs. Ohlau, Zigarrenfabrik. — Herwa, Paul Niewalda, Inh. Paul Niewalda. — Radiohaus Otto Mierzowski, Inh. Otto Mierzowski. — Bernhard Materne, Inh. Bernhard Materne, Kraschew; Kohlen, Holz, Eisen- u. Baumaterialienhandlung. — Carl Zellner, Bürobedarf und Büromaschinen sowie Bedarf an Betriebs- und Reinigungsmitteln, Inh. Carl Zellner.
Amtsgericht Ottmachau OS.: Josef Hoff-

mann, Inh. Josef Hoffmann. **Amtsgericht Ratibor OS.:** Wüstegiersdorfer Leinengeschäft Emil Sewald, Inh. Rfm. Josef Hullmann. **Amtsgericht Ritschen OS.:** Brenneri Baumgarten eGmbH. **Amtsgericht Ratibor OS.:** Karl Him-

melbauer, Cereinfabrik und Wachsraffinerie, Mährisch-Ostrian, Verkaufsstelle Ratibor, Inh. Karl Himmelbauer. — **Amtsgericht Rosenberg OS.:** Erich Cziba, Gastwirtschaft, Tabakwaren- und Spirituosen en gros, Inh. Erich Cziba.

Bücher und Zeitschriften

Oberschlesische Mitteilungen. Monatschrift für Verwaltung, Wohlfahrt, Kultur und Verkehrswerbung. 1. Jahrgang, 1. Heft April 1935. 29 Seiten, Preis des Einzelheftes RM. 0,40, vierteljährlich RM. 1,—.

Nach dem Geleitwort des Landeshauptmanns Adamczyk, das dem Heft vorangestellt ist, hat der Oberschlesische Provinzialverband den Entschluß gefaßt, als Sprachrohr zur Aufklärung der Bevölkerung über die Maßnahmen und Ziele des Provinzialverbandes künftig eine Zeitschrift, die „Oberschlesische Mitteilungen“ herauszugeben. Die Zeitschrift soll bisher unveröffentlichtes Material über die Aufbauarbeit in unserer Heimatprovinz bringen. Das vorliegende erste Heft enthält zunächst einen Einführungsartikel „Oberschlesien, deutsches Land im Südboten“. Unter der Rubrik „Aus der Verwaltung“ beschäftigt sich Landeshauptmann Dr. Toczka mit dem aufbauenden Gesetzgebungswerk der nationalsozialistischen Regierung seit dem Erlass des Ermächtigungsgesetzes vom 24. 3. 33. Dipl.-Ing. R. Schweda gibt sodann mit reichen statistischen Tabellen den Beitrag „Die berufliche Gliederung der Bevölkerung in den obererschlesischen Kreisen“. Anschließend folgen noch eine Reihe von kleineren Beiträgen, z. B. über die Reichsbahndirektion, das größte Verkehrsunternehmen Oberschlesiens, Angaben über den Aufbau der Landesbildstelle Oberschlesiens und einige kleinere Notizen. Es kann als sicher angenommen werden, daß die neue Zeitschrift in ihrer weiteren Entwicklung eine wichtige Aufgabe bei der Behandlung und Begründung der Aufbauanstrebungen der Provinzialverwaltung erfüllen wird.

Breslau. Statistisches Taschenbuch 1935. herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Breslau. 89 Seiten. Selbstverlag des Statistischen Amtes der Stadt Breslau.

Ostraum-Berichte. Herausgegeben vom Osteuropa-Institut Breslau, Redaktion Dr. Oskar Eugen Günther. Heft 1 1935. Verlag Priebatsch's Buchhandlung Breslau 1. 128 Seiten, Preis 4,50 RM.

Das Osteuropainstitut hat sich unter der Leitung seines im vorigen Jahre berufenen Direktors, Universitäts-Professors Dr. H. Uebersberger, ein besonderes publizistisches Organ geschaffen, das sich vor allem mit den gegenwärtigen Problemen des Ostens beschäftigen soll. Wirtschaft, wirtschaftsgeographische Stehlungen und geopolitische Probleme Polens und Rußlands und späterhin des Donauraumes stehen bei der Berichterstattung an erster Stelle. Streng wissenschaftliche Behandlungsweise und nicht minder strenge Objektivität, wie sie den Grundrissen des Nationalsozialismus in der Behandlung von Auslandswirtschaft entspricht, sollen nach dem Geleitwort Professor Uebersbergers die Richtschnur der Ostraumberichte sein. Das vorliegende 1. Heft enthält zunächst zwei grundsätzliche Aufsätze: „Ostraumforschung“ von Dr. D. E. Günther und „Die Deutsch-polnische Raummgemeinschaft im Gesamt-Ostraum“ von Prof. Dr. W. Geisler. Sodann sind drei größere Beiträge Polen gewidmet. Dipl. rer. pol. W. Hahn behandelt das Agrarproblem in Polen. Besonders Interesse erweckt weiter der wertvolle Beitrag von Dr.-Ing. G. Behagel „Die Entwicklung der polnischen Zinkindustrie in ihren Beziehungen zu Deutschland“ und von dem gleichen Verfasser „Die Wirtschaft Polens im Jahre 1934“. Hier werden unter anderem die einzelnen Industriezweige und ihre Produktion auf Grund statistischer Angaben eingehend dargestellt. Der letzte Aufsatz bietet einen Querschnitt durch die Industrie Sowjetrußlands mit 14 Diagrammen und einem statistischen Beitrag von Dr. R. Michael. In den nächsten, in zwingender Folge erscheinenden Heften der Ostraumberichte soll eine Reihe anderer wichtiger Fragen der polnischen und russischen Wirtschaft, sowie Fragen des Donauraumes zur Behandlung kommen. Nach dem vorliegenden Heft zu urteilen wird das vom Osteuropainstitut herausgegebene Material auch für Wirtschaftskreise einen besonderen Wert besitzen.

Karl Mainz. Der polnische Außenhandel. Schriften des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Königsberg. Volk und Reich. Verlag Berlin 1935. 202 Seiten, 7 graphische Darstellungen, 21 Tabellen. Preis kartoniert 4,00 RM.

Das Buch von Dr. Mainz behandelt eingehend die Entwicklung des polnischen Außenhandels. Die Grundzüge der polnischen Handelspolitik sind in der Einleitung nur knapp und skizzenhaft dargestellt, da sie von Dr. Seraphim in einem gleichzeitig erschienenen Buche (s. u.) ausführlich behandelt werden. Es folgt dann eine Chronik der polnischen Handelspolitik von 1919 bis 1934. Der nächste Teil bietet eine stark mit Tabellen durchsetzte Gesamtübersicht über den polnischen Außenhandel in seiner Zusammensetzung, seiner Richtung und seiner Verteilung auf die verschiedenen Länder. Auf Seite 68 ff. wird auch, so weit die Angaben ausreichen, der Anteil der polnischen Teilgebiete am Außenhandel auf Grund der amtlichen polnischen Güterverkehrsstatistik dargestellt. Besonders wertvoll für die Interessenten am polnischen Außenhandel sind sodann die Zusammenstellungen über den Außenhandel mit einzelnen Waren und einzelnen Ländern. Das Buch von Dr. Mainz ist als unentbehrliches Handbuch des polnischen Außenhandels für deutsche Geschäftsleute zu betrachten.

Peter-Heinz Seraphim. Die Handelspolitik Polens. Schriften des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Königsberg. Volk und Reich. Verlag Berlin 1935. 104 Seiten, Preis kartoniert RM. 2,50.

Das Buch von Seraphim ist ein Ergebnis sorgfältiger Studien über die polnische Handelspolitik. Nach einer kurzen Darstellung der Grundzüge der Außenhandelsentwicklung Polens von 1922 bis 1933, folgt eine klare Darstellung und eingehende Schilderung der Grundlagen und Ziele der polnischen Handelspolitik. Die Wirtschaftsstruktur Polens wird als Grundlage seines Außenhandels in groben Zügen dargestellt und die Rolle der Außenhandelspolitik und der Wirtschaftskonjunktur für die Entwicklung der polnischen Wirtschaft geschildert. Der Außenhandel wird auch in seinen Beziehungen zur polnischen Zahlungsbilanz beleuchtet. Auf Grund dieser Voraussetzungen ist das Verständnis der polnischen Außenhandelspolitik in ihren verschiedenen Erscheinungen gesichert. Die Rolle des antarkischen Gedankens für die polnische Wirtschaftsführung wird stark hervorgehoben. Die polnische Wirtschaftspolitik trägt eine planwirtschaftliche Färbung. Sie bezweckt zunächst die Ausweitung des staatlichen Wirtschaftsapparates und eine Umlenkung des auswärtigen Handels über die Ostseehäfen des polnischen Wirtschaftsgebietes Danzig und Gdinaen. Die polnische Handelspolitik wird schon in der aufsteigenden Periode 1926 bis 1929 durch die antarkische Bewegung beeinflusst, die von den maßgebenden polnischen Wirtschaftsverbänden der Landwirtschaft und Industrie getragen wird. Nach 1930 gewinnen diese antarkischen Bestrebungen immer mehr Boden und beeinflussen immer deutlicher die amtliche Wirtschaftspolitik. Bei diesen Bestrebungen war Polen in sofern vom Glück begünstigt, als die schädlichen Folgen des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges durch den englischen Beroarbeitstreik im Jahre 1926 so abgemildert wurde, daß eine dauernde Schädigung der polnischen Wirtschaft vermieden werden konnte. Nach diesen allgemeinen Darlegungen folgt eine ins einzelne gehende Schilderung der Mittel der polnischen Handelspolitik. Der Verfasser behandelt hier Einfuhrverbote und Einfuhrreglementierung, die Einfuhrzollpolitik, die Ausfuhrverbote, Ausfuhrzölle und Exportstandards, ferner die polnische Aus- und Einfuhrorganisation, die verkehrspolitischen Maßnahmen der Einfuhr- und Ausfuhrbegünstigung, endlich Exportprämien, Kredite und Subventionen im Außenhandel. Eine Übersicht über die Handels-

vertragspolitik Polens bildet den Schluß des Textes, dem noch eine Literaturübersicht angehängt ist. Beim Durchlesen des Buches ist lediglich folgende Berichtigung zu machen. Auf Seite 24 wird davon gesprochen, daß in der auf das Jahr 1926 folgenden Deflationsperiode „das oberschlesische Ubergangsabkommen erlischt“. Das trifft nicht ganz zu, da das Genfer Abkommen über Oberschlesien erst im Jahre 1937 erlischt. Allerdings sind wesentliche wirtschaftliche Bestimmungen bereits früher abgelaufen, doch gilt die zollfreie Ein- und Ausfuhr gewisser Naturprodukte (z. B. Getreide) noch bis zum endgültigen Außerkrafttreten des Abkommens.

Das Recht der Reichskulturkammer. Unter Mitwirkung der Kammer. Herausgegeben von Dr. Karl-Friedrich Schriber, Berlin. Junker & Dünnhaupt 1935. 304 Seiten. Preis 7,50 RM.

Die Sammlung, welche die praktische Tagesarbeit erleichtern soll, veröffentlicht sämtliche Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Anordnungen, welche zusammen das Recht des Kulturstandes ausmachen. Obgleich jedes kommentierende Wort fehlt, verrät doch schon die textliche Wiedergabe der Bestimmungen die Fülle und Vielseitigkeit des neuen Arbeitsgebietes, das der Herausgeber nach den Aufgabekreisen der Einzelkammern aufteilt. Schreiber plant, in zeitlichen Abständen von einem halben Jahr Ergänzungsbände erscheinen zu lassen.

„Rohstoffbeschaffung im Rohstoffkreditverfahren“ von Dr. Rudolf Wedemeyer, Düsseldorf, erschienen im Industrie-Verlag und Druckerei Akt.-Ges., Abt. Buchverlag, Düsseldorf, Preis 0,50 RM.

Rohstoffbeschaffung und Rohstoffkredite, das sind gegenwärtig die wichtigsten Fragen, die die Wirtschaft bewegen. Eine genaue Kenntnis der im Zuge des neuen Planes hierzu ergangenen Bestimmungen über die Rechtsgrundlagen und Anwendungsbereiche ist für die Rohstoffimporteure und die Industrie von größter Bedeutung. Das durch die Neubearbeitung nach dem Stande vom 3. Januar 1935 von Herrn Dr. Rudolf Wedemeyer, Düsseldorf, Devijensachbearbeiter des Langnamvereins, zusammengestellte Material erfüllt diesen Zweck und gilt daher als bewährtes Nachschlagewerk für die einschlägigen Kreise.

„Das neue Zusahausfuhrverfahren“ von Dipl.-Volkswirt Emil Maub. Kompensationsgeschäfte, Rohstoffkreditgeschäfte, (Dreiecksgeschäfte), Aufstauung eingefrorener Guthaben, Antragsmuster und Beispiele, erschienen im Verlag Madlotische Druckerei und Verlag AG., Karlsruhe i. Baden, Walbstraße 10—12.

Die Steigerung der Ausfuhr und die Ruhbarmachung sämtlicher diesem Zwecke dienender Möglichkeiten im Rahmen der geltenden Bestimmungen, das sind gegenwärtig die aktuellsten Aufgaben der deutschen Wirtschaft. Voraenannte Broschüre enthält eine Zusammenfassung der einschlägigen Bestimmungen über das neue Zusahausfuhrverfahren, Kompensationsgeschäfte, Rohstoffkreditgeschäfte und Aufstauung eingefrorener Guthaben und gibt damit sowohl den am Export als auch am Import interessierten Firmen einen sachdienlichen Überblick über das einzuschlagende Verfahren und stellt somit ein wertvolles Nachschlagewerk für diese Tagesfragen dar.

Kapitalverkehrssteuergesetz vom 16. Oktober 1934 nebst den zu dem Gesetz erlassenen Durchführungsbestimmungen und sonstigen Vorschriften über die Kapitalverkehrssteuer. Erläutert durch Oberregierungsrat Dr. Burghard Kehler, Gruppenleiter für Verkehrssteuern am Landesfinanzamt Düsseldorf und stellvertretendem Vorsitzenden des Finanzgerichts Düsseldorf. Guttentagische Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 193. Taschenformat. 352 Seiten. 1935. Preis 7,— RM.

Die Steuergesetzgebung vom 16. Oktober 1934 (Reinhardtische Steuerreform) hatte auch ein neues Kapitalverkehrssteuergesetz gebracht, das am 1. 1. 1935 in Kraft getreten ist. Es enthält, ebenso wie das alte, die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer. Wenn auch die Gesetzestechnik in letzter Zeit sehr verbessert worden ist, so wird die Praxis ein Erläuterungsbuch trotzdem nicht entbehren können. In der vorliegenden Ausgabe ist insbeson-

dere angegeben, wodurch sich das neue Gesetz von dem alten unterscheidet und inwieweit die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes noch Geltung beanspruchen kann. Die Durchführungsbestimmungen werden im Wortlaut gebracht. Auf das Sachverzeichnis wird besonderer Wert gelegt. Der Verfasser hat bereits einen in Fachkreisen sehr bekannten Kommentar zu dem früheren Kapitalverkehrssteuergesetz geschrieben. Er hat durch seine dienstliche Tätigkeit im Industriegebiet große praktische Erfahrung auf dem Gebiet der Kapitalverkehrssteuern gesammelt.

Das Gesetz über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anleihenstockgesetz) vom 4. Dezember 1934. Erläutert von Reichsbankdirektor Dr. Robert Deumer, Vortragender Direktor im Reichsbankdirektorium. Taschenformat. 70 Seiten. 1935. Rm. 2,50. Guttentagische Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 191.

Gloeckners Steuer-Bücherei. Herausgegeben von Professor Dr.-Ing. Gottfried Krieger. Band 2: Das Umsatzsteuergesetz, erläutert von Reg.-Rat Dr. Heinrich Götzel und Reg.-Ass. Dr. Walther Eckhardt, Dillenburg und Hanau. 120 Seiten. In Steifdeckel 2.— RM.

Das Umsatzsteuergesetz besteht zwar nur aus 19 Paragraphen und ist in seinen Grundzügen einfach und verständlich. Die zu dem Gesetz erlassenen und ebenso wichtigen Durchführungsbestimmungen umfassen aber die große Zahl von 86 Einzelvorschriften und 3 umfangreiche Warenverzeichnisse; dazu sind noch mehrere Rundschreiben des Reichsfinanzministers ergangen. In diesem sehr weiten, in vielen Teilen recht schwierigen Gebiet kann sich der Umsatzsteuerpflichtige — und das ist ja jeder selbstständige Erwerbstätige, nur an der Hand eines rasch und zuverlässig orientierenden Führers zurechtfinden. Das als zweiter Band von Gloeckners Steuer-Bücherei erschienene Erläuterungsbuch löst diese Aufgabe geschickt, klar und sicher.

Das Reichsgesetz über das Kreditwesen. Kommentar mit ausführlicher Einführung, Erläuterung und Sachregister unter Berücksichtigung der Durchführungsverordnung vom 9. Februar 1935. Von Otto Chr. Fischer, Leiter der Reichsgruppe Banken. Taschenformat. VIII, 231 Seiten. 1935. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10 und Leipzig. Rm. 5,—. Guttentagische Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 192.

Die Zivilprozessordnung in der ab 1. Januar 1935 geltenden Fassung nebst **Gerichtsverfassungsgesetz** und den wichtigsten Nebengesetzen. Textausgabe mit Einleitung, Verweisungen und Sachregister. Herausgegeben von Dr. Ludwig Zimmerle, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium. Zweite Auflage. Taschenformat. 496 Seiten. 1935. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. Geb. Rm. 3,50. (Guttentagische Sammlung von Textausgaben ohne Anmerkungen mit Sachregister.)

Die Schadenserisikopflicht des Vollstreckungsgläubigers bei ungerechtfertigter Zwangsvollstreckung. Zugleich ein Beitrag zur Lehre von den Besitzverhältnissen an gepfändeten Sachen. Von Dr. jur. Hans Fischer-Fischerhof. Oktav. 99 Seiten. 1934. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10 und Leipzig. Rm. 3,60.

Titel und Untertitel des Buches mahnen an manche leidige Streitfrage — leidig, weil bisher eine grundlegende und überschauende Arbeit auf diesem Gebiet fehlte. Jetzt liegt sie vor. Hier sind Probleme der ungerechtfertigten Zwangsvollstreckung eindeutig und für die Praxis befriedigend gelöst, denn der Verfasser baut auf den theoretischen Grundlagen der Zwangsvollstreckung und des Zivilprozesses überhaupt auf. Bei aller Knappheit der Ausführung bringt er zu zahlreichen Lehren, so von der Pfändung, vom Besitz, von der Rechtswirksamkeit, vom Vollstreckungsanspruch, vor, über, spannte Begriffsbildungen widerlegend und ausschaltend und die Vorgänge und Begriffe neuartig erfassend. Die Schrift ist angesichts der unvollkommenen Rechtsprechung über die Schadenserisikopflicht für den Praktiker wertvoll, der Wissenschaftler wird bei dem systematischen Neuaufbau unseres Rechts, insbesondere der Vollstreckungsordnung, an dieser Untersuchung nicht vorübergehen dürfen.

Statistisches

Produktion und Absatz des westerschlesischen Bergbaues

I. Förderung bzw. Produktion

Jahr bezw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	arbeits- täglich	je ver- fabrene Schicht der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	talender- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	17 960 854	59 830	1,434	1 369 968	3 753	2,410	267 796	894	4,705
1931	16 791 957	55 992	1,579	995 744	2 728	2,728	279 191	931	4,799
1932	15 277 487	50 449	1,678	867 424	2 370	2,399	276 118	911	5,147
1933	15 640 004	52 378	1,754	859 588	2 355	2,428	275 571	923	4,832
1934	17 391 748	58 225	1,764	997 725	2 734	2,299	253 603	849	5,340
Januar 1935	1 673 940	64 382	1,796	102 550	3 308	2,734	22 859	879	4,206
Februar "	1 421 467	60 746	1,774	94 882	3 389	2,760	19 258	837	4,024
März "	1 547 199	59 737	1,783 ¹⁾	94 376	3 044	2,477	19 167	737	3,560

¹⁾ Vorläufige Zahl.

II. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bezw. Monat	In der Provinz Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland					Im ganzen
			Tschecho- slowakei	Deutsch- Oesterreich	Ungarn	übriges Ausland	Summe Ausland	
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	4 978 681	10 736 423	709 855	340 149	154 839	95 333	1300 176	17 015 280
1931	4 332 231	9 961 850	673 484	310 217	33 107	204 246	1221 054	15 515 135
1932	3 755 464	9 341 546	663 082	218 909	1 105	149 554	1032 650	14 129 660
1933	3 828 516	9 664 630	608 359	137 805	1 215	200 131	947 510	14 440 656
1934	4 215 048	11 256 179	624 489	67 028	3 440	324 302	1019 259	16 490 486
Januar 1935	424 491	948 583	58 427	3 859	390	34 216	96 892	1 469 966
Februar "	374 790	829 773	47 788	4 190	455	29 938	82 371	1 286 934
März "	388 452	944 175	54 601	4 055	240	34 272	93 168	1 425 795

2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bezw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmalspurbahn, Seilbahn und Landfuhrwerk		W a s s e r u m f a h r							
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleisweg		im ganzen	
					in Cosel		in den übrigen Oberhäfen					
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
1930	14 514 029	85,30	2 501 251	14,70	1 531 052	9,00	104 296	0,61	5435	0,03	1640783	9,64
1931	13 432 399	86,58	2 082 736	13,42	1 567 876	10,11	20 975	0,13	4965	0,03	1593816	10,27
1932	12 527 890	88,66	1 601 770	11,34	1 334 122	9,44	22 695	0,16	4428	0,03	1361245	9,63
1933	12 976 121	89,86	1 464 535	10,14	1 181 979	8,17	4 865	0,03	6625	0,05	1193469	8,25
1934	14 885 855	90,27	1 604 631	9,73	1 713 780	10,39	7 290	0,04	3235	0,02	1724305	10,45
Januar 1935	1 300 079	88,44	169 887	11,56	22 595	1,54	1 645	0,11	—	—	24240	1,65
Februar „	1 139 616	88,55	147 318	11,45	46 030	3,58	600	0,04	—	—	46630	3,62
März „	1 282 484	89,95	143 311	10,05	181 029	12,70	920	0,06	—	—	181949	12,76

3. Absatz an Roßs.

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Außer Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Land- fuhrwerk	Umschlag auf mit der Hauptbahn	Schiff mit der Schmal- spurbahn	Absatz an die Hütten- industrie
	t	t	t	t	t	t	t	t	
1930	230 078	583 832	162 779	976 689	794 411	182 278	118 309	—	145 302
1931	175 764	614 138	179 123	969 025	818 811	150 214	143 045	—	81 914
1932	154 212	602 143	131 120	887 475	798 522	88 953	89 350	—	52 044
1933	178 152	653 451	98 340	929 943	818 597	111 346	113 201	—	81 318
1934	239 848	648 133	189 400	1 077 381	910 091	167 290	138 006	—	157 489
Januar 1935	26 385	63 880	20 685	110 950	93 698	17 252	2 419	—	14 452
Februar "	29 076	46 008	21 799	96 883	76 062	20 821	826	—	19 018
März "	27 913	37 654	4 953	70 520	49 962	20 558	4 054	—	20 313

4. Absatz an Briffetts.

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Außer Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag auf mit der Hauptbahn	Schiff mit der Schmal- spurbahn	Eisenbahn- dienst- briffetts
	t	t	t	t	t	t	t	t	
1930	13 681	250 642	2 394	266 717	261 637	5 080	—	—	193 006
1931	30 853	237 270	5 914	274 037	265 585	8 452	200	—	184 023
1932	28 441	230 674	6 431	265 546	253 360	12 186	—	—	174 594
1933	31 659	230 417	8 591	270 667	259 985	10 682	—	421	164 996
1934	37 157	203 406	5 555	246 118	239 160	6 958	—	—	118 708
Januar 1935	5 612	15 462	635	21 709	19 698	2 011	—	—	6 485
Februar "	4 703	12 904	348	17 955	16 851	1 104	—	—	9 745
März "	4 039	13 820	97	17 956	17 468	488	—	—	8 891

III. Nebenprodukte der Roßsanstalten

Jahr bezw. Monat	Produktion				Absatz			
	Roßteer u. Teer- rückstände	Roßbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roß- Naphthalin	Roßteer u. Teer- rückstände	Roßbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roß- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	61 698	21 427	20 003	58	62 426	21 547	22 891	152
1931	51 676	15 853	15 066	11	51 910	15 794	12 806	—
1932	44 826	14 561	14 757	15	44 829	14 537	21 056	30
1933	44 432	14 478	14 570	61	43 985	14 480	14 392	51
1934	51 804	17 276	16 844	51	51 842	17 318	14 493	61
Januar 1935	5 097	1 710	1 613	—	5 038	1 719	3 428	—
Februar "	4 684	1 576	1 483	—	4 747	1 555	1 299	—
März "	4 730	1 602	1 827	—	4 914	1 551	3 715	—

IV. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	Steinkohlengruben						Roßsanstalten				Briffettfabriken			
	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	davon		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	47 970	350	980	49 300	38 012	11 288	1 510	1	42	1 553	185	2	6	191
1931	42 202	301	766	43 269	33 091	10 178	974	2	24	1 000	188	—	6	194
1932	35 712	292	571	36 575	27 747	8 828	965	2	21	988	172	—	5	177
1933	35 270	345	480	36 095	27 324	8 771	958	—	12	970	187	—	4	191
1934	36 705	448	449	37 602	28 336	9 266	1 173	3	13	1 189	156	—	3	159
Januar 1935	38 189	438	455	39 082	29 705	9 377	1 192	4	14	1 210	206	—	3	209
Februar "	37 984	433	462	38 879	29 495	9 384	1 207	6	15	1 228	205	—	3	208
März "	37 726	428	437	38 591	29 202	9 389	1 209	5	15	1 229	204	—	3	207

Verfahrene und entgangene Schichten im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau im Februar 1935

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten		Durchschnittlich angelegte Arbeiter ¹⁾		Entgangene Schichten infolge							
	insgesamt	davon Schichten für Ueberarbeiten	insgesamt	in % von der Endsumme	Arbeitsmangel	betriebs-technischer Gründe	Krankheit		Ferien	entschädigungs-pflichtigen Urlauben	Gesamtzahl	auf 1 angelegten Arbeiter
					insgesamt	davon durch Unfall						
a) Hauer	145 764	824	7 232	18,36	10 698	57	7 555	2 965	1 360	4 391	24 061	3,33
b) Schlepper	124 858	149	6 363	16,15	10 482	51	7 791	2 968	1 841	3 819	23 984	3,77
c) Reparaturhauer	141 055	5 606	6 580	16,71	8 893	27	5 023	1 626	1 138	3 529	18 610	2,83
d) Sonstige Arbeiter	186 007	1 522	9 258	23,51	13 587	60	10 858	3 039	2 513	5 030	32 048	3,46
Summe bezw. Durchschnitt: Unter Tage	597 684	8 101	29 433	74,73	43 660	195	31 227	10 598	6 852	16 769	98 703	3,35
a) Facharbeiter	76 296	4 302	3 407	8,65	4 008	2	2 250	664	245	1 021	7 526	2,21
b) Sonstige Arbeiter	118 917	3 141	5 649	14,34	7 679	14	5 024	1 120	1 490	2 248	16 455	2,91
c) Jugendl. männl. Arbeiter v. 14-16 Jahren	8 781	1	431	1,10	551	—	440	115	304	22	1 317	3,06
d) Weibl. Arbeiter	9 574	28	465	1,18	671	—	378	39	76	130	1 255	2,70
Summe bezw. Durchschnitt: über Tage	213 568	7 472	9 952	25,27	12 909	16	8 092	1 938	2 115	3 421	26 553	2,67
Summe bezw. Durchschnitt aller Arbeitergruppen	811 252	15 573	39 385	100,00	56 569	211	39 319	12 536	8 967	20 190	125 256	3,18
dav. in Nebenbetrieben	10 117	793	423	1,07	284	—	243	22	82	93	702	1,66

¹⁾ Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

Im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne im Februar 1935

Arbeitergruppen	Leistungslohn ¹⁾ je verfahrene Schicht	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht	Barverdienst ³⁾ des Arbeiters	Wert der wirtschaftlichen Beihilfen		Gesamteinkommen ⁴⁾		Versicherungsbeiträge je verfahrene Schicht	
				Deputat- tolie je vergütete Schicht	Urlaubs- entschädigung je Urlaubs- schicht	je vergütete Schicht	je durch- schnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeit- geber
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
a) Hauer	7,06	0,30	7,37	0,27	7,06	7,64	159	1,15	1,43
b) Schlepper	5,43	0,13	5,56	0,18	5,41	5,74	116	0,87	1,09
c) Reparaturhauer	5,94	0,26	6,26	0,24	5,83	6,49	143	0,98	1,22
d) Sonstige Arbeiter	4,47	0,18	4,66	0,22	4,43	4,88	101	0,75	0,93
Durchschnitt: Unter Tage	5,65	0,21	5,89	0,23	5,64	6,11	128	0,93	1,15
a) Facharbeiter	5,66	0,22	5,99	0,26	5,61	6,24	142	0,93	1,15
b) Sonstige Arbeiter	4,26	0,17	4,48	0,23	4,30	4,71	101	0,70	0,87
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14-16 Jahren	1,36	—	1,36	—	1,41	1,36	28	0,19	0,25
d) Weibliche Arbeiter	2,53	0,05	2,59	0,09	2,72	2,67	56	0,40	0,50
Durchschnitt aller Arbeitergruppen	5,36	0,20	5,60	0,23	5,46	5,83	123	0,88	1,09
Davon in Nebenbetrieben	4,77	0,20	5,14	0,24	4,80	5,38	130	0,79	0,98

¹⁾ Der Leistungslohn ist der Gedingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten, aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

²⁾ Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

³⁾ Barverdienst ist der Leistungslohn zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

⁴⁾ Das Gesamteinkommen ist der Barverdienst zuzügl. des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.

Die Metallindustrie West-Oberschlesiens.

A. Hochofenwerke, Stahl- u. Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- u. Preßwerke, Eisen- u. Stahlgießereien

I. Produktion.

Jahr bezw. Monat	Roheisen			Rohstahl		Halbzeug zum Verkauf	Fertigerzeugnisse der Walzwerke einschl. Schmiede- u. Preßwerke	Gußwaren zweiter Schmelzung
	insgesamt	davon Gießerei-roheisen	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferromangan	Rohblöcke	Stahlguß			
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	86 524	20 049	54 906	343 584	8 694	25 001	254 686	24 054
1931	59 159	—	50 687	301 730	6 377	16 185	231 486	16 505
1932	30 919	10 237	10 673	182 704	5 957	11 150	142 467	7 547
1933	53 244	17 737	26 510	205 098	5 246	13 750	161 129	15 202
1934	119 902	29 573	72 273	311 849	8 307	10 159	235 981	23 102
Januar 1935	9 953	4 012	5 941	32 443	885	330	23 059	1 617
Februar "	14 115	—	14 115	28 883	1 105	663	22 876	1 814
März "	15 305	2 549	11 748	31 854	1 129	626	24 950	1 883

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofenwerke	Stahl- und Walzwerke	Eisen- und Stahlgießereien	Verfeinerungs- betriebe	Hilfs- und Nebenbetriebe	Summe: Eisenhütten	
	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	davon weibliche
1930	351	2 923	1 288	7 338	—	11 900	663
1931	176	2 416	908	6 182	—	9 682	569
1932	115	881	665	5 138	—	6 799	487
1933	168	1 076	814	3 308	2 191	7 557	550
1934	281	1 459	1 012	4 385	2 429	9 566	648
Januar 1935	322	1 879	934	4 429	2 762	10 326	700
Februar "	382	2 007	970	4 481	2 839	10 679	672
März "	385	1 999	942	4 591	2 840	10 757	700

B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

I. Produktion (einschl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr bezw. Monat	Galmei	Zinkblende	Bleierz	Schwefelfies	Ofenbruch, Zinkstaub	Zinkblech	Blei (Zinkblei)
	t	t	t	t	t	t	t
1930	21 389	197 752	26 154	10 674	15	7 291	65
1931	18 331	167 916	22 410	4 330	—	7 835	69
1932	15 230	112 415	17 968	2 162	—	7 944	54
1933	—	124 294	19 177	1 292	—	7 782	42
1934	240	149 126	23 726	4 505	—	11 426	46
Januar 1935	—	11 134	2 224	857	—	792	7
Februar "	—	10 195	2 122	805	—	415	1
März "	—	11 916	2 371	837	—	1 172	3

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Zink- und Bleierzgruben					Zinkwalzwerke			
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt		männliche		Summe der Arbeiter
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren	
1930	2 000	4	425	2 429	1 115	1 314	145	3	149
1931	1 583	3	371	1 957	860	1 097	169	1	171
1932	1 300	1	268	1 569	664	905	159	1	161
1933	1 419	—	291	1 710	726	984	144	1	146
1934	1 925	—	272	2 197	953	1 244	172	1	174
Januar 1935	2 164	—	241	2 405	1 026	1 379	174	1	176
Februar "	2 167	—	238	2 405	1 025	1 380	174	1	176
März "	2 187	—	230	2 417	1 038	1 379	178	1	180

Die polnische Kohlenausfuhr.

(Nach „Przegląd Górniczo-Hutniczy“.)

Empfangsländer	Februar 1934				Januar/Februar 1935			
	Ober- schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- Polen t	Ober- schlesien*) t	Dom- browa t	Kra- kau t	Gesamt- Polen t
1. Konventionsmärkte								
Deutsch-Österreich . . .	53 051	8 853	—	61 904	116 256	24 196	100	140 552
Ungarn	35	—	—	35	35	—	—	35
Tschechoslowakei . . .	23 285	3 835	205	27 325	52 001	8 128	395	60 524
Deutschland	9	—	40	49	9	—	40	49
Danzig	23 435	950	50	24 435	52 574	2 825	160	55 559
Jugoslawien	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe 1	99 815	13 638	295	113 748	220 875	35 149	695	256 719
2. Nordische Staaten								
Schweden	102 115	30 371	—	132 486	230 600	73 451	—	304 051
Norwegen	36 708	—	—	36 708	84 963	880	—	85 843
Dänemark	16 555	8 377	—	24 932	33 030	19 005	—	52 035
Finnland	300	—	—	300	3 300	—	—	3 300
Lettland	3 405	—	—	3 405	3 405	—	—	3 405
Litauen	—	—	—	—	—	—	—	—
Estland	—	—	—	—	180	—	—	180
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—
Rußland	—	—	—	—	—	—	—	—
Island	1 650	—	—	1 650	1 650	—	—	1 650
Summe 2	160 733	38 748	—	199 481	357 128	93 336	—	450 464
3. übrige europ. Länder								
Spanien	4 200	—	—	4 200	4 200	—	—	4 200
Portugal	—	—	—	—	—	—	—	—
England	—	—	—	—	—	—	—	—
Malta	—	—	—	—	3 900	—	—	3 900
Frankreich	42 142	37 730	—	79 872	84 827	79 652	—	164 479
Italien	134 528	210	—	134 738	265 998	515	—	266 513
Rumänien	6 615	45	—	6 660	6 700	75	—	6 775
Schweiz	4 931	55	—	4 986	11 121	135	—	11 256
Holland	13 375	—	—	13 375	19 705	—	—	19 705
Belgien	33 256	600	—	33 856	52 807	1 600	—	54 407
Griechenland	10 955	—	—	10 955	28 015	—	—	28 015
Irland	—	—	—	—	46 190	—	—	46 190
Summe 3	250 002	38 640	—	288 642	523 463	81 977	—	605 440
4. Außereurop. Länder								
Australien	—	—	—	—	—	—	—	—
Brasilien	—	—	—	—	—	—	—	—
Afrika	—	—	—	—	2 550	—	—	2 550
Argentinien	—	—	—	—	15 250	—	—	15 250
Ägypten	4 870	—	—	4 870	11 170	—	—	11 170
Algerien	4 201	—	—	4 201	19 931	45	—	19 976
Syrien	—	—	—	—	—	—	—	—
Palästina	—	—	—	—	—	—	—	—
Asiatische Türkei . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Länder	—	—	—	—	1 140	—	—	1 140
Summe 4	9 071	—	—	9 071	50 041	45	—	50 086
5. Bunterkohlen . . .	30 131	2 762	—	32 893	75 268	4 797	—	80 065
Insgesamt	549 752	93 788	295	643 835	1 226 775	215 304	695	1 442 774

*) einschl. Silesiagrube in Teschen.

Steinkohlenförderung und Absatz Ost-Oberschlesiens.

Jahr bzw. Monat		Förderung		Absatz		Gesamt- belegschaft
		insgesamt	arbeitstäglich	insgesamt	davon Haupt- bahnverband	
		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt	1929	2 845 309	113 812	2 573 099	2 074 434	87 383
"	1930	2 347 133	93 885	2 095 002	1 680 079	82 520
"	1931	2 367 100	94 684	2 098 939	1 742 291	73 957
"	1932	1 762 949	70 754	1 579 767	1 311 465	59 385
"	1933	1 640 812	66 073	1 519 184	1 234 225	46 647
"	1934	1 809 859	72 880	1 644 496	1 326 831	46 061
Januar	1935	1 971 044	75 809	1 747 858	1 366 934	46 906
Februar	"	1 862 995	81 000	1 472 304	1 144 883	45 736
März	"	1 688 625	64 947	1 565 601	1 231 898	43 758

Produktion und Absatz der Koksanstalten und Briekellfabriken Ost-Oberschlesiens.

J a h r b e z w . M o n a t		K o k s					B r i k e t t s				
		Produktion		Absatz		Beleg- schaft	Produktion		Absatz		Be- leg- schaft
		ins- gesamt	kalender- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- verband		ins- gesamt	arbeits- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- verband	
		t	t	t	t		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt	1929	154 845	5 091	152 515	105 388	2 804	29 342	1 174	29 644	29 489	261
"	1930	131 833	4 394	118 759	79 748	2 502	19 510	780	19 473	19 361	208
"	1931	112 855	3 711	113 209	81 298	2 263	24 973	999	24 937	24 736	199
"	1932	90 893	2 980	82 635	62 850	1 901	16 590	666	16 177	15 989	155
"	1933	97 582	3 208	93 369	62 927	1 884	15 693	632	16 017	15 808	140
"	1934	111 124	3 653	119 289	81 909	1 911	16 213	655	16 101	15 877	134
Januar	1935	126 087	4 067	142 158	99 981	1 886	20 645	794	20 601	19 624	165
Februar	"	111 421	3 979	114 173	77 954	1 889	15 685	682	15 536	14 946	164
März	"	113 474	3 660	99 152	65 153	1 896	14 115	543	11 140	10 760	163



Bergwerksgesellschaft

Georg von Giesche's Erben

Breslau 2

Fernsprecher:
Sammel-Nr. 2131

Didier-Werke A.-G. • Werk Gleiwitz

Telegr. - Adresse:
Didier-Werke Gleiwitz

Silika-Steine: Marke »Stella Spezial«, für alle Industrie- und Gasöfen

Schamottesteine: auch Sonderqualitäten nach neuesten Herstellungsverfahren D. R. P.

Hochfeuerfeste Edelmateriale: wie Magnesit-, Chromerz-, Korund-, Siliziumkarbidsteine u. a.
außerdem entsprechende Stampfmassen und Mörtel.

Preußengrube

Aktiengesellschaft

Telegramm - Anschrift: Preußengrube, Miechowitz

Fernsprech-Anschluß: Amt Beuthen OS. Sammel-Nr. 2841

liefert

Steinkohlen, Ziegelsteine